

# Medienspiegel

29.11.2024

Avenue ID: 1411  
Artikel: 43  
Folgeseiten: 56

---

## Print

	28.11.2024	Berner Zeitung / Ausgabe Burgdorf+Emmental <b>Autobahn-Gegner setzen neuen Berner Gemeinderat unter Druck</b>	01
	28.11.2024	Berner Zeitung / Ausgabe Stadt+Region Bern <b>Autobahn-Gegner setzen neuen Berner Gemeinderat unter Druck</b>	04
	28.11.2024	Berner Zeitung / Langenthaler Tagblatt <b>Autobahn-Gegner setzen neuen Berner Gemeinderat unter Druck</b>	07
	28.11.2024	Der Bund <b>Autobahn-Gegner setzen neuen Berner Gemeinderat unter Druck</b>	10
	26.11.2024	Der Unter-Emmentaler <b>Das Schweizer Volk will andere Lösungen</b>	13
	25.11.2024	awp Finanznachrichten <b>Wdh: Schweizer Stimmvolk stoppt Autobahn-Ausbaupläne des Bundes</b>	16
	25.11.2024	Berner Oberländer <b>Grüne wollen Autobahn-Geld für Klimaschutz verwenden</b>	18
	25.11.2024	Berner Zeitung / Ausgabe Burgdorf+Emmental <b>Die SP holt einen dritten Sitz</b>	19
	25.11.2024	Berner Zeitung / Ausgabe Stadt+Region Bern <b>Grüne wollen Autobahn-Geld für Klimaschutz verwenden</b>	21
	25.11.2024	Berner Zeitung / Ausgabe Stadt+Region Bern <b>Die SP holt einen dritten Sitz</b>	22
	25.11.2024	Berner Zeitung / Langenthaler Tagblatt <b>Die SP holt einen dritten Sitz</b>	24
	25.11.2024	Bieler Tagblatt <b>Die SP holt einen dritten Sitz</b>	26
	25.11.2024	Bündner Tagblatt <b>Frauen bodigen Röstis Autobahnpläne</b>	27
	25.11.2024	Der Bund <b>Grüne wollen Autobahn-Geld für Klimaschutz verwenden</b>	30

## Print

	25.11.2024	Der Bund <b>Die SP holt einen dritten Sitz</b>	31
	25.11.2024	Der Sensetaler <b>JA zur Engpassbeseitigung!</b>	34
	25.11.2024	Die Botschaft <b>Stimmvolk stoppt Autobahn-Ausbaupläne</b>	35
	25.11.2024	Höfner Volksblatt <b>Frauen bodigen Röstis Autobahnpläne</b>	37
	25.11.2024	Könizer Zeitung <b>JA zur Engpassbeseitigung!</b>	40
	25.11.2024	March-Anzeiger <b>Frauen bodigen Röstis Autobahnpläne</b>	41
	25.11.2024	Sarganserländer <b>Frauen bodigen Röstis Autobahnpläne</b>	44
	25.11.2024	Südostschweiz / Bündner Zeitung <b>Frauen bodigen Röstis Autobahnpläne</b>	47
	25.11.2024	Südostschweiz / Glarner Nachrichten <b>Frauen bodigen Röstis Autobahnpläne</b>	50
	25.11.2024	Südostschweiz / Linth Zeitung <b>Frauen bodigen Röstis Autobahnpläne</b>	53
	25.11.2024	Thuner Tagblatt <b>Grüne wollen Autobahn-Geld für Klimaschutz verwenden</b>	56
	24.11.2024	Keystone SDA / Schweizerische Depeschagentur <b>Schweizer Stimmvolk stoppt Autobahn-Ausbaupläne des Bundes</b>	57

---

## News Websites

	27.11.2024	bernerzeitung.ch / Berner Zeitung Online <b>Autobahn-Gegner setzen neuen Berner Gemeinderat unter Druck</b>	59
	27.11.2024	bernerzeitung.ch / Berner Zeitung Online <b>Falschfahrer sorgt in Zollikofen für einen Auffahrunfall</b>	64
	27.11.2024	derbund.ch / Der Bund Online <b>Falschfahrer sorgt in Zollikofen für einen Auffahrunfall</b>	65
	27.11.2024	nau.ch / Nau <b>Zollikofen BE: Kollision führt zu Verkehrsbehinderungen</b>	66
	27.11.2024	neo1.ch / neo1 - Mein Radio <b>Zollikofen: Kollision von zwei Autos</b>	68

## News Websites

	27.11.2024	plattformj.ch / Jungfrau Zeitung Online <b>Vollbremsung führt zu Kollision auf der Zürichstrasse</b>	70
	27.11.2024	polizeiticker.ch / Polizeiticker <b>Zollkafen BE – Verkehr nach Unfall für mehrere Stunden beeinträchtigt</b>	72
	26.11.2024	hauptstadt.be / Hauptstadt <b>FDP – «Hauptstadt»-Brief #395</b>	74
	25.11.2024	schweizerbauer.ch / Schweizer Bauer Online <b>Autobahnen werden nicht ausgebaut</b>	76
	24.11.2024	bernerzeitung.ch / Berner Zeitung Online <b>Sieben von zehn Verwaltungskreisen gegen Autobahn-Ausbau</b>	78
	24.11.2024	bluewin.ch/de / Bluewin DE - blue News <b>Sieben von zehn Berner Verwaltungskreisen gegen Autobahn-Ausbau</b>	80
	24.11.2024	cash.ch / Cash <b>Schweizer Stimmvolk stoppt Autobahn-Ausbaupläne des Bundes</b>	82
	24.11.2024	derbund.ch / Der Bund Online <b>Sieben von zehn Verwaltungskreisen gegen Autobahn-Ausbau</b>	84
	24.11.2024	derbund.ch / Der Bund Online <b>Die SP holt einen dritten Sitz auf Kosten der Freien Ortspartei</b>	86
	24.11.2024	srf.ch / SRF Schweizer Radio und Fernsehen Online <b>Endresultat: Nein zu Autobahnen und Mietrechtsvorlagen, Efas-Ja</b>	92

---

## Facebook

	23.11.2024	Sternentaler <b>sehr gerne teilen.... Sternentaler - immer wieder machen wir uns auf die Such ...</b>	97
---	------------	--	----

---

## YouTube

	24.11.2024	C.K.1984 <b>Moossee / 4K Switzerland / Schweiz / Swiss</b>	99
---	------------	---	----



# Autobahn-Gegner setzen neuen Berner Gemeinderat unter Druck

Simon Wälti

Nach Nein zum Autobahn-Ausbau Steht das Autobahnprojekt im Wankdorf auf der Kippe? Linke und Grüne wollen den neuen Anschluss unbedingt verhindern.

Als das Nein der Schweiz zum Ausbau der Autobahnen Tatsache wurde, waren die Abstimmungssieger schnell mit Forderungen zur Stelle. Es müsse nun ein grundlegender Wechsel in der Verkehrspolitik erfolgen. Das für den Strassenausbau reservierte Geld solle zur Bewältigung des Klimawandels sowie für den ÖV und bessere Velowege verwendet werden.

Auch auf der lokalen Ebene ist das Powerplay sichtbar. In der Stadt Bern lehnten fast 75 Prozent der Stimmenden den Milliardenkredit ab. Der Verein Spurwechsel setzt den Berner Gemeinderat unter Druck, sich nun gegen das Projekt für den Wankdorf-Anschluss zu stellen. «Der neue Gemeinderat muss beim Kanton und beim Bund rasch eine Sistierung fordern», schreibt der Verein auf Anfrage dieser Redaktion. Nach dem Nein vom 24. November sei das Projekt «obsolet», es eröffne sich die Chance, ein «komplett neues Projekt» zu planen.

Am Sonntag wurden mit Ursina Anderegg (GB) und Melanie Mettler zwei Spurwechsel-Mitglieder neu in die Stadtregierung gewählt. Anderegg sagte im Interview mit dieser Redaktion, sie hoffe, «dass der Ausbau des Wankdorf-Knotens endgültig vom Tisch ist». Der Verein hat auf städtischer Ebene die «Verkehrsmonster-Initiative» eingereicht, die den Gemeinderat dazu verpflichten soll, sich gegen den Wankdorf-Anschluss einzusetzen.

Marieke Kruit bleibt unverbindlich Die bisherige Haltung des Gemeinderats lautete: Die Sache liege in der Zuständigkeit des Bundes. Die Planung sei weit fortgeschritten. Die Stadt habe keine Möglichkeit mehr, das Projekt zu verhindern. Auch die Annahme der Initiative könne dieses nicht stoppen. Der Berner Gemeinderat hat den Knoten bisher unterstützt. «Wir dürfen die Situation im Wankdorf nicht eskalieren lassen», sagte Gemeinderätin Marieke Kruit (SP) im Interview mit dieser Redaktion im Mai 2023.

Nach dem Volks-Nein klingt es bei der zukünftigen Stadtpräsidentin eher vorsichtig: «Nun gilt es sorgfältig zu analysieren, was das für die weiteren Autobahnvorhaben des Bundes rund um Bern heisst», schreibt Kruit auf Anfrage.

Und auf die Frage, ob die bisherige Haltung weiter Gültigkeit habe, heisst es: «Das wird der Gemeinderat beurteilen müssen, dem kann und will ich als einzelnes Mitglied des Gremiums nicht vorgreifen.» Durch das Verkehrsnetz und die Verkehrsströme gebe es jedoch Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Projekten. «Als Stadt Bern tun wir gut daran, weiterhin eine kritische, aber auch konstruktive Projektpartnerin zu sein.» Der Ball liege aber beim Bund, so Kruit.

Das Bundesamt für Strassen Astra teilt zu diesem Punkt auf Anfrage mit: «Das Projekt zur Umgestaltung des Anschlusses Wankdorf ist kein

Ausbauprojekt, sondern sieht primär die Entflechtung der verschiedenen Verkehrsströme sowie die bessere Dosierung des Verkehrs vor.» Die Sicherheit werde auch für den Langsamverkehr optimiert. Das Projekt untersteht laut Astra «nicht dem Referendum». Auf der juristischen Ebene ist beim Plangenehmigungsverfahren der Gang bis vor Bundesgericht möglich. Gemäss den Unterlagen ist der Ausbau des Knotens im Wankdorf zudem eine Voraussetzung für die Realisierung des Bypass-Tunnels für die A6.

Wie weiter mit dem Bypass?

Beim Bypass, dem Autobahntunnel zwischen Bern und Muri, vertrat die Stadtregierung von jeher eine befürwortende Haltung: Mit dem teilweisen Rückbau der A6 könne die Stadt im Ostring repariert und zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden.

Auch beim Bypass wollen die Autobahngegner über die Bücher gehen. Anders als beim Wankdorf-Anschluss wird aber keine Sistierung verlangt.

Die Bypass-Planung könne man weiterführen, es brauche aber im Tunnel weniger Spuren als vorgesehen, hält die Berner Allianz gegen den Autobahnausbau in einer Stellungnahme fest. «Ein Tunnel zwischen Wankdorf und Muri ermöglicht die Stadtreparatur, die geplanten zwei zusätzlichen



Berner Zeitung / Ausgabe Burgdorf+Emmental  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 7'441  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 5  
Fläche: 81'104 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
bc1df693-c514-475e-9d95-ed016285eb01  
Ausschnitt Seite: 2/3 Print

Fahrspuren sind dafür aber nicht nötig.» Die Allianz wird angeführt vom VCS, vertreten sind weitere Umwelt- und Verkehrsorganisationen sowie die Parteien SP, Grüne, GLP und EVP. Zum Bypass Bern-Ost verlaudet aus dem Astra nur, dass dieser nicht Gegenstand der Abstimmung gewesen sei.

Bund sucht Alternativen für A1  
Das Verdikt gegen die Autobahnen fiel im Kanton Bern mit 57 Prozent Nein-Stimmen deutlicher aus als gesamtschweizerisch. Bern-Mittelland, der Verwaltungskreis, der am stärksten und direktesten vom Ausbau betroffen gewesen wäre, lehnte den Milliardenkredit mit 61,8 Prozent Nein-Stimmen ab.

Neben der Stadt Bern sagten auch Ittigen, Zollikofen, Bolligen, Urtenen-Schönbühl, Moosseedorf, Mattstetten und Lyssach Nein - alles Gemeinden, deren Gebiet an die A1 anstösst. In der Agglomeration Bern tanzte Ostermundigen, das dem Ausbau mit 51,8 Prozent zustimmte, aus der Reihe. Befürwortet haben den Kredit auch Kirchberg und Hindelbank. Nachdem die Verbreiterung der A1 vom Tisch ist, braucht es für das Bundesamt für Strassen eine vertiefte Analyse auf dieser Strecke. «Die Herausforderungen insbesondere im Hinblick auf Stau und Ausweichverkehr bleiben unverändert.» Es werde nun darum gehen, mehrheitsfähige Alternativen zu finden.

Infrage kommt beispielsweise das Verkehrsmanagement, also etwa das Tempo. «Mit der Reduzierung der Geschwindigkeit bei hohem Verkehrsaufkommen auf 80 Kilometer pro Stunde erreicht der Abschnitt seine maximale Kapazität», schreibt das Astra. Solche Anlagen sind zwischen Wankdorf und Schönbühl sowie zwischen Schönbühl und Kirchberg installiert - sie werden «zur temporären Reduktion der Höchstgeschwindigkeit» eingesetzt.

Eine andere Möglichkeit wäre die Pannestreifenumnutzung, wie sie zwischen Muri und Bern-Wankdorf realisiert wurde. Sie ist aber grundsätzlich eher als Übergangslösung vorgesehen.



Berner Zeitung / Ausgabe Burgdorf+Emmental  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 7'441  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 5  
Fläche: 81'104 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
bc1df693-c514-475e-9d95-ed016285eb01  
Ausschnitt Seite: 3/3 Print



Der Knoten beim Autobahnanschluss am Schermenweg zählt zu den «wichtigsten Verkehrsdrehscheiben» im Kanton Bern. Foto: Raphael Moser



Berner Zeitung / Ausgabe Stadt+Region Bern  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 27'533  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 3  
Fläche: 82'248 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
8060299d-c1f1-43f8-b118-3530c04b03e2  
Ausschnitt Seite: 1/3 Print

# Autobahn-Gegner setzen neuen Berner Gemeinderat unter Druck

Simon Wälti

Steht das Autobahnprojekt im Wankdorf auf der Kippe? Linke und Grüne wollen den neuen Anschluss unbedingt verhindern.

Als das Nein der Schweiz zum Ausbau der Autobahnen Tatsache wurde, waren die Abstimmungssieger schnell mit Forderungen zur Stelle. Es müsse nun ein grundlegender Wechsel in der Verkehrspolitik erfolgen. Das für den Strassenausbau reservierte Geld solle zur Bewältigung des Klimawandels sowie für den ÖV und bessere Velowege verwendet werden.

Auch auf der lokalen Ebene ist das Powerplay sichtbar. In der Stadt Bern lehnten fast 75 Prozent der Stimmenden den Milliardenkredit ab. Der Verein Spurwechsel setzt den Berner Gemeinderat unter Druck, sich nun gegen das Projekt für den Wankdorf-Anschluss zu stellen. «Der neue Gemeinderat muss beim Kanton und beim Bund rasch eine Sistierung fordern», schreibt der Verein auf Anfrage dieser Redaktion. Nach dem Nein vom 24. November sei das Projekt «obsolet», es eröffne sich die Chance, ein «komplett neues Projekt» zu planen.

Am Sonntag wurden mit Ursina Anderegg (GB) und Melanie Mettler zwei Spurwechsel-Mitglieder neu in die Stadtregierung gewählt. Anderegg sagte im Interview mit dieser Redaktion, sie hoffe, «dass der Ausbau des Wankdorf-Knotens endgültig vom Tisch ist». Der Verein hat auf städtischer Ebene die «Verkehrsmonster-Initiative» eingereicht, die den Gemeinderat dazu verpflichten soll, sich gegen den Wankdorf-Anschluss einzusetzen.

Marieke Kruit bleibt unverbindlich Die bisherige Haltung des Gemeinderats lautete: Die Sache liege in der Zuständigkeit des Bundes. Die Planung sei weit fortgeschritten. Die Stadt habe keine Möglichkeit mehr, das Projekt zu verhindern. Auch die Annahme der Initiative könne dieses nicht stoppen. Der Berner Gemeinderat hat den Knoten bisher unterstützt. «Wir dürfen die Situation im Wankdorf nicht eskalieren lassen», sagte Gemeinderätin Marieke Kruit (SP) im Interview mit dieser Redaktion im Mai 2023.

Nach dem Volks-Nein klingt es bei der zukünftigen Stadtpräsidentin eher vorsichtig: «Nun gilt es sorgfältig zu analysieren, was das für die weiteren Autobahnvorhaben des Bundes rund um Bern heisst», schreibt Kruit auf Anfrage.

Und auf die Frage, ob die bisherige Haltung weiter Gültigkeit habe, heisst es: «Das wird der Gemeinderat beurteilen müssen, dem kann und will ich als einzelnes Mitglied des Gremiums nicht vorgreifen.» Durch das Verkehrsnetz und die Verkehrsströme gebe es jedoch Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Projekten. «Als Stadt Bern tun wir gut daran, weiterhin eine kritische, aber auch konstruktive Projektpartnerin zu sein.» Der Ball liege aber beim Bund, so Kruit.

Das Bundesamt für Strassen Astra teilt zu diesem Punkt auf Anfrage mit: «Das Projekt zur Umgestaltung des Anschlusses Wankdorf ist kein

Ausbauprojekt, sondern sieht primär die Entflechtung der verschiedenen Verkehrsströme sowie die bessere Dosierung des Verkehrs vor.» Die Sicherheit werde auch für den Langsamverkehr optimiert. Das Projekt untersteht laut Astra «nicht dem Referendum». Auf der juristischen Ebene ist beim Plangenehmigungsverfahren der Gang bis vor Bundesgericht möglich. Gemäss den Unterlagen ist der Ausbau des Knotens im Wankdorf zudem eine Voraussetzung für die Realisierung des Bypass-Tunnels für die A6.

Wie weiter mit dem Bypass?

Beim Bypass, dem Autobahntunnel zwischen Bern und Muri, vertrat die Stadtregierung von jeher eine befürwortende Haltung: Mit dem teilweisen Rückbau der A6 könne die Stadt im Ostring repariert und zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden.

Auch beim Bypass wollen die Autobahngegner über die Bücher gehen. Anders als beim Wankdorf-Anschluss wird aber keine Sistierung verlangt.

Die Bypass-Planung könne man weiterführen, es brauche aber im Tunnel weniger Spuren als vorgesehen, hält die Berner Allianz gegen den Autobahnausbau in einer Stellungnahme fest. «Ein Tunnel zwischen Wankdorf und Muri ermöglicht die Stadtreparatur, die geplanten zwei zusätzlichen



Berner Zeitung / Ausgabe Stadt+Region Bern  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 27'533  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 3  
Fläche: 82'248 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
8060299d-c1f1-43f8-b118-3530c04b03e2  
Ausschnitt Seite: 2/3 Print

Fahrspuren sind dafür aber nicht nötig.» Die Allianz wird angeführt vom VCS, vertreten sind weitere Umwelt- und Verkehrsorganisationen sowie die Parteien SP, Grüne, GLP und EVP. Zum Bypass Bern-Ost verlautet aus dem Astra nur, dass dieser nicht Gegenstand der Abstimmung gewesen sei.

Bund sucht Alternativen für A1  
Das Verdikt gegen die Autobahnen fiel im Kanton Bern mit 57 Prozent Nein-Stimmen deutlicher aus als gesamtschweizerisch. Bern-Mittelland, der Verwaltungskreis, der am stärksten und direktesten vom Ausbau betroffen gewesen wäre, lehnte den Milliardenkredit mit 61,8 Prozent Nein-Stimmen ab.

Neben der Stadt Bern sagten auch Ittigen, Zollikofen, Bolligen, Urtenen-Schönbühl, Moosseedorf, Mattstetten und Lyssach Nein - alles Gemeinden, deren Gebiet an die A1 anstösst. In der Agglomeration Bern tanzte Ostermundigen, das dem Ausbau mit 51,8 Prozent zustimmte, aus der Reihe. Befürwortet haben den Kredit auch Kirchberg und Hindelbank. Nachdem die Verbreiterung der A1 vom Tisch ist, braucht es für das Bundesamt für Strassen eine vertiefte Analyse auf dieser Strecke. «Die Herausforderungen insbesondere im Hinblick auf Stau und Ausweichverkehr bleiben unverändert.» Es werde nun darum gehen, mehrheitsfähige Alternativen zu finden.

Infrage kommt beispielsweise das Verkehrsmanagement, also etwa das Tempo. «Mit der Reduzierung der Geschwindigkeit bei hohem Verkehrsaufkommen auf 80 Kilometer pro Stunde erreicht der Abschnitt seine maximale Kapazität», schreibt das Astra. Solche Anlagen sind zwischen Wankdorf und Schönbühl sowie zwischen Schönbühl und Kirchberg installiert - sie werden «zur temporären Reduktion der Höchstgeschwindigkeit» eingesetzt.

Eine andere Möglichkeit wäre die Pannenstreifenumnutzung, wie sie zwischen Muri und Bern-Wankdorf realisiert wurde. Sie ist aber grundsätzlich eher als Übergangslösung vorgesehen.



Berner Zeitung / Ausgabe Stadt+Region Bern  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 27'533  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 3  
Fläche: 82'248 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
8060299d-c1f1-43f8-b118-3530c04b03e2  
Ausschnitt Seite: 3/3 Print



Der Knoten beim Autobahnanschluss am Schermenweg zählt zu den «wichtigsten Verkehrsdrehscheiben» im Kanton Bern. Foto: Raphael Moser



# Autobahn-Gegner setzen neuen Berner Gemeinderat unter Druck

Simon Wälti

Nach Nein zum Autobahn-Ausbau Steht das Autobahnprojekt im Wankdorf auf der Kippe? Linke und Grüne wollen den neuen Anschluss unbedingt verhindern.

Als das Nein der Schweiz zum Ausbau der Autobahnen Tatsache wurde, waren die Abstimmungssieger schnell mit Forderungen zur Stelle. Es müsse nun ein grundlegender Wechsel in der Verkehrspolitik erfolgen. Das für den Strassenausbau reservierte Geld solle zur Bewältigung des Klimawandels sowie für den ÖV und bessere Velowege verwendet werden.

Auch auf der lokalen Ebene ist das Powerplay sichtbar. In der Stadt Bern lehnten fast 75 Prozent der Stimmenden den Milliardenkredit ab. Der Verein Spurwechsel setzt den Berner Gemeinderat unter Druck, sich nun gegen das Projekt für den Wankdorf-Anschluss zu stellen. «Der neue Gemeinderat muss beim Kanton und beim Bund rasch eine Sistierung fordern», schreibt der Verein auf Anfrage dieser Redaktion. Nach dem Nein vom 24. November sei das Projekt «obsolet», es eröffne sich die Chance, ein «komplett neues Projekt» zu planen.

Am Sonntag wurden mit Ursina Anderegg (GB) und Melanie Mettler zwei Spurwechsel-Mitglieder neu in die Stadtregierung gewählt. Anderegg sagte im Interview mit dieser Redaktion, sie hoffe, «dass der Ausbau des Wankdorf-Knotens endgültig vom Tisch ist». Der Verein hat auf städtischer Ebene die «Verkehrsmonster-Initiative» eingereicht, die den Gemeinderat dazu verpflichten soll, sich gegen den Wankdorf-Anschluss einzusetzen.

Marieke Kruit bleibt unverbindlich Die bisherige Haltung des Gemeinderats lautete: Die Sache liege in der Zuständigkeit des Bundes. Die Planung sei weit fortgeschritten. Die Stadt habe keine Möglichkeit mehr, das Projekt zu verhindern. Auch die Annahme der Initiative könne dieses nicht stoppen. Der Berner Gemeinderat hat den Knoten bisher unterstützt. «Wir dürfen die Situation im Wankdorf nicht eskalieren lassen», sagte Gemeinderätin Marieke Kruit (SP) im Interview mit dieser Redaktion im Mai 2023.

Nach dem Volks-Nein klingt es bei der zukünftigen Stadtpräsidentin eher vorsichtig: «Nun gilt es sorgfältig zu analysieren, was das für die weiteren Autobahnvorhaben des Bundes rund um Bern heisst», schreibt Kruit auf Anfrage.

Und auf die Frage, ob die bisherige Haltung weiter Gültigkeit habe, heisst es: «Das wird der Gemeinderat beurteilen müssen, dem kann und will ich als einzelnes Mitglied des Gremiums nicht vorgreifen.» Durch das Verkehrsnetz und die Verkehrsströme gebe es jedoch Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Projekten. «Als Stadt Bern tun wir gut daran, weiterhin eine kritische, aber auch konstruktive Projektpartnerin zu sein.» Der Ball liege aber beim Bund, so Kruit.

Das Bundesamt für Strassen Astra teilt zu diesem Punkt auf Anfrage mit: «Das Projekt zur Umgestaltung des Anschlusses Wankdorf ist kein

Ausbauprojekt, sondern sieht primär die Entflechtung der verschiedenen Verkehrsströme sowie die bessere Dosierung des Verkehrs vor.» Die Sicherheit werde auch für den Langsamverkehr optimiert. Das Projekt untersteht laut Astra «nicht dem Referendum». Auf der juristischen Ebene ist beim Plangenehmigungsverfahren der Gang bis vor Bundesgericht möglich. Gemäss den Unterlagen ist der Ausbau des Knotens im Wankdorf zudem eine Voraussetzung für die Realisierung des Bypass-Tunnels für die A6.

Wie weiter mit dem Bypass?

Beim Bypass, dem Autobahntunnel zwischen Bern und Muri, vertrat die Stadtregierung von jeher eine befürwortende Haltung: Mit dem teilweisen Rückbau der A6 könne die Stadt im Ostring repariert und zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden.

Auch beim Bypass wollen die Autobahngegner über die Bücher gehen. Anders als beim Wankdorf-Anschluss wird aber keine Sistierung verlangt.

Die Bypass-Planung könne man weiterführen, es brauche aber im Tunnel weniger Spuren als vorgesehen, hält die Berner Allianz gegen den Autobahnausbau in einer Stellungnahme fest. «Ein Tunnel zwischen Wankdorf und Muri ermöglicht die Stadtreparatur, die geplanten zwei zusätzlichen



Berner Zeitung / Langenthaler Tagblatt  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.langenthalertagblatt.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 5'970  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 5  
Fläche: 83'100 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
bed5e133-6b86-4f59-834b-e93c73e525ef  
Ausschnitt Seite: 2/3 Print

Fahrspuren sind dafür aber nicht nötig.» Die Allianz wird angeführt vom VCS, vertreten sind weitere Umwelt- und Verkehrsorganisationen sowie die Parteien SP, Grüne, GLP und EVP. Zum Bypass Bern-Ost verlautet aus dem Astra nur, dass dieser nicht Gegenstand der Abstimmung gewesen sei.

Bund sucht Alternativen für A1  
Das Verdikt gegen die Autobahnen fiel im Kanton Bern mit 57 Prozent Nein-Stimmen deutlicher aus als gesamtschweizerisch. Bern-Mittelland, der Verwaltungskreis, der am stärksten und direktesten vom Ausbau betroffen gewesen wäre, lehnte den Milliardenkredit mit 61,8 Prozent Nein-Stimmen ab.

Neben der Stadt Bern sagten auch Ittigen, Zollikofen, Bolligen, Urtenen-Schönbühl, Moosseedorf, Mattstetten und Lyssach Nein - alles Gemeinden, deren Gebiet an die A1 anstösst. In der Agglomeration Bern tanzte Ostermundigen, das dem Ausbau mit 51,8 Prozent zustimmte, aus der Reihe. Befürwortet haben den Kredit auch Kirchberg und Hindelbank. Nachdem die Verbreiterung der A1 vom Tisch ist, braucht es für das Bundesamt für Strassen eine vertiefte Analyse auf dieser Strecke. «Die Herausforderungen insbesondere im Hinblick auf Stau und Ausweichverkehr bleiben unverändert.» Es werde nun darum gehen, mehrheitsfähige Alternativen zu finden.

Infrage kommt beispielsweise das Verkehrsmanagement, also etwa das Tempo. «Mit der Reduzierung der Geschwindigkeit bei hohem Verkehrsaufkommen auf 80 Kilometer pro Stunde erreicht der Abschnitt seine maximale Kapazität», schreibt das Astra. Solche Anlagen sind zwischen Wankdorf und Schönbühl sowie zwischen Schönbühl und Kirchberg installiert - sie werden «zur temporären Reduktion der Höchstgeschwindigkeit» eingesetzt.

Eine andere Möglichkeit wäre die Pannestreifenumnutzung, wie sie zwischen Muri und Bern-Wankdorf realisiert wurde. Sie ist aber grundsätzlich eher als Übergangslösung vorgesehen.



Berner Zeitung / Langenthaler Tagblatt  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.langenthalertagblatt.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 5'970  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 5  
Fläche: 83'100 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
bed5e133-6b86-4f59-834b-e93c73e525ef  
Ausschnitt Seite: 3/3 Print



Der Knoten beim Autobahnanschluss am Schermenweg zählt zu den «wichtigsten Verkehrsdrehscheiben» im Kanton Bern. Foto: Raphael Moser



## Autobahn-Gegner setzen neuen Berner Gemeinderat unter Druck

Simon Wälti

Steht das Autobahnprojekt im Wankdorf auf der Kippe? Linke und Grüne wollen den neuen Anschluss unbedingt verhindern.

Als das Nein der Schweiz zum Ausbau der Autobahnen Tatsache wurde, waren die Abstimmungssieger schnell mit Forderungen zur Stelle. Es müsse nun ein grundlegender Wechsel in der Verkehrspolitik erfolgen. Das für den Strassenausbau reservierte Geld solle zur Bewältigung des Klimawandels sowie für den ÖV und bessere Velowege verwendet werden. Auch auf der lokalen Ebene ist das Powerplay sichtbar. In der Stadt Bern lehnten fast 75 Prozent der Stimmenden den Milliardenkredit ab. Der Verein Spurwechsei setzt den Berner Gemeinderat unter Druck, sich nun gegen das Projekt für den Wankdorf-Anschluss zu stellen. «Der neue Gemeinderat muss beim Kanton und beim Bund rasch eine Sistierung fordern», schreibt der Verein auf Anfrage dieser Redaktion. Nach dem Nein vom 24. November sei das Projekt «obsolet», es eröffne sich die Chance, ein «komplett neues Projekt» zu planen.

Am Sonntag wurden mit Ursina Anderegg (GB) und Melanie Mettler zwei Spurwechsel-Mitglieder neu in die Stadtregierung gewählt. Anderegg sagte im Interview mit dieser Redaktion, sie hoffe, «dass der Ausbau des Wankdorf-Knotens endgültig vom Tisch ist». Der Verein hat auf städtischer Ebene die «Verkehrsmonster-Initiative» eingereicht, die den Gemeinderat dazu verpflichten soll, sich gegen den Wankdorf-Anschluss einzusetzen.

Marieke Kruit bleibt unverbindlich. Die bisherige Haltung des Gemeinderats lautete: Die Sache liege in der Zuständigkeit des Bundes. Die Planung sei weit fortgeschritten. Die Stadt habe keine Möglichkeit mehr, das Projekt zu verhindern. Auch die Annahme der Initiative könne dieses nicht stoppen. Der Berner Gemeinderat hat den Knoten bisher unterstützt. «Wir dürfen die Situation im Wankdorf nicht eskalieren lassen», sagte Gemeinderätin Marieke Kruit (SP) im Interview mit dieser Redaktion im Mai 2023.

Nach dem Volks-Nein klingt es bei der zukünftigen Stadtpräsidentin eher vorsichtig: «Nun gilt es sorgfältig zu analysieren, was das für die weiteren Autobahnvorhaben des Bundes rund um Bern heisst», schreibt Kruit auf Anfrage.

Und auf die Frage, ob die bisherige Haltung weiter Gültigkeit habe, heisst es: «Das wird der Gemeinderat beurteilen müssen, dem kann und will ich als einzelnes Mitglied des Gremiums nicht vorgreifen.» Durch das Verkehrsnetz und die Verkehrsströme gebe es jedoch Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Projekten. «Als Stadt Bern tun wir gut daran, weiterhin eine kritische, aber auch konstruktive Projektpartnerin zu sein.» Der Ball liege aber beim Bund, so Kruit.

Das Bundesamt für Strassen Astra teilt zu diesem Punkt auf Anfrage mit: «Das Projekt zur Umgestaltung des Anschlusses Wankdorf ist kein

Ausbauprojekt, sondern sieht primär die Entflechtung der verschiedenen Verkehrsströme sowie die bessere Dosierung des Verkehrs vor.» Die Sicherheit werde auch für den Langsamverkehr optimiert. Das Projekt untersteht laut Astra «nicht dem Referendum». Auf der juristischen Ebene ist beim Plangenehmigungsverfahren der Gang bis vor Bundesgericht möglich. Gemäss den Unterlagen ist der Ausbau des Knotens im Wankdorf zudem eine Voraussetzung für die Realisierung des Bypass-Tunnels für die A6.

Wie weiter mit dem Bypass?

Beim Bypass, dem Autobahntunnel zwischen Bern und Muri, vertritt die Stadtregierung von jeher eine befürwortende Haltung: Mit dem teilweisen Rückbau der A6 könne die Stadt im Ostring repariert und zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden.

Auch beim Bypass wollen die Autobahngegner über die Bücher gehen. Anders als beim Wankdorf-Anschluss wird aber keine Sistierung verlangt.

Die Bypass-Planung könne man weiterführen, es brauche aber im Tunnel weniger Spuren als vorgesehen, hält die Berner Allianz gegen den Autobahnausbau in einer Stellungnahme fest. «Ein Tunnel zwischen Wankdorf und Muri ermöglicht die Stadtreparatur, die geplanten zwei zusätzlichen



Der Bund  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.derbund.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 28'376  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 19  
Fläche: 83'956 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
40bd151e-6ed5-492e-a21a-313ae62483c5  
Ausschnitt Seite: 2/3 Print

Fahrspuren sind dafür aber nicht nötig.» Die Allianz wird angeführt vom VCS, vertreten sind weitere Umwelt- und Verkehrsorganisationen sowie die Parteien SP, Grüne, GLP und EVP. Zum Bypass Bern-Ost verlautet aus dem Astra nur, dass dieser nicht Gegenstand der Abstimmung gewesen sei.

Bund sucht Alternativen für AI  
Das Verdikt gegen die Autobahnen fiel im Kanton Bern mit 57 Prozent Nein-Stimmen deutlicher aus als gesamtschweizerisch. Bern-Mittelland, der Verwaltungskreis, der am stärksten und direktesten vom Ausbau betroffen gewesen wäre, lehnte den Milliardenkredit mit 61,8 Prozent Nein-Stimmen ab.

Neben der Stadt Bern sagten auch Ittigen, Zollikofen, Bolligen, Urtenen-Schönbühl, Moosseedorf, Mattstetten und Lyssach Nein - alles Gemeinden, deren Gebiet an die AI anstösst. In der Agglomeration Bern tanzte Ostermundigen, das dem Ausbau mit 51,8 Prozent zustimmte, aus der Reihe. Befürwortet haben den Kredit auch Kirchberg und Hindelbank. Nachdem die Verbreiterung der AI vom Tisch ist, braucht es für das Bundesamt für Strassen eine vertiefte Analyse auf dieser Strecke. «Die Herausforderungen insbesondere im Hinblick auf Stau und Ausweichverkehr bleiben unverändert.» Es werde nun darum gehen, mehrheitsfähige Alternativen zu finden.

Infrage kommt beispielsweise das Verkehrsmanagement, also etwa das Tempo. «Mit der Reduzierung der Geschwindigkeit bei hohem Verkehrsaufkommen auf 80 Kilometer pro Stunde erreicht der Abschnitt seine maximale Kapazität», schreibt das Astra. Solche Anlagen sind zwischen Wankdorf und Schönbühl sowie zwischen Schönbühl und Kirchberg installiert - sie werden «zur temporären Reduktion der Höchstgeschwindigkeit» eingesetzt.

Eine andere Möglichkeit wäre die Pannestreifenumnutzung, wie sie zwischen Muri und Bern-Wankdorf realisiert wurde. Sie ist aber grundsätzlich eher als Übergangslösung vorgesehen.



Der Bund  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.derbund.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 28'376  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 19  
Fläche: 83'956 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
40bd151e-6ed5-492e-a21a-313ae62483c5  
Ausschnitt Seite: 3/3 Print



Der Knoten beim Autobahnanschluss am Schermenweg zählt zu den «wichtigsten Verkehrsdrehscheiben» im Kanton Bern. Foto: Raphael Moser



Der Unter-Emmentaler  
4950 Huttwil  
062/ 959 80 70  
<https://unter-emmentaler.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 4'648  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 12  
Fläche: 84'388 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
c461307c-8b42-408c-b556-5e3b3c391a16  
Ausschnitt-Seite: 1/3

## Das Schweizer Volk will andere Lösungen

sda/UE

Drei Mal Nein, einmal Ja sagte der Souverän am vergangenen Sonntag zu den eidgenössischen Vorlagen. Der Bund muss auf den Ausbau von sechs Schweizer Autobauteilstücken verzichten. Bei der Finanzierung des Gesundheitswesens beginnt mit dem Ja vom Wochenende die Umsetzung des historischen System-Wechsels. Knapp abgelehnt wurden die beiden Mietrechtsvorlagen.

Gemäss den Ergebnissen aus den Kantonen sagten rund 1316500 Stimmende Nein zum Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen. Rund 1 181600 Stimmende befürworteten ihn. Die Stimmbeteiligung lag bei rund 45 Prozent. Nicht realisiert werden kann damit der Ausbau der A1 zwischen Bern-Wankdorf und Schönbühl BE auf acht Spuren und zwischen Schönbühl und Kirchberg BE auf sechs Spuren. In der West-Schweiz wird es keinen Ausbau der A1 zwischen Le Vengeron GE und Nyon VD auf sechs Spuren geben. Ebenfalls vom Tisch sind der Bau einer dritten Röhre des Rosenbergtunnels der A1 bei St. Gallen und einer zweiten Röhre des Fäsenstautunnels der A4 in Schaffhausen. Im Raum Basel wird die A2-Osttangente nicht mit einem neuen Rheintunnel zwischen Birsfelden BL und Kleinhüningen vom Durchgangsverkehr entlastet. Der Bund wollte für die sechs Projekte 4,9 Milliarden Franken ausgeben.

Die Frauen entschieden Ja sagten die Kantone Solothurn, Aargau, Basel-Landschaft, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen, die beiden Appenzell, Thurgau, Schaffhausen und Zug, alle anderen sagten Nein. Nein sagten auch die von den Projekten direkt betroffenen Städte Basel, Schaffhausen, St. Gallen und Nyon VD sowie die Grauholz-

Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl (alle Kanton Bern). Für das Resultat wichtiger als regionale Unterschiede war aber laut Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs.bern das Geschlecht: «Frauen haben heute entschieden», sagte er am Sonntag im Schweizer Fernsehen SRF, gestützt auf Umfrageresultate von Anfang November. Die von gfs.bern Mitte November präsentierten Umfrageergebnisse besagten, dass nur 38 Prozent der Frauen Ja oder eher Ja sagen wollten zum Autobahnausbau, während es bei den Männern 56 Prozent waren. «Die Umweltfrage gewichtet bei den Frauen mehr», so Golder.

«Historischer Erfolg» für Gegner Am Sonntagabend jubelte das Nein-Lager, zu dem der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Organisation Umverkehr, weitere Umweltorganisationen und die Grünen, die SP und die GLP gehören. Die Grünen sprachen von einem «historischen Erfolg für die Verkehrswende». Der Autobahnausbau wäre übertrieben, überholt und überverteuert gewesen. SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer interpretierte das Resultat als Votum für mehr Klimaschutz. Der Aargauer GLP-Nationalrat Beat Flach sagte, es brauche nicht mehr Teer, sondern intelligente Lösungen. Die Befürworter hingegen sagten, auf den Nationalstrassen werde es jetzt noch

mehr Stau geben. Das bedeute für die Wirtschaft und das Gewerbe spätere Lieferungen und steigende Kosten, so beispielsweise der Aargauer SVP-Nationalrat und Transport-Unternehmer Benjamin Giezendanner.

Forderungen nach Umnutzung der Strassengelder Nach dem Volksnein verlangten die Sieger mehr Geld für den öffentlichen Verkehr und für Velowege sowie für Klimaschutz. Die SVP hingegen forderte, das für die sechs Projekte vorgesehene Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) müsse den Autofahrern zugute kommen. Die Mineralölsteuer sei deshalb sofort zu senken. SVP-Bundesrat Albert Rösli winkte vor den Medien aber ab: In den nächsten Jahren würden Nationalstrassenausbauprojekte verwirklicht. «Diese kosten entsprechend den heutigen Einnahmen der Mineralölsteuer.» Die an der Urne abgelehnten Projekte wären erst ab 2033 umgesetzt worden.

Systemwechsel bei der Finanzierung im Gesundheitswesen Die Efas-Vorlage («Einheitliche Finanzierung ambulant und stationär») bringt einheitliche Finanzierungsregeln: Die Kantone sollen für alle Behandlungen und Pflegeleistungen mindestens 26,9 Prozent (nach Abzug von Franchise und



Der Unter-Emmentaler  
4950 Huttwil  
062/ 959 80 70  
<https://unter-emmentaler.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 4'648  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 12  
Fläche: 84'388 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
c461307c-8b42-408c-b556-5e3b3c391a16  
Ausschnitt-Seite: 2/3

Selbstbehalt der Patienten) und die Kassen über die Prämien höchstens . 73,1 Prozent bezahlen. Umgesetzt werden soll die von den Kantonen unterstützte einheitliche Finanzierung der ambulanten und stationären Behandlungen ab 2028. Die Langzeitpflege hingegen - Heime und Spitex-Dienste - erhält für die Umsetzung der neuen Vorgaben bis 2032 Zeit. Denn bevor das neue Modell eingeführt wird, müssen für Pflegeleistungen einheitliche Tarife ausgehandelt werden, und diese müssen die Kosten decken. Der Antrag, vor Einheitsfinanzierung in der Pflege die Pflegeinitiative voll umzusetzen, kam im Parlament nicht durch. Von aussen gesehen ändert sich für Patientinnen und Patienten nicht viel. Sie sollen aber vom Trend zu mehr ambulanten Behandlungen profitieren können. Die Schweiz verzeichnet heute weniger ambulante Behandlungen als vergleichbare andere Staaten. Sind mehrere Leistungserbringer an einer Behandlung beteiligt, sollen die Absprachen dank finanzieller Anreize besser werden. In gewissen Fällen kann es laut Bundesrat sein, dass die

Kostenbeteiligung der Patienten für stationäre Behandlungen im Vergleich zu heute höher wird. Wegen medizinischer Fortschritte können immer mehr operative Eingriffe ohne Spitalaufenthalt vorgenommen werden. Das senkt unter dem Strich die Kosten. In der Schweiz leben immer mehr ältere Menschen, die im Alltag auf Pflege und Hilfe angewiesen sind. Von Jahr zu Jahr höher sind nicht nur die Gesundheitskosten, sondern auch die Krankenkassenprämien. Die Befürworter interpretieren das Ja als Beweis, dass Reformen im Gesundheitswesen möglich sind. Nun würden bestehende Fehlanreize beseitigt. Der Krankenkassenverband Curafutur mit den Kassen CSS, Helsana und Sanitas - sprach von einem «historischen Ja» für die Patienten, aber auch das Gesundheitssystem und die Prämienzahler. Die Gewerkschaft VPOD ergriff das Referendum gegen die Vorlage; für ein Nein engagierten sich auch der Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaft Unia sowie die SP. Im Parlament gab es Nein-Stimmen zur Vorlage aus den Fraktionen von SP, Grünen und SVP. Die Gegner warnten,

die Prämien könnten wegen des Einbezugs der Langzeitpflege steigen. Der Gewerkschaftsbund befürchtet höhere Prämien und mehr Druck auf Pflegequalität und Personal. Die Folgen der Efas-Umsetzung seien nicht absehbar, warnte die Gewerkschaft Unia. Die Grünen forderten einen weiteren Systemwechsel, und zwar von den Kopfprämien für die Grundversicherung zu einkommens- und vermögensabhängigen Prämien.

Ausgewogenere Lösungen im Mietrecht nötig Laut Wirtschaftsminister Guy Parmelin zeigen die zwei Nein zu den Mietrechtsvorlagen, dass es ausgewogene Lösungen und Kompromisse braucht. Die Vorlagen hätten aus Sicht der Mehrheit das Ungleichgewicht zwischen Mietenden und Vermietenden verstärkt. Zudem sei vielen nicht klar gewesen, weshalb es die neuen Regeln brauche. Parmelin warnte davor, das Mietrecht nun so zu belassen wie heute. «Der Mietzins muss sich nach den Kosten für die Vermietenden richten und idealerweise die finanziellen Möglichkeiten der Mietenden nicht übersteigen.»

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN 24. NOVEMBER 2024 Ausbau Mietrecht: Mietrecht: Kündigung Einheitliche Finanzierung Nationalstrassen Untermiete wegen Eigenbedarfs Gesundheitsleistungen Ja Nein Ja Nein Ja Nein Ja Nein Verwaltungskreis Oberaargau Auswil 81 75 77 77 78 76 83 71 Bleienbach 125 118 134 106 138 103 129 107 Busswil bei Melchnau 33 55 52 36 50 38 45 40 Eriswil 237 214 267 181 273 174 254 191 Gondiswil 105 116 132 86 121 95 128 92 Huttwil 815 802 904 685 905 686 • 957 626 Langenthal 1834 2386 2030 2153 1896 2293 2281 1861 Lotzwil 330 385 344 356 345 363 393 314 Madiswil 516 612 614 498 602 503 598 513 Melchnau 190 238 243 178 228 195 240 182 Ochlenberg 92 113 124 79 128 74 122 79 Oeschenschbach 38 25 41 22 42 21 36 26 Reisiswil 31 37 40 29 47 22 44 24 Roggwil 607 566 589 578 565 597 595 566 Rohrbach 209 245 223 222 224 221 224 219 Rohrbachgraben 43 50 62 29 58 34 63 27 Rüschellen 71 101 83 89 83 89 90 81 Thunstetten 442 486 475 437 476 438 501 410 Thörigen 195 174 210 157 202 168 217 149 Ursenbach 119 125 152 89 148 94 121 116 Walterswil 87 71 94 61 99 55 110 46 Wyssachen 148 206 211 139 209 138 192 151 Verwaltungskreis Emmental Affoltern i.E. 232 172 254 145 248 151 259 139 Dürrenroth 168 198 210 150 223 137 212 149 Hasle bei Burgdorf 454 489 519 408 543 389 545 379 Lützelflüh 670 718 774 602 742 632 765 581 Rüegsau 614 494 655 439 658 438 644 429 Sumiswald 864



Der Unter-Emmentaler  
4950 Huttwil  
062/ 959 80 70  
<https://unteremmentaler.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 4'648  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 12  
Fläche: 84'388 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
c461307c-8b42-408c-b556-5e3b3c391a16  
Ausschnitt-Seite: 3/3

849 918 760 912 776 931 739 Trachselwald 126 148 158 115 158 115 145  
125

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN 24. NOVEMBER 2024								
	Ausbau Nationalstrassen		Mietrecht: Untermiete		Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs		Einheitliche Finanzierung Gesundheitsleistungen	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
<b>Verwaltungskreis Oberaargau</b>								
Auswil	81	75	77	77	78	76	83	71
Bleienbach	125	118	134	106	138	103	129	107
Busswil bei Melchnau	33	55	52	36	50	38	45	40
Eriswil	237	214	267	181	273	174	254	191
Gondiswil	105	116	132	86	121	95	128	92
Huttwil	815	802	904	685	905	686	957	626
Langenthal	1834	2386	2030	2153	1896	2293	2281	1861
Lotzwil	330	385	344	356	345	363	393	314
Madiswil	516	612	614	498	602	503	598	513
Melchnau	190	238	243	178	228	195	240	182
Ochlenberg	92	113	124	79	128	74	122	79
Oeschenbach	38	25	41	22	42	21	36	26
Reisiswil	31	37	40	29	47	22	44	24
Roggwil	607	566	589	578	565	597	595	566
Rohrbach	209	245	223	222	224	221	224	219
Rohrbachgraben	43	50	62	29	58	34	63	27
Rütschelen	71	101	83	89	83	89	90	81
Thunstetten	442	486	475	437	476	438	501	410
Thörigen	195	174	210	157	202	168	217	149
Ursenbach	119	125	152	89	148	94	121	116
Walterswil	87	71	94	61	99	55	110	46
Wyssachen	148	206	211	139	209	138	192	151
<b>Verwaltungskreis Emmental</b>								
Affoltern i.E.	232	172	254	145	248	151	259	139
Dürrenroth	168	198	210	150	223	137	212	149
Hasle bei Burgdorf	454	489	519	408	543	389	545	379
Lützelflüh	670	718	774	602	742	632	765	581
Rüegsau	614	494	655	439	658	438	644	429
Sumiswald	864	849	918	760	912	776	931	739
Trachselwald	126	148	158	115	158	115	145	125



25.11.2024 06:21:02 AWP 0152  
Schweiz (AWP)  
Transport, Politik

## Wdh: Schweizer Stimmvolk stoppt Autobahn-Ausbaupläne des Bundes

(Wiederholung vom Wochenende)

Bern (awp/sda) - Der Bund muss auf den Ausbau von sechs Schweizer Autobahnabschnitten verzichten. Das Stimmvolk hat an der Urne fünf Ausbauprojekte in der Deutschschweiz und ein Projekt in der Romandie mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 52,7 Prozent abgelehnt.

Gemäss den Ergebnissen aus den Kantonen sagten rund 1'316'500 Stimmbürger Nein zum Bundesbeschluss über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen. Rund 1'181'600 Stimmbürger befürworteten ihn. Die Stimmbeteiligung lag bei rund 45 Prozent.

Nicht realisiert werden kann damit der Ausbau der A1 zwischen Bern-Wankdorf und Schönbühl BE auf acht Spuren und zwischen Schönbühl und Kirchberg BE auf sechs Spuren. In der Westschweiz wird es keinen Ausbau der A1 zwischen Le Vengeron GE und Nyon VD auf sechs Spuren geben.

Ebenfalls vom Tisch sind der Bau einer dritten Röhre des Rosenberggtunnels der A1 bei St. Gallen und einer zweiten Röhre des Fäsenstaubtunnels der A4 in Schaffhausen. Im Raum Basel wird die A2-Osttangente nicht mit einem neuen Rheintunnel zwischen Birsfelden BL und Kleinhüningen vom Durchgangsverkehr entlastet. Der Bund wollte für die sechs Projekte 4,9 Milliarden Franken ausgeben.

Die Frauen entschieden

Ja sagten die Kantone Solothurn, Aargau, Basel-Landschaft, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen, die beiden Appenzell, Thurgau, Schaffhausen und Zug, alle anderen sagten Nein. Nein sagten auch die von den Projekten direkt betroffenen Städte Basel, Schaffhausen, St. Gallen und Nyon VD sowie die Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl (alle Kanton Bern).

Für das Resultat wichtiger als regionale Unterschiede war aber laut Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs.bern das Geschlecht: "Frauen haben heute entschieden", sagte er am Sonntag im Schweizer Fernsehen SRF, gestützt auf Umfrageresultate von Anfang November.

Die von gfs.bern Mitte November präsentierten Umfrageergebnisse besagten, dass nur 38 Prozent der Frauen Ja oder eher Ja sagen wollten zum Autobahnausbau, während es bei den Männern 56 Prozent waren. "Die Umweltfrage gewichtet bei den Frauen mehr", so Golder.

"Historischer Erfolg" für Gegner

Am Sonntagabend jubelte das Nein-Lager, zu dem der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Organisation Umverkehr, weitere Umweltorganisationen und die Grünen, die SP und die GLP gehören. Die Grünen sprachen von einem "historischen Erfolg für die Verkehrswende". Der Autobahnausbau wäre übertrieben, überholt und übersteuert gewesen.

SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer interpretierte das Resultat als Votum für mehr Klimaschutz. Der Aargauer GLP-Nationalrat Beat Flach sagte, es brauche nicht mehr Teer, sondern intelligente Lösungen.



Die Befürworter hingegen sagten, auf den Nationalstrassen werde es jetzt noch mehr Stau geben. Das bedeute für die Wirtschaft und das Gewerbe spätere Lieferungen und steigende Kosten, so beispielsweise der Aargauer SVP-Nationalrat und Transport-Unternehmer Benjamin Giezendanner. Der Bund gab die Zahl der Staustunden auf Nationalstrassen im Jahr 2023 mit 48'000 an.

Das Abstimmungsresultat bedeutet die erste Abstimmungsniederlage für Bundesrat Albert Rösti. Der Verkehrsminister sagte am Sonntagabend, die Landesregierung sehe drei Gründe für das Nein: Das Gesamtpaket mit sechs Ausbauprojekten sei überladen gewesen. Weiter sei es nicht gelungen, weitab von den betroffenen Regionen den Nutzen des Ausbaus für die Gesamtschweiz zu vermitteln.

Zudem hätten die Diskussionen um den Finanzhaushalt des Bundes einige wachstumskritische Stimmbürgerinnen und -bürger von einem Ja zum Nationalstrassenausbau abgehalten.

#### Forderungen nach Umnutzung der Strassengelder

Nach dem Volksnein verlangten die Sieger mehr Geld für den öffentlichen Verkehr und für Velowege sowie für Klimaschutz. Die SVP hingegen forderte, das für die sechs Projekte vorgesehene Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) müsse den Autofahrern zugute kommen. Die Mineralölsteuer sei deshalb sofort zu senken.

SVP-Bundesrat Rösti winkte vor den Medien aber ab: In den nächsten Jahren würden Nationalstrassenausbauprojekte verwirklicht. "Diese kosten entsprechend den heutigen Einnahmen der Mineralölsteuer." Die an der Urne abgelehnten Projekte wären erst ab 2033 umgesetzt worden.



Berner Oberländer  
3602 Thun  
033/ 225 15 15  
<https://www.berneroberlaender.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 11'169  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 1  
Fläche: 22'724 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
84c74fc0-4f75-404b-a9e3-db6e5d1104cd  
Ausschnitt Seite: 1/1 Print

# Grüne wollen Autobahn-Geld für Klimaschutz verwenden

Das Stimmvolk stoppt die Autobahn-Ausbaupläne des Bundes. Im Kanton Bern fiel die Ablehnung mit 57 Prozent deutlich aus.

52,7 Prozent Nein-Stimmen gegen sechs Autobahn-Ausbauprojekte: Lisa Mazzone, Präsidentin der Grünen, will das Momentum dieses Abstimmungserfolgs für ihre Partei nutzen. Sie fordert, dass Gelder aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF) in Zukunft auch für den Klimaschutz verwendet werden. Konkret sollen sie vermehrt in den Velo- und den Fussverkehr sowie in den Lärmschutz fliessen - und auch in Klimaschutzmassnahmen etwa zur

Unterstützung von Berggemeinden. Mazzone begründet ihre Forderung mit dem Zusammenhang zwischen Klimawandel und Autoverkehr. Im Kanton Bern lehnten 57 Prozent der Stimmenden den Autobahnausbau ab, eine Ja-Mehrheit fand sich lediglich in den Verwaltungskreisen Seeland, Frutigen-Niedersimmental und Obersimmental-Saanen. In der Stadt Bern stimmten fast drei Viertel dagegen, in den Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-

Schönbühl zwischen 58 und 60 Prozent. Die Berner Allianz gegen den Autobahnausbau reagierte mit der Forderung, nun müssten weitere Projekte unverzüglich sistiert werden: der Ausbau Anschluss Wankdorf, der Sechsspur-Ausbau Muri-Rubigen und der Ausbau Felsenau-Viadukt. Einzig die Planung des Bypass Bern-Ost sei weiterzuführen. Zur Allianz gehören VCS, WWF, Pro Velo, der Verein Spurwechsel sowie SP, Grüne, GLP und EVP. (red/SDA) Seiten 11-15



## Die SP holt einen dritten Sitz

Hans Ulrich Schaad

Wahlen in Moosseedorf Die SP schliesst in Gemeinderat zur SVP auf.

Alle sieben Gemeinderatsmitglieder traten in Moosseedorf zur Wiederwahl an. Nur sechs von ihnen dürfen ab nächstem Jahr weiterregieren. Die Freie Ortspartei (FOM) verliert einen ihrer beiden Sitze an die SP, die mit neu drei Sitzen zur SVP aufschliesst. Die FOM ist bei den Wähleranteilen regelrecht eingebrochen. Sowohl bei den Wahlen von 2016 als auch denjenigen von 2020 lag der Anteil bei über 25 Prozent. Nun sind es noch knapp 16 Prozent. Den Freien Wählern half auch nichts, dass sie eine Listenverbindung mit der Allianz der Mitte, bestehend aus FDP und Grünliberalen, eingegangen waren. Das Restmandat ging deutlich an die Sozialdemokraten. Auch die Allianz der Mitte kam nur auf einen Wähleranteil von 7,4 Prozent. Vor vier Jahren waren es mit zwei separaten Listen insgesamt 9,5 Prozent gewesen.

Die Stimmbeteiligung lag heuer mit 43 Prozent leicht tiefer als 2020 (44,9 Prozent).

Nationale Vorlagen haben geholfen Die SP befindet sich in Moosseedorf im Steigflug. Vor acht Jahren musste sich die Partei noch mit einem Sitz begnügen, vor vier Jahren kam der zweite dazu. Im Vorfeld war SP-Präsidentin Louise Lätt davon ausgegangen, dass alle Bisherigen bestätigt würden.

«Mit dem dritten Sitz hätten wir nie gerechnet», freut sich Louise Lätt am Sonntagnachmittag. Möglicherweise hätten die nationalen Abstimmungen eine Rolle gespielt, die mit dem Autobahnausbau und den Mietrechtsvorlagen linke Wähler mobilisiert hätten. Auch Peter Hochreutener (FOM), der die Wiederwahl verpasste, glaubt, dass die

nationalen Vorlagen der SP geholfen haben.

Hochreutener will die Rolle der FOM, die nun zwischen den Polparteien SVP und SP das Zünglein an der Waage spielen könnte, nicht überbewerten. Mit sechs Bisherigen ändere sich nicht viel.

Drei Sitze gehalten, Wähleranteil gesteigert: «Ziel erreicht», kann SVP-Präsident Martin Häberli bilanzieren. Er bedauert, dass Hochreutener die Wiederwahl nicht geschafft hat. Vielleicht habe die Listenverbindung der Freien Ortspartei fast mehr geschadet als genutzt. Simon Endes, Barbara Pulfer SP, (bisher), FOM, 681 Stimmen 407 Stimmen Martin Häberli Thomas Bütikofer (bisher), SVP, 751 Stimmen 700 Stimmen Michael Utiger Christa Kolden (bisher), SVP, Baumgartner 898 Stimmen (bish.), SP, 836

Gemeinderat, gewählt: Michael Utiger (SVP, bisher), 898 Stimmen; Christa Kolden-Baumgartner (SP, bisher), 836; Stefan Meier (SP, bisher), 814; Martin Häberli (SVP, bisher), 751; Thomas Bütikofer (SVP, bisher), 700; Simon Ender (SP, neu), 681; Barbara Pulfer (FOM, bisher), 407. Gemeinderat, nicht gewählt: SVP: Simon Bigler, 458 Stimmen; SP: Beat Eckstein, 335. FOM: Peter Hochreutener (bisher), 364; Daniel Stadelmann, 217; Monika Schwitz, 138. Allianz der Mitte: Roland Lüthi (GLP), 206; Michael Krähenbühl (FDP), 148; Marc Weiss (FDP), 89; Alfred Dürst (GLP), 41.



Berner Zeitung / Ausgabe Burgdorf+Emmental  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 7'441  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 9  
Fläche: 28'518 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
90ac2da2-b1fa-4dd5-bcaa-44bba73a909d  
Ausschnitt Seite: 2/2 Print



Stefan Meier (bisher), SP, 814 Stimmen. Als Gemeindepräsident still gewählt.



Berner Zeitung / Ausgabe Stadt+Region Bern  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 27'533  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 1  
Fläche: 16'000 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
5dc724ab-126b-426b-84ac-c3c1f72f74ef  
Ausschnitt Seite: 1/1 Print

# Grüne wollen Autobahn-Geld für Klimaschutz verwenden

(red/SDA)

Das Stimmvolk stoppt die Autobahn-Ausbaupläne des Bundes.

52,7 Prozent Nein-Stimmen gegen sechs Autobahn-Ausbauprojekte: Lisa Mazzone, Präsidentin der Grünen, will das Momentum dieses Abstimmungserfolgs für ihre Partei nutzen. Sie fordert, dass Gelder aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF) in Zukunft auch für den Klimaschutz verwendet werden. Konkret sollen sie vermehrt in den Velo- und den Fussverkehr sowie in den Lärmschutz fliessen - und auch in Klimaschutzmassnahmen etwa zur Unterstützung von Berggemeinden, die im letzten Sommer besonders von

Unwettern betroffen waren. Mazzone begründet ihre Forderung mit dem Zusammenhang zwischen Klimawandel und Autoverkehr. Im Kanton Bern lehnten 57 Prozent der Stimmenden den Autobahnausbau ab, sieben von zehn Verwaltungskreisen sagten Nein. Eine Ja-Mehrheit fand sich lediglich im Seeland, in Frutigen-Niedersimmental und in Obersimmental-Saanen. In der Stadt Bern stimmten fast drei Viertel dagegen. In den Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl waren es zwischen 58 und

60 Prozent. Die Berner Allianz gegen den Autobahnausbau reagierte mit der Forderung, nun müssten weitere hängige Projekte unverzüglich sistiert werden: der Ausbau Anschluss Wankdorf, der Sechsspur-Ausbau Muri-Rubigen und der Ausbau Felsenau-Viadukt. Einzig die Planung des Bypasses Bern-Ost sei weiterzuführen, aber reduziert. Zur Allianz gehören unter anderem der VCS, der WWF, Pro Velo, der Verein Spurwechsel sowie SP, Grüne, GLP und EVP.



Berner Zeitung / Ausgabe Stadt+Region Bern  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 27'533  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 8  
Fläche: 29'550 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
0864e91e-28c5-45e5-8601-8ad3ac99f2a0  
Ausschnitt Seite: 1/2 Print

## Die SP holt einen dritten Sitz

Hans Ulrich Schaad

### Die SP schliesst in Gemeinderat zur SVP auf.

Alle sieben Gemeinderatsmitglieder traten in Moosseedorf zur Wiederwahl an. Nur sechs von ihnen dürfen ab nächstem Jahr weiterregieren. Die Freie Ortspartei (FOM) verliert einen ihrer beiden Sitze an die SP, die mit neu drei Sitzen zur SVP aufschliesst. Die FOM ist bei den Wähleranteilen regelrecht eingebrochen. Sowohl bei den Wahlen von 2016 als auch denjenigen von 2020 lag der Anteil bei über 25 Prozent. Nun sind es noch knapp 16 Prozent. Den Freien Wählern half auch nichts, dass sie eine Listenverbindung mit der Allianz der Mitte, bestehend aus FDP und Grünliberalen, eingegangen waren. Das Restmandat ging deutlich an die Sozialdemokraten. Auch die Allianz der Mitte kam nur auf einen Wähleranteil von 7,4 Prozent. Vor vier Jahren waren es mit zwei separaten Listen insgesamt 9,5 Prozent gewesen.

Die Stimmbeteiligung lag heuer mit 43 Prozent leicht tiefer als 2020 (44,9 Prozent).

Nationale Vorlagen haben geholfen Die SP befindet sich in Moosseedorf im Steigflug. Vor acht Jahren musste sich die Partei noch mit einem Sitz begnügen, vor vier Jahren kam der zweite dazu. Im Vorfeld war SP-Präsidentin Louise Lätt davon ausgegangen, dass alle Bisherigen bestätigt würden.

«Mit dem dritten Sitz hätten wir nie gerechnet», freut sich Louise Lätt am Sonntagnachmittag. Möglicherweise hätten die nationalen Abstimmungen eine Rolle gespielt, die mit dem Autobahnausbau und den Mietrechtsvorlagen linke Wähler mobilisiert hätten. Auch Peter Hochreutener (FOM), der die Wiederwahl verpasste, glaubt, dass die

nationalen Vorlagen der SP geholfen haben.

Hochreutener will die Rolle der FOM, die nun zwischen den Polparteien SVP und SP das Zünglein an der Waage spielen könnte, nicht überbewerten. Mit sechs Bisherigen ändere sich nicht viel.

Drei Sitze gehalten, Wähleranteil gesteigert: «Ziel erreicht», kann SVP-Präsident Martin Häberli bilanzieren. Er bedauert, dass Hochreutener die Wiederwahl nicht geschafft hat. Vielleicht habe die Listenverbindung der Freien Ortspartei fast mehr geschadet als genutzt. Simon Endes Barbara Pulfer (neu), SP, (bisher), FOM, 681 Stimmen 407 Stimmen Martin Häberli Thomas Bütikofer (bisher), SVP, 700 Stimmen 700 Stimmen Michael Utiger Christa Kolden (bisher), SVP, Baumgartner 898 Stimmen (bisher.), SP, 836

Gemeinderat, gewählt: Michael Utiger (SVP, bisher), 898 Stimmen; Christa Kolden-Baumgartner (SP, bisher), 836; Stefan Meier (SP, bisher), 814; Martin Häberli (SVP, bisher), 751; Thomas Bütikofer (SVP, bisher), 700; Simon Ender (SP, neu), 681; Barbara Pulfer (FOM, bisher), 407. Gemeinderat, nicht gewählt: SVP: Simon Bigler, 458 Stimmen; SP: Beat Eckstein, 335. FOM: Peter Hochreutener (bisher), 364; Daniel Stadelmann, 217; Monika Schwitz, 138. Allianz der Mitte: Roland Lüthi (GLP), 206; Michael Krähenbühl (FDP), 148; Marc Weiss (FDP), 89; Alfred Dürst (GLP), 41.



Berner Zeitung / Ausgabe Stadt+Region Bern  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 27'533  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 8  
Fläche: 29'550 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
0864e91e-28c5-45e5-8601-8ad3ac99f2a0  
Ausschnitt Seite: 2/2 Print



Stefan Meier (bisher), SP, 814 Stimmen. Als Gemeindepräsident still gewählt.


 Berner Zeitung / Langenthaler Tagblatt  
 3001 Bern  
 031/ 330 31 10  
<https://www.langenthalertagblatt.ch/>

 Medienart: Print  
 Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
 Auflage: 5'970  
 Erscheinungsweise: täglich

 Seite: 9  
 Fläche: 29'550 mm<sup>2</sup>

 Auftrag: 1084658  
 Themen-Nr.: 862006  
 Referenz:  
 cea84d92-e976-4519-b17e-155a2bc6bd7b  
 Ausschnitt Seite: 1/2 Print

# Die SP holt einen dritten Sitz

Hans Ulrich Schaad

## Wahlen in Moosseedorf Die SP schliesst in Gemeinderat zur SVP auf.

Alle sieben Gemeinderatsmitglieder traten in Moosseedorf zur Wiederwahl an. Nur sechs von ihnen dürfen ab nächstem Jahr weiterregieren. Die Freie Ortspartei (FOM) verliert einen ihrer beiden Sitze an die SP, die mit neu drei Sitzen zur SVP aufschliesst. Die FOM ist bei den Wähleranteilen regelrecht eingebrochen. Sowohl bei den Wahlen von 2016 als auch denjenigen von 2020 lag der Anteil bei über 25 Prozent. Nun sind es noch knapp 16 Prozent. Den Freien Wählern half auch nichts, dass sie eine Listenverbindung mit der Allianz der Mitte, bestehend aus FDP und Grünliberalen, eingegangen waren. Das Restmandat ging deutlich an die Sozialdemokraten. Auch die Allianz der Mitte kam nur auf einen Wähleranteil von 7,4 Prozent. Vor vier Jahren waren es mit zwei separaten Listen insgesamt 9,5 Prozent gewesen.

Die Stimmbeteiligung lag heuer mit 43 Prozent leicht tiefer als 2020 (44,9 Prozent).

Nationale Vorlagen haben geholfen Die SP befindet sich in Moosseedorf im Steigflug. Vor acht Jahren musste sich die Partei noch mit einem Sitz begnügen, vor vier Jahren kam der zweite dazu. Im Vorfeld war SP-Präsidentin Louise Lätt davon ausgegangen, dass alle Bisherigen bestätigt würden.

«Mit dem dritten Sitz hätten wir nie gerechnet», freut sich Louise Lätt am Sonntagnachmittag. Möglicherweise hätten die nationalen Abstimmungen eine Rolle gespielt, die mit dem Autobahnausbau und den Mietrechtsvorlagen linke Wähler mobilisiert hätten. Auch Peter Hochreutener (FOM), der die Wiederwahl verpasste, glaubt, dass die

nationalen Vorlagen der SP geholfen haben.

Hochreutener will die Rolle der FOM, die nun zwischen den Polparteien SVP und SP das Zünglein an der Waage spielen könnte, nicht überbewerten. Mit sechs Bisherigen ändere sich nicht viel.

Drei Sitze gehalten, Wähleranteil gesteigert: «Ziel erreicht», kann SVP-Präsident Martin Häberli bilanzieren. Er bedauert, dass Hochreutener die Wiederwahl nicht geschafft hat. Vielleicht habe die Listenverbindung der Freien Ortspartei fast mehr geschadet als genutzt. Simon Endes, Barbara Pulfer SP, (bisher), FOM, 681 Stimmen 407 Stimmen Martin Häberli Thomas Bütikofer (bisher), SVP, 751 Stimmen 700 Stimmen Michael Utiger Christa Kolden (bisher), SVP, Baumgartner 898 Stimmen (bisher), SP, 836

Gemeinderat, gewählt: Michael Utiger (SVP, bisher), 898 Stimmen; Christa Kolden-Baumgartner (SP, bisher), 836; Stefan Meier (SP, bisher), 814; Martin Häberli (SVP, bisher), 751; Thomas Bütikofer (SVP, bisher), 700; Simon Ender (SP, neu), 681; Barbara Pulfer (FOM, bisher), 407. Gemeinderat, nicht gewählt: SVP: Simon Bigler, 458 Stimmen; SP: Beat Eckstein, 335. FOM: Peter Hochreutener (bisher), 364; Daniel Stadelmann, 217; Monika Schwitz, 138. Allianz der Mitte: Roland Lüthi (GLP), 206; Michael Krähenbühl (FDP), 148; Marc Weiss (FDP), 89; Alfred Dürst (GLP), 41.



Berner Zeitung / Langenthaler Tagblatt  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.langenthalertagblatt.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 5'970  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 9  
Fläche: 29'550 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
cea84d92-e976-4519-b17e-155a2bc6bd7b  
Ausschnitt Seite: 2/2 Print



Stefan Meier (bisher), SP, 814 Stimmen. Als Gemeindepräsident still gewählt.



Bieler Tagblatt  
2501 Biel/Bienne  
032/ 344 81 11  
<https://www.bielertagblatt.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 14'584  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 11  
Fläche: 24'048 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
9e8b7b6f-f72b-4c81-b0c9-6d35e4f738a1  
Ausschnitt Seite: 1/1 Print

## Die SP holt einen dritten Sitz

Hans Ulrich Schaad/ BZ, Der Bund

### Die SP schliesst nach den Wahlen in Moosseedorf im Gemeinderat zur SVP auf.

Alle sieben Gemeinderatsmitglieder traten in Moosseedorf zur Wiederwahl an. Nur sechs von ihnen dürfen ab nächstem Jahr weiterregieren. Die Freie Ortspartei (FOM) verliert einen ihrer beiden Sitze an die SP, die mit neu drei Sitzen zur SVP aufschliesst. Die FOM ist bei den Wähleranteilen regelrecht eingebrochen. Sowohl bei den Wahlen von 2016 als auch denjenigen von 2020 lag der Anteil bei über 25 Prozent. Nun sind es noch knapp 16 Prozent. Den Freien Wählern half auch nichts, dass sie eine Listenverbindung mit der Allianz der Mitte, bestehend aus FDP und Grünliberalen, eingegangen waren. Das Restmandat ging deutlich an die Sozialdemokraten. Auch die Allianz der Mitte kam nur auf einen Wähleranteil von 7,4 Prozent. Vor vier Jahren waren

es mit zwei separaten Listen insgesamt 9,5 Prozent gewesen. Die Stimmbeteiligung lag heuer mit 43 Prozent leicht tiefer als 2020 (44,9 Prozent).

Die SP befindet sich in Moosseedorf im Steigflug. Vor acht Jahren musste sich die Partei noch mit einem Sitz begnügen, vor vier Jahren kam der zweite dazu. Im Vorfeld war SP-Präsidentin Louise Lätt davon ausgegangen, dass alle Bisherigen bestätigt würden.

«Mit dem dritten Sitz hätten wir nie gerechnet», freut sich Louise Lätt am Sonntagnachmittag. Möglicherweise hätten die nationalen Abstimmungen eine Rolle gespielt, die mit dem Autobahnausbau und den Mietrechtsvorlagen linke Wähler mobilisiert hätten. Auch Peter

Hochreutener (FOM), der die Wiederwahl verpasste, glaubt, dass die nationalen Vorlagen der SP geholfen haben. Hochreutener will die Rolle der FOM, die nun zwischen den Polparteien SVP und SP das Zünglein an der Waage spielen könnte, nicht überbewerten. Mit sechs Bisherigen ändere sich nicht viel. Drei Sitze gehalten, Wähleranteil gesteigert: «Ziel erreicht», kann SVP-Präsident Martin Häberli bilanzieren. Er bedauert, dass Hochreutener die Wiederwahl nicht geschafft hat. Vielleicht habe die Listenverbindung der Freien Ortspartei fast mehr geschadet als genutzt. Stefan Meier (bisher), SP, 814 Stimmen. Als Gemeindepräsident still gewählt.

Gemeinderat, gewählt: Michael Utiger (SVP, bisher), 898 Stimmen; Christa Koiden-Baumgartner (SP, bisher), 836; Stefan Meier (SP, bisher), 814; Martin Häberli (SVP, bisher), 751; Thomas Bütikofer (SVP, bisher), 700; Simon Ender (SP, neu), 681; Barbara Pulfer (FOM, bisher), 407. Gemeinderat, nicht gewählt: SVP: Simon Bigler, 458 Stimmen; SP: Beat Eckstein, 335. FOM: Peter Hochreutener (bisher), 364; Daniel Stadelmann, 217; Monika Schwitz, 138. Allianz der Mitte: Roland Lüthi (GLP), 206; Michael Krähenbühl (FDP), 148; Marc Weiss (FDP), 89; Alfred Dürst (GLP), 41.



# Frauen bodigen Röstis Autobahnpläne

von Rainer Schneuwly (sda)

Der Bund muss auf den Ausbau von sechs Schweizer Autobahnteilstücken verzichten. Mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 52,7 Prozent haben die Stimmberechtigten am Sonntag sechs Ausbauprojekte abgelehnt. Der Entscheid war wohl nicht zuletzt eine Frage des Geschlechts.

Niederlage für den Bundesrat: Rund 1 316 500 Stimmberechtigte sagen Nein zum Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen, und nur rund 1 181 600 Stimmmende befürworteten ihn. Nicht realisiert werden können damit im Kanton Bern der Ausbau der A1 zwischen Bern-Wankdorf und Schönbühl auf acht Spuren und zwischen Schönbühl und Kirchberg auf sechs Spuren. In der Westschweiz wird es keinen Ausbau der A1 zwischen Le Vengeron im Kanton Genf und Nyon in der Waadt auf sechs Spuren geben. Ebenfalls vom Tisch sind der Bau einer dritten Röhre des Rosenberg隧nells der A1 bei St. Gallen und einer zweiten Röhre des Fäsenstaubtunnels der A4 in Schaffhausen. Zudem wird die A2-Osttangente im Raum Basel nicht mit einem neuen Rheintunnel zwischen Birsfelden und Kleinhüningen vom Durchgangsverkehr entlastet. Der Bund wollte für die sechs Projekte 4,9 Milliarden Franken ausgeben. Ja sagten nur die Kantone Solothurn, Aargau, Basel-Landschaft, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen, die beiden Appenzell, Thurgau, Schaffhausen und Zug, alle anderen sagten Nein. Dagegen waren auch die von den Projekten direkt betroffenen Städte Basel, Schaffhausen, St. Gallen und Nyon sowie die Berner Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl. Für das Resultat wichtiger als die regionalen Unterschiede war aber laut

Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs.bern das Geschlecht: «Frauen haben heute entschieden», sagte er am Sonntag im Schweizer Fernsehen SRF, gestützt auf Umfrageresultate von Anfang Monat. Diese besagten, dass nur 38 Prozent der Frauen Ja oder eher Ja sagen wollten zum Autobahnausbau, während es bei den Männern 56 Prozent waren. «Die Umweltfrage gewichtet bei den Frauen mehr», so Golder.

«Historischer Erfolg» für Gegner Am Sonntagabend jubelte das Nein-Lager, zu dem der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Organisation Umverkehr, weitere Umweltorganisationen sowie Grüne, SP und GLP gehören. Die Grünen sprachen von einem «historischen Erfolg für die Verkehrswende». Der geplante Autobahnausbau wäre übertrieben, überholt und überteuert gewesen. SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer interpretierte das Resultat als Votum für mehr Klimaschutz, und der Aargauer GLP-Nationalrat Beat Flach sagte, es brauche nicht mehr Teer, sondern intelligente Lösungen. Die Befürworter hingegen sagten, auf den Nationalstrassen werde es jetzt noch mehr Stau geben. Das bedeute für Wirtschaft und Gewerbe spätere Lieferungen und steigende Kosten, erklärte der Aargauer SVP-Nationalrat und Transportunternehmer Benjamin Giezendanner.

Erste Niederlage für Rösti Das Abstimmungsresultat ist die erste Abstimmungsniederlage für Bundesrat Albert Rösti seit seinem Amtsantritt Anfang vergangenen Jahres. Der Verkehrsminister sagte am Sonntagabend, die Landesregierung sehe drei Gründe für das Nein: Das Paket sei mit sechs Ausbauprojekten überladen gewesen. Weiter sei es nicht gelungen, weitab von den betroffenen Regionen den Nutzen des Ausbaus für die Gesamtschweiz zu vermitteln. Zudem hätten die Diskussionen um den Finanzhaushalt des Bundes wachstumskritische Stimmbürgerinnen und -bürger von einem Ja zum Nationalstrassenausbau abgehalten.

Forderungen von beiden Seiten Nach dem Volksnein verlangen die Sieger mehr Geld für den öffentlichen Verkehr und für Velowege sowie für Klimaschutz. Die SVP hingegen fordert, das für die sechs Projekte vorgesehene Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds müsse den Autofahrern zugutekommen. Die Mineralölsteuer sei deshalb sofort zu senken. SVP-Bundesrat Rösti winkte vor den Medien aber ab: In den nächsten Jahren würden andere Nationalstrassenausbauprojekte verwirklicht. «Diese kosten entsprechend den heutigen Einnahmen der Mineralölsteuer.» Die an der Urne abgelehnten Projekte wären erst ab 2033 umgesetzt worden.



Bündner Tagblatt  
7007 Chur  
081/ 255 50 50  
<https://www.suedostschweiz.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 5'670  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 14  
Fläche: 78'336 mm<sup>2</sup>

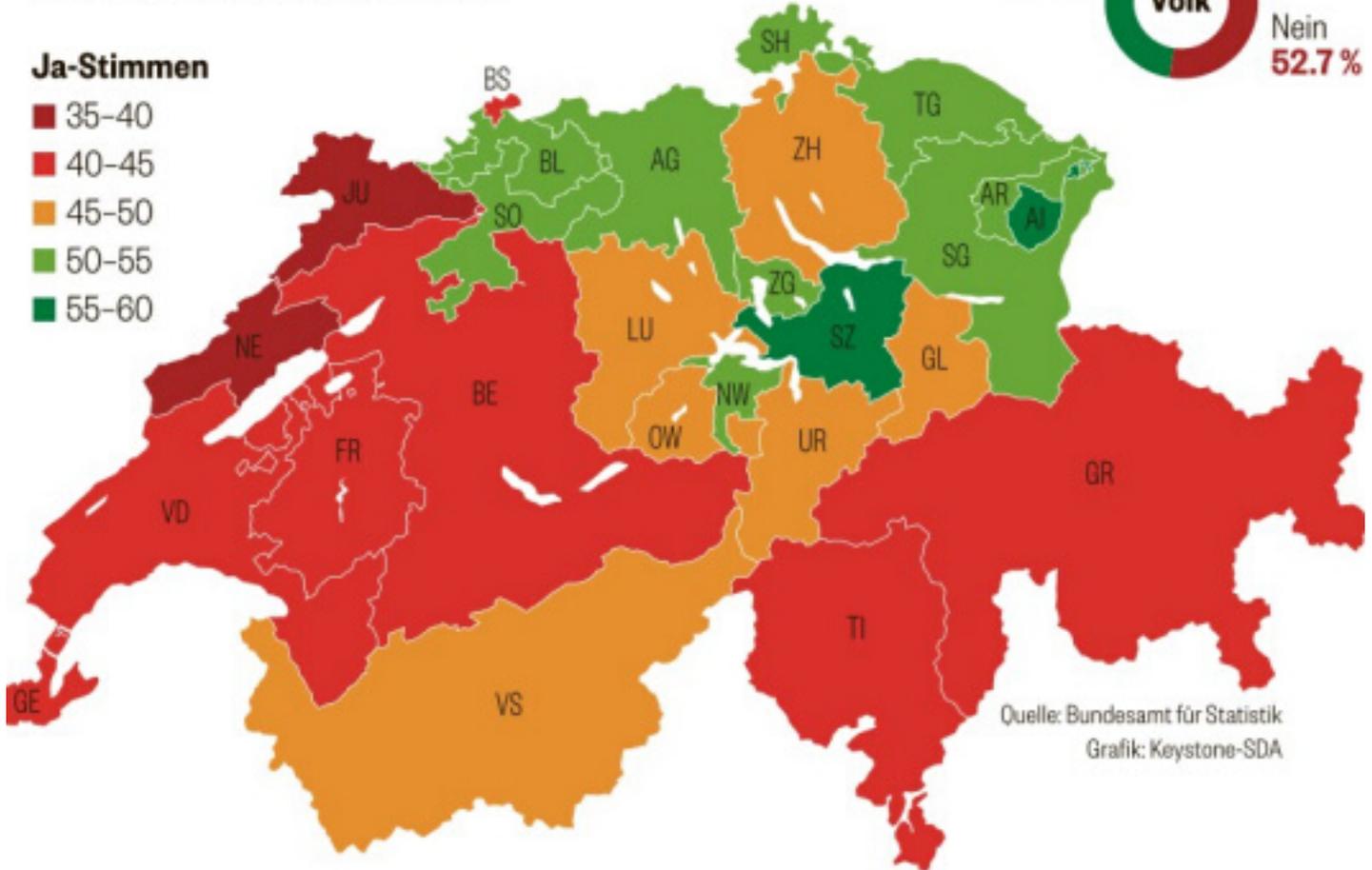
Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
c01dc572-a65c-469d-ae80-4d1468949c29  
Ausschnitt Seite: 2/3

Ja Ausbau Autobahnen 47.3 % Volk SH Nein Ja%Stimmen BS 52.7 % 5-40 TG  
40-45 BL AG ZH 45-50 JU SO AR AI 50-55SG ZG 55-60 LU NE SZ GL BE NW  
FR OW UR GR VD TI GE VS Quelle: Bundesamt für Statistik Grafik: Keystone-SDA

## Ausbau Autobahnen

### Ja-Stimmen

- 35-40
- 40-45
- 45-50
- 50-55
- 55-60



Die Sekunde vor dem Jubel: Das Nein-Komitee um Grünen-Chefin Lisa Mazzone wartet in Bern auf die ersten Hochrechnungsergebnisse zum Autobahnausbau. Bild Peter Schneider / Keystone



Bündner Tagblatt  
7007 Chur  
081/ 255 50 50  
<https://www.suedostschweiz.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 5'670  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 14  
Fläche: 78'336 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
c01dc572-a65c-469d-ae80-4d1468949c29  
Ausschnitt Seite: 3/3





## Grüne wollen Autobahn-Geld für Klimaschutz verwenden

(red/SDA)

**Eidgenössische Abstimmungen** Das Stimmvolk stoppt die Autobahn-Ausbaupläne des Bundes.

52,7 Prozent Nein-Stimmen gegen sechs Autobahn-Ausbauprojekte: LisaMazzone, Präsidentin der Grünen, will das Momentum dieses Abstimmungserfolgs für ihre Partei nutzen. Sie fordert, dass Gelder aus dem National-Strassen- und Agglomerationsfonds (NAF) in Zukunft auch für den Klimaschutz verwendet werden. Konkret sollen sie vermehrt in den Velo- und den Fussverkehr sowie in den Lärmschutz fliessen - und auch in Klima-Schutzmassnahmen etwa zur Unterstützung von Berggemeinden, die im letzten Sommer besonders von

Unwettern betroffen waren. Mazzone begründet ihre Forderung mit dem Zusammenhang zwischen Klimawandel und Autoverkehr. Im Kanton Bern lehnten 57 Prozent der Stimmenden den Autobahnausbau ab, sieben von zehn Verwaltungskreisen sagten Nein. Eine Ja-Mehrheit fand sich lediglich im Seeland, in Frutigen-Niedersimmental und in Obersimmental-Saanen. In der Stadt Bern stimmten fast drei Viertel dagegen. In den Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl waren es zwischen 58 und

60 Prozent. Die Berner Allianz gegen den Autobahnausbau reagierte mit der Forderung, nun müssten weitere hängige Projekte unverzüglich sistiert werden: der Ausbau An-Schluss Wankdorf, der Sechsspur-Ausbau Muri-Rubigen und der Ausbau Felsenau-Viadukt. Einzig die Planung des Bypasses Bern-Ost sei weiterzuführen, aber reduziert. Zur Allianz gehören unter anderem der VCS, der WWF, Pro Velo, der Verein Spurwechsel sowie SP, Grüne, GLP und EVP.



## Die SP holt einen dritten Sitz

Wahlen in Moosseedorf Die SP schliesst in Gemeinderat zur SVP auf.

Alle sieben Gemeinderatsmitglieder traten in Moosseedorf zur Wiederwahl an. Nur sechs von ihnen dürfen ab nächstem Jahr weiterregieren. Die Freie Ortspartei (FOM) verliert einen ihrer beiden Sitze an die SP, die mit neu drei Sitzen zur SVP aufschliesst. Die FOM ist bei den Wähleranteilen regelrecht eingebrochen. Sowohl bei den Wahlen von 2016 als auch denjenigen von 2020 lag der Anteil bei über 25 Prozent. Nun sind es noch knapp 16 Prozent. Den Freien Wählern half auch nichts, dass sie eine Listen-Verbindung mit der Allianz der Mitte, bestehend aus FDP und Grünliberalen, eingegangen waren. Das Restmandat ging deutlich an die Sozialdemokraten. Auch die Allianz der Mitte kam nur auf einen Wähleranteil von 7,4 Prozent. Vor vier Jahren waren es mit zwei

separaten Listen insgesamt 9,5 Prozent gewesen. Die Stimmbeteiligung lag heuer mit 43 Prozent leicht tiefer als 2020 (44,9 Prozent).

Nationale Vorlagen haben geholfen Die SP befindet sich in Moosseedorf im Steigflug. Vor acht Jahren musste sich die Partei noch mit einem Sitz begnügen, vor vier Jahren kam der zweite dazu. Im Vorfeld war SP-Präsidentin Louise Lätt davon ausgegangen, dass alle Bisherigen bestätigt würden. «Mit dem dritten Sitz hätten wir nie gerechnet», freut sich Louise Lätt am Sonntagnachmittag. Möglicherweise hätten die nationalen Abstimmungen eine Rolle gespielt, die mit dem Autobahnausbau und den

Mietrechtsvorlagen linke Wähler mobilisiert hätten. Auch Peter Hochreutener (FOM), der die Wiederwahl verpasste, glaubt, dass die nationalen Vorlagen der SP geholfen haben.

Hochreutener will die Rolle der FOM, die nun zwischen den PoI-Parteien SVP und SP das Zünglein an der Waage spielen könnte, nicht überbewerten. Mit sechs Bisherigen ändere sich nicht viel.

Drei Sitze gehalten, Wähleranteil gesteigert: «Ziel erreicht», kann SVP-Präsident Martin Häberli bilanzieren. Er bedauert, dass Hochreutener die Wiederwahl nicht geschafft hat. Vielleicht habe die Listenverbindung der Freien Ortspartei fast mehr geschadet als genutzt.

Hans Ulrich Schaad Gemeinderat, gewählt: Michael Utiger (SVP, bisher), 898 Stimmen; Christa Kolden-Baumgartner (SP, bisher), 836; Stefan Meier (SP, bisher), 814; Martin Häberli (SVP, bisher), 751; Thomas Bütikofer (SVP, bisher), 700; Simon Ender (SP, neu), 681; Barbara Pulfer (FOM, bisher), 407. Gemeinderat, nicht gewählt: SVP: Simon Bigier, 458 Stimmen; SP: Beat Eckstein, 335. FOM: Peter Hochreutener (bisher), 364; Daniel Stadelmann, 217; Monika Schwitz, 138. Allianz der Mitte: Roland Lüthi (GLP), 206; Michael Krähenbühl (FDP), 148; Marc Weiss (FDP), 89; Alfred Dürst (GLP), 41.



Der Bund  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.derbund.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 28'376  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 21  
Fläche: 29'700 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
Od487caa-25c2-49ff-a125-5794e4e083cd  
Ausschnitt Seite: 2/3 Print



Stefan Meier (bisher), SP, 814 Stimmen. Als Gemeinde-Präsident still gewählt.



Michael Utiger Christa Kolden(bisher), SVP, Baumgartner 898 Stimmen (bish.), SP, 836





Der Bund  
3001 Bern  
031/ 330 31 10  
<https://www.derbund.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 28'376  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 21  
Fläche: 29'700 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
Od487caa-25c2-49ff-a125-5794e4e083cd  
Ausschnitt Seite: 3/3 Print

Martin Häberli Thomas Bütiko(bisher), SVP, fer (bish.), SVP, 751 Stimmen 700 Stimmen



Simon Endes Barbara Pulfer (neu), SP, (bisher), FOM, 681 Stimmen 407 Stimmen



## JA zur Engpassbeseitigung!

Lars Guggisberg, Direktor, Rechtsanwalt, Nationalrat

Das JA zur Engpassbeseitigung am 24. November bei den Nationalstrassen ist für das Gewerbe im Kanton Bern elementar. Es ist aber ebenso wichtig für Velofahrer, Fussgänger, Schulkinder und das Klima. Denn nur wenn der Verkehr auf unseren

Hauptverkehrsachsen wieder iess, können wir den umweltschädlichen Stau und den Ausweichverkehr eindämmen. Davon profitieren alle. Vor allem auch Quartiere in Gemeinden, die besonders stark von Ausweichverkehr betroffen sind:

Ostermundigen, Zollikofen, Ittigen, Bolligen, Urtenen-Schönbühl, Moosseedorf, Krauchthal und Hindelbank. Ein JA führt daher auch zu mehr Sicherheit und Lebensqualität in diesen Gemeinden.



## Stimmvolk stoppt Autobahn-Ausbaupläne

Das Stimmvolk hat an der Urne fünf Ausbauprojekte in der Deutschschweiz und ein Projekt in der Romandie mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 52,7 Prozent abgelehnt.

Gemäss den Ergebnissen aus den Kantonen sagten rund 1316500 Stimmende Nein zum Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen. Rund 1181600 Stimmende befürworteten ihn. Die Stimmbeteiligung lag bei rund 45 Prozent. Nicht realisiert werden kann damit der Ausbau der A1 zwischen Bern-Wankdorf und Schönbühl BE auf acht Spuren und zwischen Schönbühl und Kirchberg BE auf sechs Spuren. In der Westschweiz wird es keinen Ausbau der A1 zwischen Le Vengeron GE und Nyon VD auf sechs Spuren geben. Ebenfalls vom Tisch sind der Bau einer dritten Röhre des Rosenberg隧nels der A1 bei St. Gallen und einer zweiten Röhre des Fäsenstaubtunnels der A4 in Schaffhausen. Im Raum Basel wird die A2-Osttangente nicht mit einem neuen Rheintunnel zwischen Birsfelden BL und Kleinhüningen vom Durchgangsverkehr entlastet. Der Bund wollte für die sechs Projekte 4,9 Milliarden Franken ausgeben.

Die Frauen entschieden Ja sagten die Kantone Solothurn, Aargau, Basel-Landschaft, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen, die beiden Appenzell, Thurgau, Schaffhausen und Zug, alle anderen sagten Nein. Nein sagten auch die von den Projekten direkt betroffenen Städte Basel, Schaffhausen, St. Gallen und Nyon VD sowie die Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl (alle Kanton Bern). Für das Resultat wichtiger als regionale

Unterschiede war aber laut Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs.bern das Geschlecht: «Frauen haben heute entschieden», sagte er gestern Sonntag im Schweizer Fernsehen SRF, gestützt auf Umfrageresultate von Anfang November. Die Mitte November präsentierten Umfrageergebnisse besagten, dass nur 38 Prozent der Frauen Ja oder eher Ja sagen wollten zum Autobahnausbau, während es bei den Männern 56 Prozent waren. «Die Umweltfrage gewichtet bei den Frauen mehr», so Golder.

«Historischer Erfolg» für Gegner Am Sonntagabend jubelte das Nein-Lager, zu dem der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Organisation Umverkehr, weitere Umweltorganisationen und die Grünen, die SP und die GLP gehören. Die Grünen sprachen von einem «historischen Erfolg für die Verkehrswende». Der Autobahnausbau wäre übertrieben, überholt und überverteuert gewesen. SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer interpretierte das Resultat als Votum für mehr Klimaschutz. Der Aargauer GLP-Nationalrat Beat Flach sagte, es brauche nicht mehr Teer, sondern intelligente Lösungen. Die Befürworter hingegen sagten, auf den Nationalstrassen werde es jetzt noch mehr Stau geben. Das bedeute für die Wirtschaft und das Gewerbe spätere Lieferungen und steigende Kosten, so beispielsweise der Aargauer SVP-Nationalrat und Transport-Unternehmer Benjamin Giezendanner. Der Bund gab die Zahl der

Stautunden auf Nationalstrassen im Jahr 2023 mit 48000 an. Das Abstimmungsresultat bedeutet die erste Abstimmungsniederlage für Bundesrat Albert Rösli. Der Verkehrsminister sagte, die Landesregierung sehe drei Gründe für das Nein: Das Gesamtpaket mit sechs Ausbau-Projekten sei überladen gewesen. Weiter sei es nicht gelungen, weitab von den betroffenen Regionen den Nutzen des Ausbaus für die Deutschschweiz zu vermitteln. Zudem hätten die Diskussionen um den Finanzhaushalt des Bundes einige wachstumskritische Stimmbürger von einem Ja zum Nationalstrassenausbau abgehalten.

Forderungen nach Umnutzung der Strassengelder Nach dem Volksnein verlangten die Sieger mehr Geld für den öffentlichen Verkehr und für Velowege sowie für Klimaschutz. Die SVP hingegen forderte, das für die sechs Projekte vorgesehene Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) müsse den Autofahrern zugutekommen. Die Mineralölsteuer sei deshalb sofort zu senken. SVP-Bundesrat Rösli winkte vor den Medien aber ab: In den nächsten Jahren würden Nationalstrassenausbauprojekte verwirklicht. «Diese kosten entsprechend den heutigen Einnahmen der Mineralölsteuer.» Die an der Urne abgelehnten Projekte wären erst ab 2033 umgesetzt worden.

# Die Botschaft



Die Botschaft  
5312 Döttingen  
056/ 269 25 25  
<https://www.buerliag.ch/index.php/aktuell>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 7'286  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 13  
Fläche: 54'870 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
3943fe08-033f-4a6f-8c4b-6bb5550pd0c1  
Ausschnitt Seite: 2/2



Die Bundesräte Elisabeth Baume-Schneider, Guy Parmelin und Albert Rösti, äussern sich über die Abstimmungsergebnisse am Sonntag, 24. November 2024, in Bern.



## Frauen bodigen Röstis Autobahnpläne

von Rainer Schneuwly (sda)

Der Bund muss auf den Ausbau von sechs Schweizer Autobahnteilstücken verzichten. Mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 52,7 Prozent haben die Stimmberechtigten am Sonntag sechs Ausbauprojekte abgelehnt. Der Entscheid war wohl nicht zuletzt eine Frage des Geschlechts.

Niederlage für den Bundesrat: Rund 1 316 500 Stimmberechtigte sagen Nein zum Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen, und nur rund 1 181 600 Stimmdende befürworteten ihn. Nicht realisiert werden können damit im Kanton Bern der Ausbau der A1 zwischen Bern-Wankdorf und Schönbühl auf acht Spuren und zwischen Schönbühl und Kirchberg auf sechs Spuren. In der Westschweiz wird es keinen Ausbau der A1 zwischen Le Vengeron im Kanton Genf und Nyon in der Waadt auf sechs Spuren geben. Ebenfalls vom Tisch sind der Bau einer dritten Röhre des Rosenberg隧nells der A1 bei St. Gallen und einer zweiten Röhre des Fäsenstaubtunnells der A4 in Schaausen. Zudem wird die A2-Osttangente im Raum Basel nicht mit einem neuen Rheintunnel zwischen Birsfelden und Kleinhüningen vom Durchgangsverkehr entlastet. Der Bund wollte für die sechs Projekte 4,9 Milliarden Franken ausgeben. Ja sagten nur die Kantone Solothurn, Aargau, Basel-Landschaft, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen, die beiden Appenzell, Thurgau, Schaausen und Zug, alle anderen sagten Nein. Dagegen waren auch die von den Projekten direkt betroffenen Städte Basel, Schaffhausen, St. Gallen und Nyon sowie die Berner Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl. Für das Resultat wichtiger als die regionalen Unterschiede war aber laut

Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs.bern das Geschlecht: «Frauen haben heute entschieden», sagte er am Sonntag im Schweizer Fernsehen SRF, gestützt auf Umfrageresultate von Anfang Monat. Diese besagten, dass nur 38 Prozent der Frauen Ja oder eher Ja sagen wollten zum Autobahnausbau, während es bei den Männern 56 Prozent waren. «Die Umweltfrage gewichtet bei den Frauen mehr», so Golder.

«Historischer Erfolg» für Gegner Am Sonntagabend jubelte das Nein-Lager, zu dem der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Organisation Umverkehr, weitere Umweltorganisationen sowie Grüne, SP und GLP gehören. Die Grünen sprachen von einem «historischen Erfolg für die Verkehrswende». Der geplante Autobahnausbau wäre übertrieben, überholt und überteuert gewesen. SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer interpretierte das Resultat als Votum für mehr Klimaschutz, und der Aargauer GLP-Nationalrat Beat Flach sagte, es brauche nicht mehr Teer, sondern intelligente Lösungen. Die Befürworter hingegen sagten, auf den Nationalstrassen werde es jetzt noch mehr Stau geben. Das bedeute für Wirtschaft und Gewerbe spätere Lieferungen und steigende Kosten, erklärte der Aargauer SVP-Nationalrat und Transportunternehmer Benjamin Giezendanner.

Erste Niederlage für Rösti Das Abstimmungsresultat ist die erste Abstimmungsniederlage für Bundesrat Albert Röstli seit seinem Amtsantritt Anfang vergangenen Jahres. Der Verkehrsminister sagte am Sonntagabend, die Landesregierung sehe drei Gründe für das Nein: Das Paket sei mit sechs Ausbauprojekten überladen gewesen. Weiter sei es nicht gelungen, weitab von den betroffenen Regionen den Nutzen des Ausbaus für die Gesamtschweiz zu vermitteln. Zudem hätten die Diskussionen um den Finanzhaushalt des Bundes wachstumskritische Stimmbürgerinnen und -bürger von einem Ja zum Nationalstrassenausbau abgehalten.

Forderungen von beiden Seiten Nach dem Volksnein verlangen die Sieger mehr Geld für den öffentlichen Verkehr und für Velowege sowie für Klimaschutz. Die SVP hingegen fordert, das für die sechs Projekte vorgesehene Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds müsse den Autofahrern zugutekommen. Die Mineralölsteuer sei deshalb sofort zu senken. SVP-Bundesrat Röstli winkte vor den Medien aber ab: In den nächsten Jahren würden andere Nationalstrassenausbauprojekte verwirklicht. «Diese kosten entsprechend den heutigen Einnahmen der Mineralölsteuer.» Die an der Urne abgelehnten Projekte wären erst ab 2033 umgesetzt worden.



Höfner Volksblatt  
8832 Wollerau  
044/ 787 03 00  
<https://www.hoefner.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 4'143  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 18  
Fläche: 79'750 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
a9036f28-5635-4f59-a3a3-927154491855  
Ausschnitt Seite: 2/3

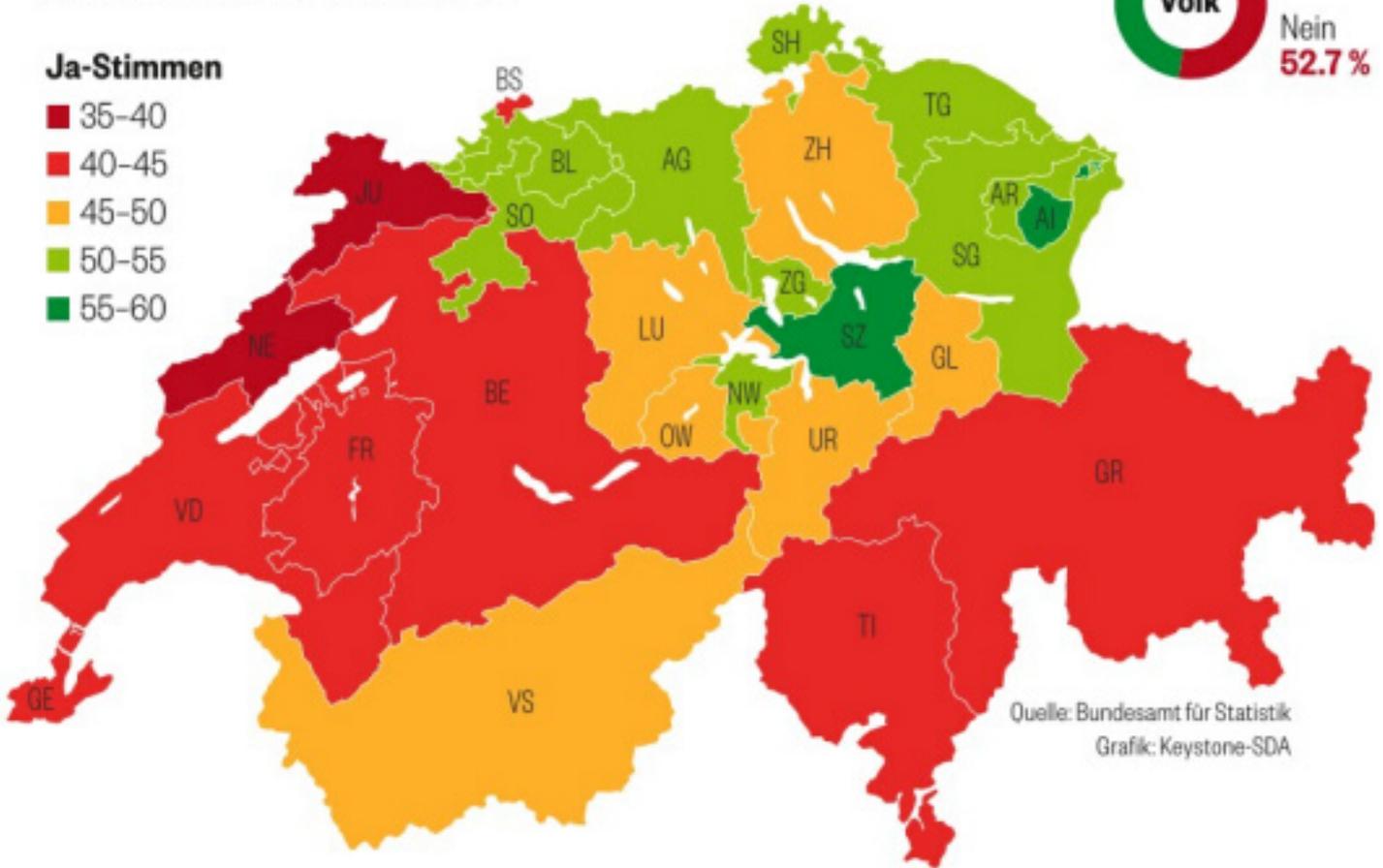
Ausbau Autobahnen Ja-Stimmen 35-40 BS 40-45 BL AG JU 45-50 SO 50-55  
55-60 NE FR GE VS VD BE LU OW Ja 47.3 % SH TG ZH AR AI SG ZG SZ GL NW  
UR GR TI Volk Quelle: Bundesamt für Statistik Grafik: Keystone-SDA Nein 52.7 %

## Ausbau Autobahnen



### Ja-Stimmen

- 35-40
- 40-45
- 45-50
- 50-55
- 55-60



Die Sekunde vor dem Jubel: Das Nein-Komitee um Grünen-Chefin Lisa Mazzone wartet in Bern auf die ersten Hochrechnungsergebnisse zum Autobahnausbau. Bild Peter Schneider / Keystone



Höfner Volksblatt  
8832 Wollerau  
044/ 787 03 00  
<https://www.hoefner.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 4'143  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 18  
Fläche: 79'750 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
a9036f28-5635-4f59-a3a3-927154491855  
Ausschnitt Seite: 3/3





## JA zur Engpassbeseitigung!

Lars Guggisberg, Direktor, Rechtsanwalt, Nationalrat

Das JA zur Engpassbeseitigung am 24. November bei den Nationalstrassen ist für das Gewerbe im Kanton Bern elementar. Es ist aber ebenso wichtig für Velofahrer, Fussgänger, Schulkinder und das Klima. Denn nur wenn der Verkehr auf unseren

Hauptverkehrsachsen wieder iess, können wir den umweltschädlichen Stau und den Ausweichverkehr eindämmen. Davon profitieren alle. Vor allem auch Quartiere in Gemeinden, die besonders stark von Ausweichverkehr betroffen sind:

Ostermundigen, Zollikofen, Ittigen, Bolligen, Urtenen-Schönbühl, Moosseedorf, Krauchthal und Hindelbank. Ein JA führt daher auch zu mehr Sicherheit und Lebensqualität in diesen Gemeinden.



## Frauen bodigen Röstis Autobahnpläne

von Rainer Schneuwly (sda)

Der Bund muss auf den Ausbau von sechs Schweizer Autobahnteilstücken verzichten. Mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 52,7 Prozent haben die Stimmberechtigten am Sonntag sechs Ausbauprojekte abgelehnt. Der Entscheid war wohl nicht zuletzt eine Frage des Geschlechts.

Niederlage für den Bundesrat: Rund 1 316 500 Stimmberechtigte sagen Nein zum Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen, und nur rund 1 181 600 Stimmmende befürworteten ihn. Nicht realisiert werden können damit im Kanton Bern der Ausbau der A1 zwischen Bern-Wankdorf und Schönbühl auf acht Spuren und zwischen Schönbühl und Kirchberg auf sechs Spuren. In der Westschweiz wird es keinen Ausbau der A1 zwischen Le Vengeron im Kanton Genf und Nyon in der Waadt auf sechs Spuren geben. Ebenfalls vom Tisch sind der Bau einer dritten Röhre des Rosenberg隧nels der A1 bei St. Gallen und einer zweiten Röhre des Fäsenstaubtunnels der A4 in Schaausen. Zudem wird die A2-Osttangente im Raum Basel nicht mit einem neuen Rheintunnel zwischen Birsfelden und Kleinhüningen vom Durchgangsverkehr entlastet. Der Bund wollte für die sechs Projekte 4,9 Milliarden Franken ausgeben. Ja sagten nur die Kantone Solothurn, Aargau, Basel-Landschaft, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen, die beiden Appenzell, Thurgau, Schaausen und Zug, alle anderen sagten Nein. Dagegen waren auch die von den Projekten direkt betroffenen Städte Basel, Schaffhausen, St. Gallen und Nyon sowie die Berner Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl. Für das Resultat wichtiger als die regionalen Unterschiede war aber laut

Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs.bern das Geschlecht: «Frauen haben heute entschieden», sagte er am Sonntag im Schweizer Fernsehen SRF, gestützt auf Umfrageresultate von Anfang Monat. Diese besagten, dass nur 38 Prozent der Frauen Ja oder eher Ja sagen wollten zum Autobahnausbau, während es bei den Männern 56 Prozent waren. «Die Umweltfrage gewichtet bei den Frauen mehr», so Golder.

«Historischer Erfolg» für Gegner Am Sonntagabend jubelte das Nein-Lager, zu dem der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Organisation Umverkehr, weitere Umweltorganisationen sowie Grüne, SP und GLP gehören. Die Grünen sprachen von einem «historischen Erfolg für die Verkehrswende». Der geplante Autobahnausbau wäre übertrieben, überholt und überteuert gewesen. SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer interpretierte das Resultat als Votum für mehr Klimaschutz, und der Aargauer GLP-Nationalrat Beat Flach sagte, es brauche nicht mehr Teer, sondern intelligente Lösungen. Die Befürworter hingegen sagten, auf den Nationalstrassen werde es jetzt noch mehr Stau geben. Das bedeute für Wirtschaft und Gewerbe spätere Lieferungen und steigende Kosten, erklärte der Aargauer SVP-Nationalrat und Transportunternehmer Benjamin Giezendanner.

Erste Niederlage für Rösti Das Abstimmungsresultat ist die erste Abstimmungsniederlage für Bundesrat Albert Röstli seit seinem Amtsantritt Anfang vergangenen Jahres. Der Verkehrsminister sagte am Sonntagabend, die Landesregierung sehe drei Gründe für das Nein: Das Paket sei mit sechs Ausbauprojekten überladen gewesen. Weiter sei es nicht gelungen, weitab von den betroffenen Regionen den Nutzen des Ausbaus für die Gesamtschweiz zu vermitteln. Zudem hätten die Diskussionen um den Finanzhaushalt des Bundes wachstumskritische Stimmbürgerinnen und -bürger von einem Ja zum Nationalstrassenausbau abgehalten.

Forderungen von beiden Seiten Nach dem Volksnein verlangen die Sieger mehr Geld für den öffentlichen Verkehr und für Velowege sowie für Klimaschutz. Die SVP hingegen fordert, das für die sechs Projekte vorgesehene Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds müsse den Autofahrern zugutekommen. Die Mineralölsteuer sei deshalb sofort zu senken. SVP-Bundesrat Röstli winkte vor den Medien aber ab: In den nächsten Jahren würden andere Nationalstrassenausbauprojekte verwirklicht. «Diese kosten entsprechend den heutigen Einnahmen der Mineralölsteuer.» Die an der Urne abgelehnten Projekte wären erst ab 2033 umgesetzt worden.



March-Anzeiger  
8853 Lachen  
055/ 451 08 78  
<https://www.marchanzeiger.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 6'100  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 18  
Fläche: 79'750 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
4cb54e97-345a-4103-b219-639d214e2a3f  
Ausschnitt Seite: 2/3

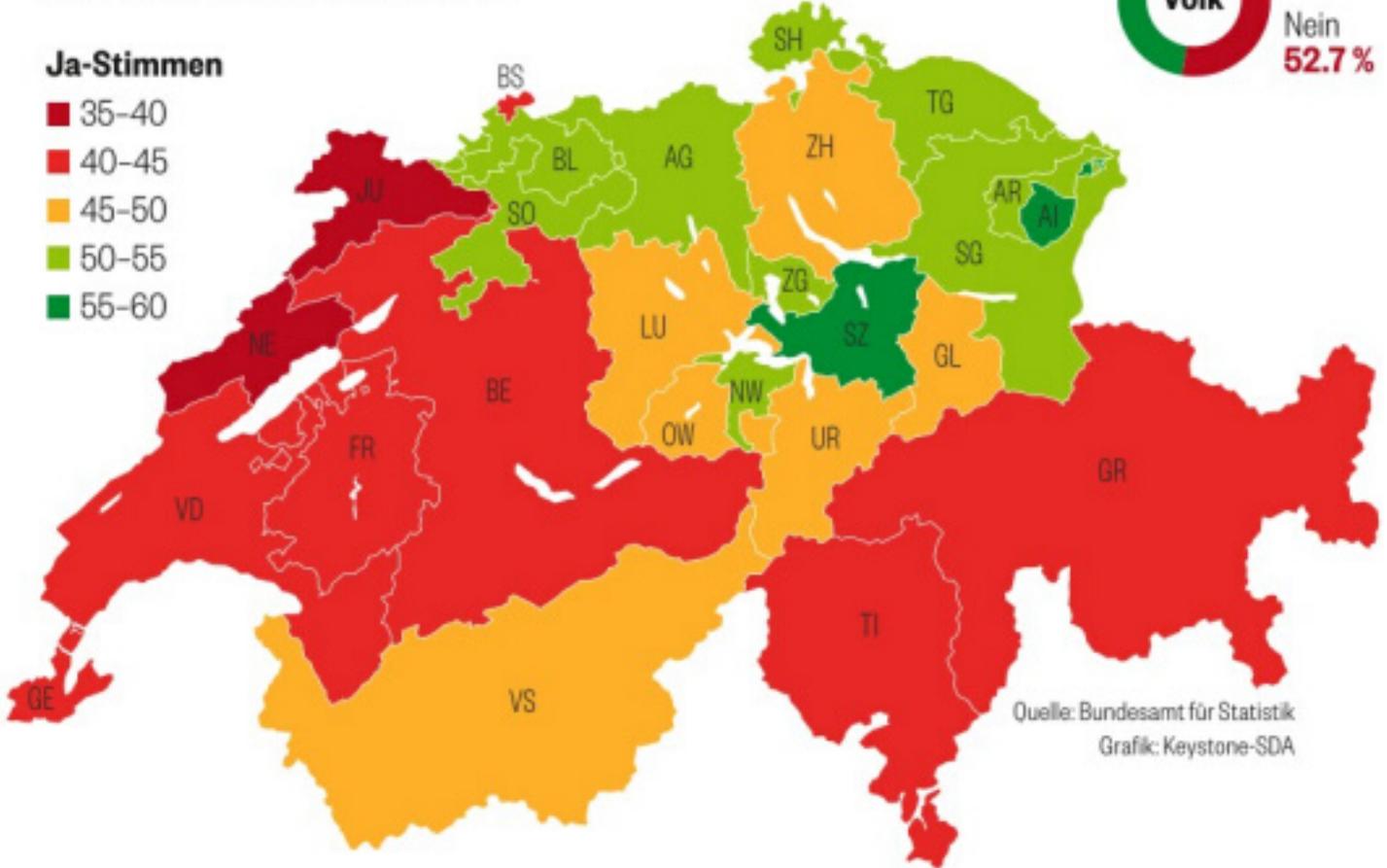
Ausbau Autobahnen Ja-Stimmen 35-40 BS 40-45 BL AG JU 45-50 SO 50-55  
55-60 NE FR GE VS VD BE LU OW Ja 47.3 % SH TG ZH AR AI SG ZG SZ GL NW  
UR GR TI Volk Quelle: Bundesamt für Statistik Grafik: Keystone-SDA Nein 52.7 %

## Ausbau Autobahnen



### Ja-Stimmen

- 35-40
- 40-45
- 45-50
- 50-55
- 55-60



Quelle: Bundesamt für Statistik  
Grafik: Keystone-SDA

Die Sekunde vor dem Jubel: Das Nein-Komitee um Grünen-Chefin Lisa Mazzone wartet in Bern auf die ersten Hochrechnungsergebnisse zum Autobahnausbau. Bild Peter Schneider / Keystone



March-Anzeiger  
8853 Lachen  
055/ 451 08 78  
<https://www.marchanzeiger.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 6'100  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 18  
Fläche: 79'750 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
4cb54e97-345a-4103-b219-639d214e2a3f  
Ausschnitt Seite: 3/3





Sarganserländer  
8887 Mels  
081/ 725 32 32  
<https://www.sarganserlaender.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 7'907  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 14  
Fläche: 80'910 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
28f051cf-6d24-4042-a592-4e298a1c0f99  
Ausschnitt Seite: 1/3

## Frauen bodigen Röstis Autobahnpläne

von Rainer Schneuwly (sda)

Der Bund muss auf den Ausbau von sechs Schweizer Autobahnteilstücken verzichten. Mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 52,7 Prozent haben die Stimmberechtigten am Sonntag sechs Ausbauprojekte abgelehnt. Der Entscheid war wohl nicht zuletzt eine Frage des Geschlechts.

Niederlage für den Bundesrat: Rund 1 316 500 Stimmberechtigte sagen Nein zum Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen, und nur rund 1 181 600 Stimmdende befürworteten ihn. Nicht realisiert werden können damit im Kanton Bern der Ausbau der A1 zwischen Bern-Wankdorf und Schönbühl auf acht Spuren und zwischen Schönbühl und Kirchberg auf sechs Spuren.

In der Westschweiz wird es keinen Ausbau der A1 zwischen Le Vengeron im Kanton Genf und Nyon in der Waadt auf sechs Spuren geben. Ebenfalls vom Tisch sind der Bau einer dritten Röhre des Rosenberg隧nels der A1 bei St. Gallen und einer zweiten Röhre des Fäsenstaubtunnels der A4 in Schaffhausen. Zudem wird die A2-Osttangente im Raum Basel nicht mit einem neuen Rheintunnel zwischen Birsfelden und Kleinhüningen vom Durchgangsverkehr entlastet. Der Bund wollte für die sechs Projekte 4,9 Milliarden Franken ausgeben. Ja sagten nur die Kantone Solothurn, Aargau, Basel-Landschaft, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen, die beiden Appenzell, Thurgau, Schaffhausen und Zug, alle anderen sagten Nein. Dagegen waren auch die von den Projekten direkt betroffenen Städte Basel, Schaffhausen, St. Gallen und Nyon sowie die Berner Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl.

Für das Resultat wichtiger als die regionalen Unterschiede war aber laut

Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs.bern das Geschlecht: «Frauen haben heute entschieden», sagte er am Sonntag im Schweizer Fernsehen SRF, gestützt auf Umfrageresultate von Anfang Monat. Diese besagten, dass nur 38 Prozent der Frauen Ja oder eher Ja sagen wollten zum Autobahnausbau, während es bei den Männern 56 Prozent waren. «Die Umweltfrage gewichtet bei den Frauen mehr», so Golder.

«Historischer Erfolg» für Gegner Am Sonntagabend jubelte das Nein-Lager, zu dem der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Organisation Umverkehr, weitere Umweltorganisationen sowie Grüne, SP und GLP gehören. Die Grünen sprachen von einem «historischen Erfolg für die Verkehrswende». Der geplante Autobahnausbau wäre übertrieben, überholt und überteuert gewesen. SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer interpretierte das Resultat als Votum für mehr Klimaschutz, und der Aargauer GLP-Nationalrat Beat Flach sagte, es brauche nicht mehr Teer, sondern intelligente Lösungen. Die Befürworter hingegen sagten, auf den Nationalstrassen werde es jetzt noch mehr Stau geben. Das bedeute für Wirtschaft und Gewerbe spätere Lieferungen und steigende Kosten, erklärte der Aargauer SVP-Nationalrat und Transportunternehmer Benjamin Giezendanner.

Erste Niederlage für Röstli

Das Abstimmungsresultat ist die erste Abstimmungsniederlage für Bundesrat Albert Röstli seit seinem Amtsantritt Anfang vergangenen Jahres. Der Verkehrsminister sagte am Sonntagabend, die Landesregierung sehe drei Gründe für das Nein: Das Paket sei mit sechs Ausbauprojekten überladen gewesen. Weiter sei es nicht gelungen, weitab von den betroffenen Regionen den Nutzen des Ausbaus für die Gesamtschweiz zu vermitteln. Zudem hätten die Diskussionen um den Finanzhaushalt des Bundes wachstumskritische Stimmbürgerinnen und -bürger von einem Ja zum Nationalstrassenausbau abgehalten.

Forderungen von beiden Seiten Nach dem Volksnein verlangen die Sieger mehr Geld für den öffentlichen Verkehr und für Velowege sowie für Klimaschutz. Die SVP hingegen fordert, das für die sechs Projekte vorgesehene Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds müsse den Autofahrern zugutekommen. Die Mineralölsteuer sei deshalb sofort zu senken. SVP-Bundesrat Röstli winkte vor den Medien aber ab: In den nächsten Jahren würden andere Nationalstrassenausbauprojekte verwirklicht. «Diese kosten entsprechend den heutigen Einnahmen der Mineralölsteuer.» Die an der Urne abgelehnten Projekte wären erst ab 2033 umgesetzt worden.



Sarganserländer  
8887 Mels  
081/ 725 32 32  
<https://www.sarganserlaender.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 7'907  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 14  
Fläche: 80'910 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
28f051cf-6d24-4042-a592-4e298a1c0f99  
Ausschnitt Seite: 2/3

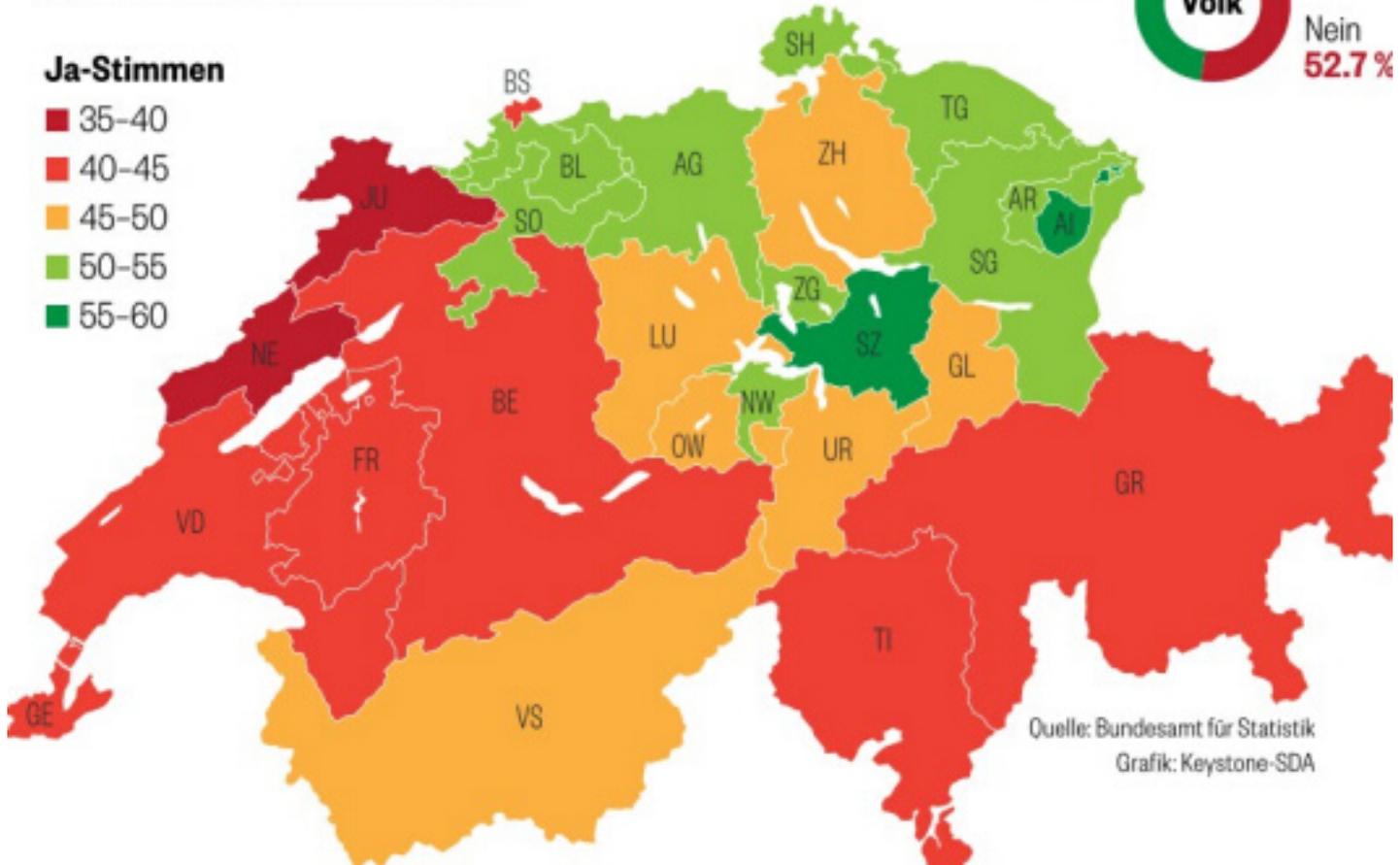
Ja Ausbau Autobahnen 47.3 % Volk SH Nein Ja-Stimmen 52.7 % BS 35-40 TG  
40-45 BL AG ZH JU AR 45-50 SO AI 50-55 SG ZG 55-60 NE LU SZ GL BE NW  
FR OW UR GR VD TI GE VS Quelle: Bundesamt für Statistik Grafik: Keystone-SDA

## Ausbau Autobahnen



### Ja-Stimmen

- 35-40
- 40-45
- 45-50
- 50-55
- 55-60



Quelle: Bundesamt für Statistik  
Grafik: Keystone-SDA

Die Sekunde vor dem Jubel: Das Nein-Komitee um Grünen-Chefin Lisa Mazzone wartet in Bern auf die ersten Hochrechnungsergebnisse zum Autobahnausbau. Bild Peter Schneider/Keystone



Sarganserländer  
8887 Mels  
081/ 725 32 32  
<https://www.sarganserlaender.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 7'907  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 14  
Fläche: 80'910 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
28f051cf-6d24-4042-a592-4e298a1c0f99  
Ausschnitt Seite: 3/3





# Frauen bodigen Röstis Autobahnpläne

von Rainer Schneuwly (sda)

Der Bund muss auf den Ausbau von sechs Schweizer Autobahnteilstücken verzichten. Mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 52,7 Prozent haben die Stimmberechtigten am Sonntag sechs Ausbauprojekte abgelehnt. Der Entscheid war wohl nicht zuletzt eine Frage des Geschlechts.

Niederlage für den Bundesrat: Rund 1 316 500 Stimmberechtigte sagen Nein zum Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen, und nur rund 1 181 600 Stimmdende befürworteten ihn. Nicht realisiert werden können damit im Kanton Bern der Ausbau der A1 zwischen Bern-Wankdorf und Schönbühl auf acht Spuren und zwischen Schönbühl und Kirchberg auf sechs Spuren. In der Westschweiz wird es keinen Ausbau der A1 zwischen Le Vengeron im Kanton Genf und Nyon in der Waadt auf sechs Spuren geben. Ebenfalls vom Tisch sind der Bau einer dritten Röhre des Rosenberg隧nells der A1 bei St. Gallen und einer zweiten Röhre des Fäsenstaubtunnells der A4 in Schaffhausen. Zudem wird die A2-Osttangente im Raum Basel nicht mit einem neuen Rheintunnel zwischen Birsfelden und Kleinhüningen vom Durchgangsverkehr entlastet. Der Bund wollte für die sechs Projekte 4,9 Milliarden Franken ausgeben. Ja sagten nur die Kantone Solothurn, Aargau, Basel-Landschaft, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen, die beiden Appenzell, Thurgau, Schaffhausen und Zug, alle anderen sagten Nein. Dagegen waren auch die von den Projekten direkt betroffenen Städte Basel, Schaffhausen, St. Gallen und Nyon sowie die Berner Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl. Für das Resultat wichtiger als die regionalen Unterschiede war aber laut

Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs.bern das Geschlecht: «Frauen haben heute entschieden», sagte er am Sonntag im Schweizer Fernsehen SRF, gestützt auf Umfrageresultate von Anfang Monat. Diese besagten, dass nur 38 Prozent der Frauen Ja oder eher Ja sagen wollten zum Autobahnausbau, während es bei den Männern 56 Prozent waren. «Die Umweltfrage gewichtet bei den Frauen mehr», so Golder.

«Historischer Erfolg» für Gegner Am Sonntagabend jubelte das Nein-Lager, zu dem der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Organisation Umverkehr, weitere Umweltorganisationen sowie Grüne, SP und GLP gehören. Die Grünen sprachen von einem «historischen Erfolg für die Verkehrswende». Der geplante Autobahnausbau wäre übertrieben, überholt und überteuert gewesen. SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer interpretierte das Resultat als Votum für mehr Klimaschutz, und der Aargauer GLP-Nationalrat Beat Flach sagte, es brauche nicht mehr Teer, sondern intelligente Lösungen. Die Befürworter hingegen sagten, auf den Nationalstrassen werde es jetzt noch mehr Stau geben. Das bedeute für Wirtschaft und Gewerbe spätere Lieferungen und steigende Kosten, erklärte der Aargauer SVP-Nationalrat und Transportunternehmer Benjamin Giezendanner.

Erste Niederlage für Rösti Das Abstimmungsresultat ist die erste Abstimmungsniederlage für Bundesrat Albert Röstli seit seinem Amtsantritt Anfang vergangenen Jahres. Der Verkehrsminister sagte am Sonntagabend, die Landesregierung sehe drei Gründe für das Nein: Das Paket sei mit sechs Ausbauprojekten überladen gewesen. Weiter sei es nicht gelungen, weitab von den betroffenen Regionen den Nutzen des Ausbaus für die Gesamtschweiz zu vermitteln. Zudem hätten die Diskussionen um den Finanzhaushalt des Bundes wachstumskritische Stimmbürgerinnen und -bürger von einem Ja zum Nationalstrassenausbau abgehalten.

Forderungen von beiden Seiten Nach dem Volksnein verlangen die Sieger mehr Geld für den öffentlichen Verkehr und für Velowege sowie für Klimaschutz. Die SVP hingegen fordert, das für die sechs Projekte vorgesehene Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds müsse den Autofahrern zugutekommen. Die Mineralölsteuer sei deshalb sofort zu senken. SVP-Bundesrat Röstli winkte vor den Medien aber ab: In den nächsten Jahren würden andere Nationalstrassenausbauprojekte verwirklicht. «Diese kosten entsprechend den heutigen Einnahmen der Mineralölsteuer.» Die an der Urne abgelehnten Projekte wären erst ab 2033 umgesetzt worden.



Südostschweiz / Bündner Zeitung  
7007 Chur  
081/ 255 52 52  
<https://www.suedostschweiz.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 22'868  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 14  
Fläche: 79'750 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
7ffdc0e8-34e5-4b02-8160-12e22a14325f  
Ausschnitt Seite: 2/3

Ausbau Autobahnen Ja%Stimmen 5-40 BS 40-45 BL AG 45-50 JU SO 50-55  
55-60 NE FR GE VS VD BE LU OW Ja 47.3 % SH TG ZH AR AI SG ZG SZ GL NW  
UR GR TI Volk Quelle: Bundesamt für Statistik Grafik: Keystone-SDA Nein 52.7 %



Die Sekunde vor dem Jubel: Das Nein-Komitee um Grünen-Chefin Lisa Mazzone wartet in Bern auf die ersten Hochrechnungsergebnisse zum Autobahnausbau. Bild Peter Schneider / Keystone



Südostschweiz / Bündner Zeitung  
7007 Chur  
081/ 255 52 52  
https://www.suedostschweiz.ch/

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 22'868  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 14  
Fläche: 79'750 mm<sup>2</sup>

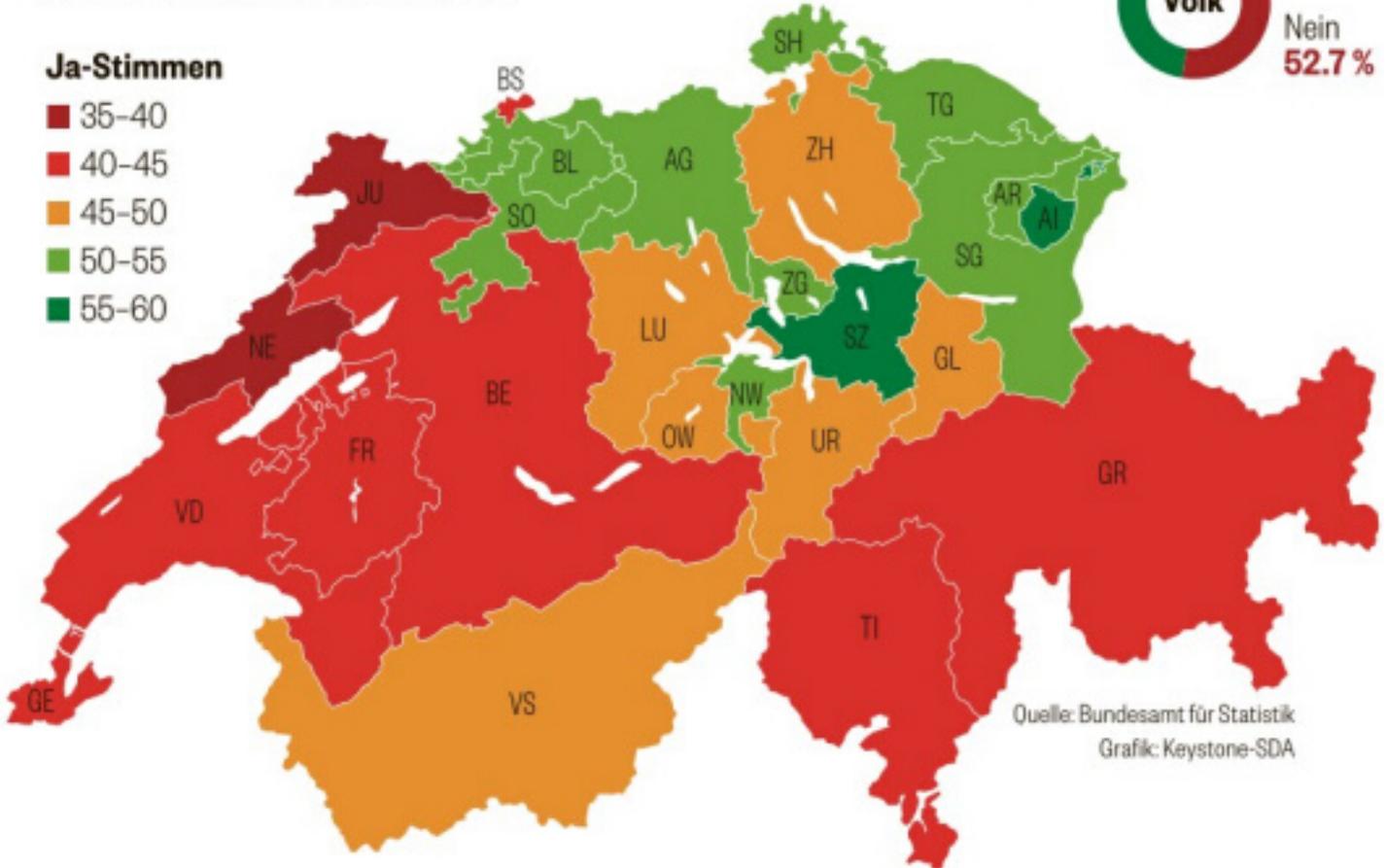
Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
7ffdc0e8-34e5-4b02-8160-12e22a14325f  
Ausschnitt Seite: 3/3

# Ausbau Autobahnen



## Ja-Stimmen

- 35-40
- 40-45
- 45-50
- 50-55
- 55-60



Quelle: Bundesamt für Statistik  
Grafik: Keystone-SDA



# Frauen bodigen Röstis Autobahnpläne

von Rainer Schneuwly (sda)

Der Bund muss auf den Ausbau von sechs Schweizer Autobahnteilstücken verzichten. Mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 52,7 Prozent haben die Stimmberechtigten am Sonntag sechs Ausbauprojekte abgelehnt. Der Entscheid war wohl nicht zuletzt eine Frage des Geschlechts.

Niederlage für den Bundesrat: Rund 1 316 500 Stimmberechtigte sagen Nein zum Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen, und nur rund 1 181 600 Stimmmende befürworteten ihn. Nicht realisiert werden können damit im Kanton Bern der Ausbau der A1 zwischen Bern-Wankdorf und Schönbühl auf acht Spuren und zwischen Schönbühl und Kirchberg auf sechs Spuren. In der Westschweiz wird es keinen Ausbau der A1 zwischen Le Vengeron im Kanton Genf und Nyon in der Waadt auf sechs Spuren geben. Ebenfalls vom Tisch sind der Bau einer dritten Röhre des Rosenberg隧nels der A1 bei St. Gallen und einer zweiten Röhre des Fäsenstaubtunnels der A4 in Schaffhausen. Zudem wird die A2-Osttangente im Raum Basel nicht mit einem neuen Rheintunnel zwischen Birsfelden und Kleinhüningen vom Durchgangsverkehr entlastet. Der Bund wollte für die sechs Projekte 4,9 Milliarden Franken ausgeben. Ja sagten nur die Kantone Solothurn, Aargau, Basel-Landschaft, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen, die beiden Appenzell, Thurgau, Schaffhausen und Zug, alle anderen sagten Nein. Dagegen waren auch die von den Projekten direkt betroffenen Städte Basel, Schaffhausen, St. Gallen und Nyon sowie die Berner Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl. Für das Resultat wichtiger als die regionalen Unterschiede war aber laut

Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs.bern das Geschlecht: «Frauen haben heute entschieden», sagte er am Sonntag im Schweizer Fernsehen SRF, gestützt auf Umfrageresultate von Anfang Monat. Diese besagten, dass nur 38 Prozent der Frauen Ja oder eher Ja sagen wollten zum Autobahnausbau, während es bei den Männern 56 Prozent waren. «Die Umweltfrage gewichtet bei den Frauen mehr», so Golder.

«Historischer Erfolg» für Gegner Am Sonntagabend jubelte das Nein-Lager, zu dem der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Organisation Umverkehr, weitere Umweltorganisationen sowie Grüne, SP und GLP gehören. Die Grünen sprachen von einem «historischen Erfolg für die Verkehrswende». Der geplante Autobahnausbau wäre übertrieben, überholt und überteuert gewesen. SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer interpretierte das Resultat als Votum für mehr Klimaschutz, und der Aargauer GLP-Nationalrat Beat Flach sagte, es brauche nicht mehr Teer, sondern intelligente Lösungen. Die Befürworter hingegen sagten, auf den Nationalstrassen werde es jetzt noch mehr Stau geben. Das bedeute für Wirtschaft und Gewerbe spätere Lieferungen und steigende Kosten, erklärte der Aargauer SVP-Nationalrat und Transportunternehmer Benjamin Giezendanner.

Erste Niederlage für Rösti Das Abstimmungsresultat ist die erste Abstimmungsniederlage für Bundesrat Albert Röstli seit seinem Amtsantritt Anfang vergangenen Jahres. Der Verkehrsminister sagte am Sonntagabend, die Landesregierung sehe drei Gründe für das Nein: Das Paket sei mit sechs Ausbauprojekten überladen gewesen. Weiter sei es nicht gelungen, weitab von den betroffenen Regionen den Nutzen des Ausbaus für die Gesamtschweiz zu vermitteln. Zudem hätten die Diskussionen um den Finanzhaushalt des Bundes wachstumskritische Stimmbürgerinnen und -bürger von einem Ja zum Nationalstrassenausbau abgehalten.

Forderungen von beiden Seiten Nach dem Volksnein verlangen die Sieger mehr Geld für den öffentlichen Verkehr und für Velowege sowie für Klimaschutz. Die SVP hingegen fordert, das für die sechs Projekte vorgesehene Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds müsse den Autofahrern zugutekommen. Die Mineralölsteuer sei deshalb sofort zu senken. SVP-Bundesrat Röstli winkte vor den Medien aber ab: In den nächsten Jahren würden andere Nationalstrassenausbauprojekte verwirklicht. «Diese kosten entsprechend den heutigen Einnahmen der Mineralölsteuer.» Die an der Urne abgelehnten Projekte wären erst ab 2033 umgesetzt worden.



Südostschweiz / Glarner Nachrichten  
7007 Chur  
081/ 255 52 52  
<https://www.suedostschweiz.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 4'883  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 12  
Fläche: 79'750 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
928bf882-c46a-44fd-93e9-cd15c177787c  
Ausschnitt Seite: 2/3

Ausbau Autobahnen Ja%Stimmen 5-40 BS 40-45 BL AG 45-50 JU SO 50-55  
55-60 NE FR GE VS VD BE LU OW Ja 47.3 % SH TG ZH AR AI SG ZG SZ GL NW  
UR GR TI Volk Quelle: Bundesamt für Statistik Grafik: Keystone-SDA Nein 52.7 %



Die Sekunde vor dem Jubel: Das Nein-Komitee um Grünen-Chefin Lisa Mazzone wartet in Bern auf die ersten Hochrechnungsergebnisse zum Autobahnausbau. Bild Peter Schneider / Keystone



Südostschweiz / Glarner Nachrichten  
7007 Chur  
081/ 255 52 52  
<https://www.suedostschweiz.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 4'883  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 12  
Fläche: 79'750 mm<sup>2</sup>

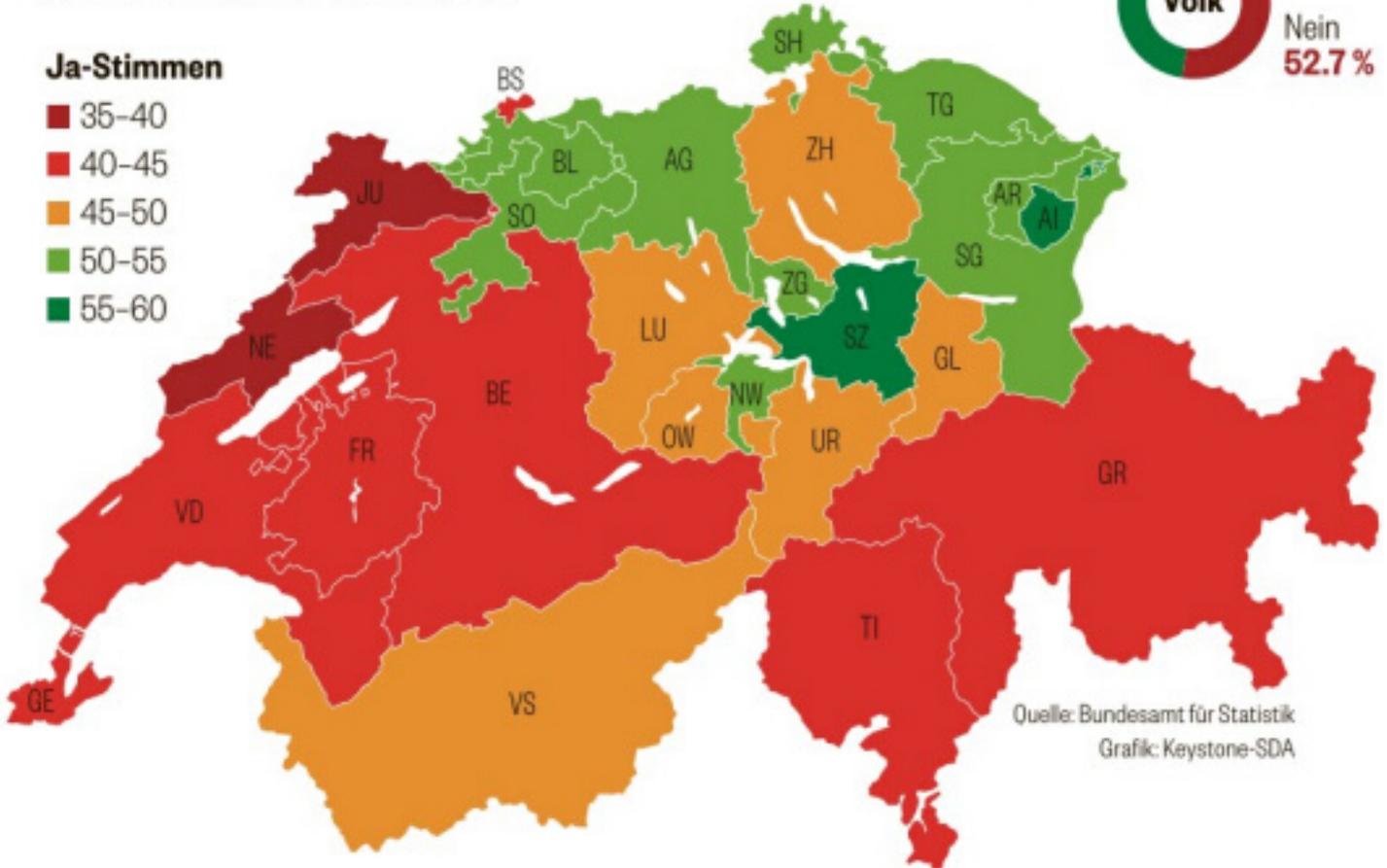
Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
928bf882-c46a-44fd-93e9-cd15c177787c  
Ausschnitt Seite: 3/3

# Ausbau Autobahnen



## Ja-Stimmen

- 35-40
- 40-45
- 45-50
- 50-55
- 55-60



Quelle: Bundesamt für Statistik  
Grafik: Keystone-SDA



# Frauen bodigen Röstis Autobahnpläne

von Rainer Schneuwly (sda)

Der Bund muss auf den Ausbau von sechs Schweizer Autobahnteilstücken verzichten. Mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 52,7 Prozent haben die Stimmberechtigten am Sonntag sechs Ausbauprojekte abgelehnt. Der Entscheid war wohl nicht zuletzt eine Frage des Geschlechts.

Niederlage für den Bundesrat: Rund 1 316 500 Stimmberechtigte sagen Nein zum Bundesbeschluss über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen, und nur rund 1 181 600 Stimmmende befürworteten ihn. Nicht realisiert werden können damit im Kanton Bern der Ausbau der A1 zwischen Bern-Wankdorf und Schönbühl auf acht Spuren und zwischen Schönbühl und Kirchberg auf sechs Spuren. In der Westschweiz wird es keinen Ausbau der A1 zwischen Le Vengeron im Kanton Genf und Nyon in der Waadt auf sechs Spuren geben. Ebenfalls vom Tisch sind der Bau einer dritten Röhre des Rosenberg隧nels der A1 bei St. Gallen und einer zweiten Röhre des Fäsenstaubtunnels der A4 in Schaffhausen. Zudem wird die A2-Osttangente im Raum Basel nicht mit einem neuen Rheintunnel zwischen Birsfelden und Kleinhüningen vom Durchgangsverkehr entlastet. Der Bund wollte für die sechs Projekte 4,9 Milliarden Franken ausgeben. Ja sagten nur die Kantone Solothurn, Aargau, Basel-Landschaft, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen, die beiden Appenzell, Thurgau, Schaffhausen und Zug, alle anderen sagten Nein. Dagegen waren auch die von den Projekten direkt betroffenen Städte Basel, Schaffhausen, St. Gallen und Nyon sowie die Berner Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl. Für das Resultat wichtiger als die regionalen Unterschiede war aber laut

Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs.bern das Geschlecht: «Frauen haben heute entschieden», sagte er am Sonntag im Schweizer Fernsehen SRF, gestützt auf Umfrageresultate von Anfang Monat. Diese besagten, dass nur 38 Prozent der Frauen Ja oder eher Ja sagen wollten zum Autobahnausbau, während es bei den Männern 56 Prozent waren. «Die Umweltfrage gewichtet bei den Frauen mehr», so Golder.

«Historischer Erfolg» für Gegner Am Sonntagabend jubelte das Nein-Lager, zu dem der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Organisation Umverkehr, weitere Umweltorganisationen sowie Grüne, SP und GLP gehören. Die Grünen sprachen von einem «historischen Erfolg für die Verkehrswende». Der geplante Autobahnausbau wäre übertrieben, überholt und überteuert gewesen. SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer interpretierte das Resultat als Votum für mehr Klimaschutz, und der Aargauer GLP-Nationalrat Beat Flach sagte, es brauche nicht mehr Teer, sondern intelligente Lösungen. Die Befürworter hingegen sagten, auf den Nationalstrassen werde es jetzt noch mehr Stau geben. Das bedeute für Wirtschaft und Gewerbe spätere Lieferungen und steigende Kosten, erklärte der Aargauer SVP-Nationalrat und Transportunternehmer Benjamin Giezendanner.

Erste Niederlage für Rösti Das Abstimmungsresultat ist die erste Abstimmungsniederlage für Bundesrat Albert Röstli seit seinem Amtsantritt Anfang vergangenen Jahres. Der Verkehrsminister sagte am Sonntagabend, die Landesregierung sehe drei Gründe für das Nein: Das Paket sei mit sechs Ausbauprojekten überladen gewesen. Weiter sei es nicht gelungen, weitab von den betroffenen Regionen den Nutzen des Ausbaus für die Gesamtschweiz zu vermitteln. Zudem hätten die Diskussionen um den Finanzhaushalt des Bundes wachstumskritische Stimmbürgerinnen und -bürger von einem Ja zum Nationalstrassenausbau abgehalten.

Forderungen von beiden Seiten Nach dem Volksnein verlangen die Sieger mehr Geld für den öffentlichen Verkehr und für Velowege sowie für Klimaschutz. Die SVP hingegen fordert, das für die sechs Projekte vorgesehene Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds müsse den Autofahrern zugutekommen. Die Mineralölsteuer sei deshalb sofort zu senken. SVP-Bundesrat Röstli winkte vor den Medien aber ab: In den nächsten Jahren würden andere Nationalstrassenausbauprojekte verwirklicht. «Diese kosten entsprechend den heutigen Einnahmen der Mineralölsteuer.» Die an der Urne abgelehnten Projekte wären erst ab 2033 umgesetzt worden.



Südostschweiz / Linth Zeitung  
7007 Chur  
081/ 255 52 52  
<https://www.suedostschweiz.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 7'350  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 12  
Fläche: 79'750 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
c4999a48-e045-4635-8b75-d4469f2a1c3a  
Ausschnitt Seite: 2/3

Ja Ausbau Autobahnen 47.3 % Volk SH Nein Ja%Stimmen BS 52.7 % 5-40 TG  
40-45 BL AG ZH 45-50 JU SO AR AI 50-55SG ZG 55-60 LU NE SZ GL BE NW  
FR OW UR GR VD TI GE VS Quelle: Bundesamt für Statistik Grafik: Keystone-SDA



Die Sekunde vor dem Jubel: Das Nein-Komitee um Grünen-Chefin Lisa Mazzone wartet in Bern auf die ersten Hochrechnungsergebnisse zum Autobahnausbau. Bild Peter Schneider / Keystone



Südostschweiz / Linth Zeitung  
7007 Chur  
081/ 255 52 52  
<https://www.suedostschweiz.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 7'350  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 12  
Fläche: 79'750 mm<sup>2</sup>

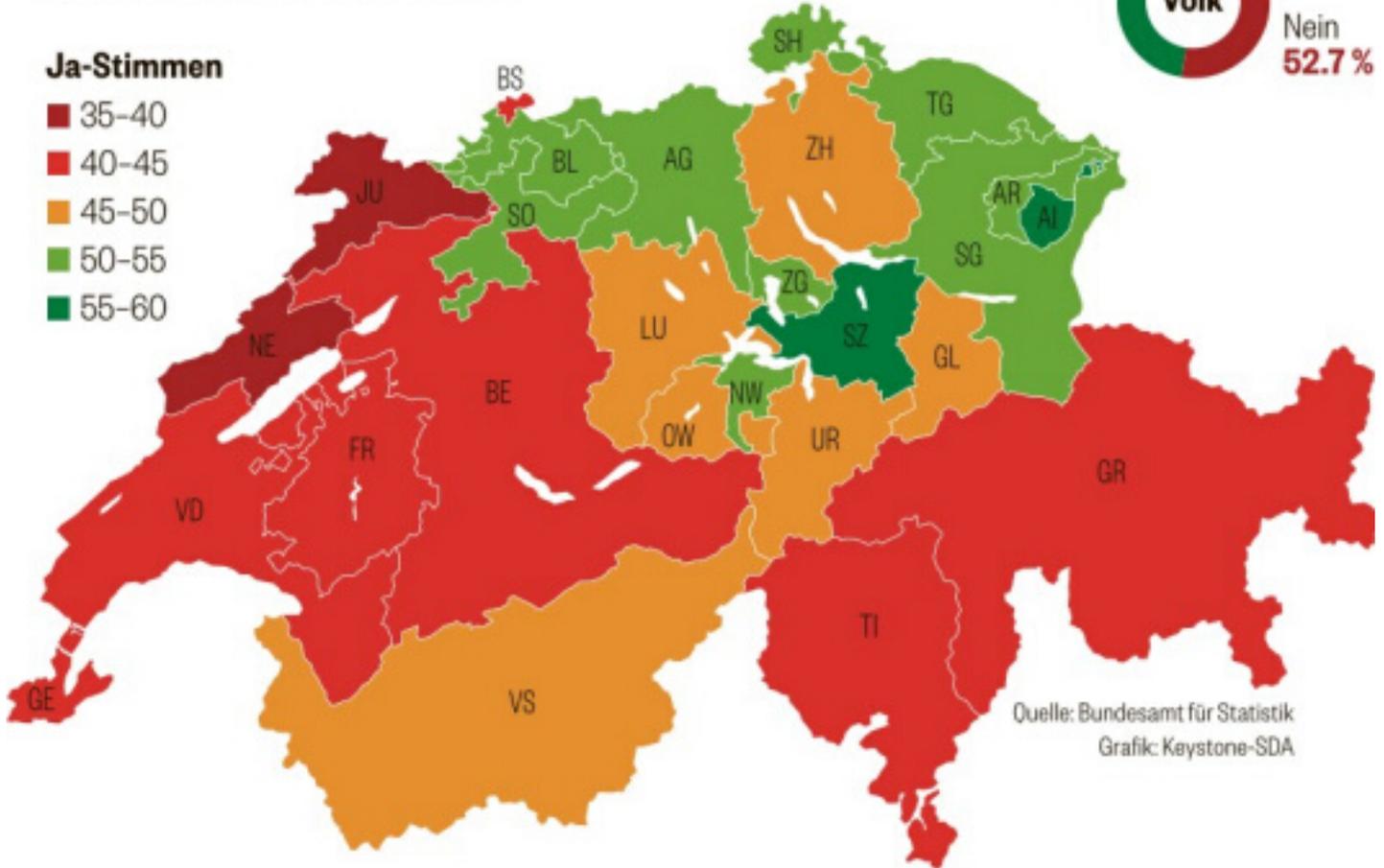
Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
c4999a48-e045-4635-8b75-d4469f2a1c3a  
Ausschnitt Seite: 3/3

# Ausbau Autobahnen



## Ja-Stimmen

- 35-40
- 40-45
- 45-50
- 50-55
- 55-60



Quelle: Bundesamt für Statistik  
Grafik: Keystone-SDA



Thuner Tagblatt  
3602 Thun  
0844 036 036  
<https://www.thunertagblatt.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages und Wochenendpresse  
Auflage: 12'121  
Erscheinungsweise: täglich

Seite: 1  
Fläche: 23'750 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862006  
Referenz:  
167d9918-f365-4b55-bbaa-2bd3f335c293  
Ausschnitt Seite: 1/1 Print

## Grüne wollen Autobahn-Geld für Klimaschutz verwenden

(red/SDA)

Eidgenössische Abstimmungen Das Stimmvolk stoppt die Autobahn-Ausbaupläne des Bundes. Im Kanton Bern fiel die Ablehnung mit 57 Prozent deutlich aus.

52,7 Prozent Nein-Stimmen gegen sechs Autobahn-Ausbauprojekte: Lisa Mazzone, Präsidentin der Grünen, will das Momentum dieses Abstimmungserfolgs für ihre Partei nutzen. Sie fordert, dass Gelder aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF) in Zukunft auch für den Klimaschutz verwendet werden. Konkret sollen sie vermehrt in den Velo- und den Fussverkehr sowie in den Lärmschutz fliessen - und auch in Klimaschutzmassnahmen etwa zur

Unterstützung von Berggemeinden. Mazzone begründet ihre Forderung mit dem Zusammenhang zwischen Klimawandel und Autoverkehr. Im Kanton Bern lehnten 57 Prozent der Stimmenden den Autobahnausbau ab, eine Ja-Mehrheit fand sich lediglich in den Verwaltungskreisen Seeland, Frutigen-Niedersimmental und Obersimmental-Saanen. In der Stadt Bern stimmten fast drei Viertel dagegen, in den Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-

Schönbühl zwischen 58 und 60 Prozent. Die Berner Allianz gegen den Autobahnausbau reagierte mit der Forderung, nun müssten weitere Projekte unverzüglich sistiert werden: der Ausbau Anschluss Wankdorf, der Sechsspur-Ausbau Muri-Rubigen und der Ausbau Felsenau-Viadukt. Einzig die Planung des Bypass Bern-Ost sei weiterzuführen. Zur Allianz gehören VCS, WWF, Pro Velo, der Verein Spurwechsel sowie SP, Grüne, GLP und EVP.



24.11.2024 18:50:41 SDA 0081bsd

Schweiz / KBE / Bern (sda)

Politik, Wahl, Stimmwahl, Volksbegehren/Referendum, Partei, 11099200, Wirtschaft und Finanzen, Transport, Straßenverkehr

## Schweizer Stimmvolk stoppt Autobahn-Ausbaupläne des Bundes

Der Bund muss auf den Ausbau von sechs Schweizer Autobahnteilstücken verzichten. Das Stimmvolk hat an der Urne fünf Ausbauprojekte in der Deutschschweiz und ein Projekt in der Romandie mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 52,7 Prozent abgelehnt.

Gemäss den Ergebnissen aus den Kantonen sagten rund 1'316'500 Stimmende Nein zum Bundesbeschluss über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen. Rund 1'181'600 Stimmende befürworteten ihn. Die Stimmbeteiligung lag bei rund 45 Prozent.

Nicht realisiert werden kann damit der Ausbau der A1 zwischen Bern-Wankdorf und Schönbühl BE auf acht Spuren und zwischen Schönbühl und Kirchberg BE auf sechs Spuren. In der Westschweiz wird es keinen Ausbau der A1 zwischen Le Vengeron GE und Nyon VD auf sechs Spuren geben.

Ebenfalls vom Tisch sind der Bau einer dritten Röhre des Rosenberg隧nels der A1 bei St. Gallen und einer zweiten Röhre des Fäsenstaubtunnels der A4 in Schaffhausen. Im Raum Basel wird die A2-Osttangente nicht mit einem neuen Rheintunnel zwischen Birsfelden BL und Kleinhüningen vom Durchgangsverkehr entlastet. Der Bund wollte für die sechs Projekte 4,9 Milliarden Franken ausgeben.

### Die Frauen entschieden

Ja sagten die Kantone Solothurn, Aargau, Basel-Landschaft, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen, die beiden Appenzell, Thurgau, Schaffhausen und Zug, alle anderen sagten Nein. Nein sagten auch die von den Projekten direkt betroffenen Städte Basel, Schaffhausen, St. Gallen und Nyon VD sowie die Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl (alle Kanton Bern).

Für das Resultat wichtiger als regionale Unterschiede war aber laut Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs.bern das Geschlecht: "Frauen haben heute entschieden", sagte er am Sonntag im Schweizer Fernsehen SRF, gestützt auf Umfrageresultate von Anfang November.

Die von gfs.bern Mitte November präsentierten Umfrageergebnisse besagten, dass nur 38 Prozent der Frauen Ja oder eher Ja sagen wollten zum Autobahnausbau, während es bei den Männern 56 Prozent waren. "Die Umweltfrage gewichtet bei den Frauen mehr", so Golder.

### "Historischer Erfolg" für Gegner

Am Sonntagabend jubelte das Nein-Lager, zu dem der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Organisation Umverkehr, weitere Umweltorganisationen und die Grünen, die SP und die GLP gehören. Die Grünen sprachen von einem "historischen Erfolg für die Verkehrswende". Der Autobahnausbau wäre übertrieben, überholt und überteuert gewesen.

SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer interpretierte das Resultat als Votum für mehr Klimaschutz. Der Aargauer GLP-Nationalrat Beat Flach sagte, es brauche nicht mehr Teer, sondern intelligente Lösungen.

Die Befürworter hingegen sagten, auf den Nationalstrassen werde es jetzt noch mehr Stau geben. Das bedeute für die Wirtschaft und das Gewerbe spätere Lieferungen und steigende Kosten, so beispielsweise der Aargauer SVP-Nationalrat und Transport-Unternehmer Benjamin Giezendanner. Der Bund gab die Zahl der Staustunden auf



Nationalstrassen im Jahr 2023 mit 48'000 an.

Das Abstimmungsresultat bedeutet die erste Abstimmungsniederlage für Bundesrat Albert Rösti. Der Verkehrsminister sagte am Sonntagabend, die Landesregierung sehe drei Gründe für das Nein: Das Gesamtpaket mit sechs Ausbauprojekten sei überladen gewesen. Weiter sei es nicht gelungen, weitab von den betroffenen Regionen den Nutzen des Ausbaus für die Gesamtschweiz zu vermitteln.

Zudem hätten die Diskussionen um den Finanzhaushalt des Bundes einige wachstumskritische Stimmbürgerinnen und -bürger von einem Ja zum Nationalstrassenausbau abgehalten.

### Forderungen nach Umnutzung der Strassengelder

Nach dem Volksnein verlangten die Sieger mehr Geld für den öffentlichen Verkehr und für Velowege sowie für Klimaschutz. Die SVP hingegen forderte, das für die sechs Projekte vorgesehene Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) müsse den Autofahrern zugute kommen. Die Mineralölsteuer sei deshalb sofort zu senken.

SVP-Bundesrat Rösti winkte vor den Medien aber ab: In den nächsten Jahren würden Nationalstrassenausbauprojekte verwirklicht. "Diese kosten entsprechend den heutigen Einnahmen der Mineralölsteuer." Die an der Urne abgelehnten Projekte wären erst ab 2033 umgesetzt worden.



Online-Ausgabe

Berner Zeitung  
3001 Bern  
031/ 330 31 33  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 1'176'000  
Page Visits: 3'858'100

Web Ansicht

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94108108  
Ausschnitt Seite: 1/5

News Websites

Nach Nein zum Autobahn-Ausbau

## Autobahn-Gegner setzen neuen Berner Gemeinderat unter Druck

**Steht das Autobahnprojekt im Wankdorf auf der Kippe? Linke und Grüne wollen den neuen Anschluss unbedingt verhindern.**

Publiziert heute um 06:00 Uhr, Simon Wälti

**In Kürze:**

Nachdem das Stimmvolk dem Autobahnausbau eine Absage erteilt hat, fordern Linke und Grüne einen Wechsel der Verkehrspolitik.

Der Verein Spurwechsel drängt den Berner Gemeinderat, das Projekt im Wankdorf zu stoppen.

Gegner meinen, der Bypass-Tunnel benötige weniger Spuren als geplant.

Als das Nein der Schweiz zum Ausbau der Autobahnen Tatsache wurde, waren die Abstimmungssieger schnell mit Forderungen zur Hand. Es müsse nun ein grundlegender Wechsel in der Verkehrspolitik erfolgen. Das für den Strassenausbau reservierte Geld solle zur Bewältigung des Klimawandels sowie für den ÖV und bessere Velowege verwendet werden.

Auch auf der lokalen Ebene ist das Powerplay sichtbar. In der Stadt Bern lehnten fast 75 Prozent der Stimmenden den Milliardenkredit ab. Der Verein Spurwechsel setzt den Berner Gemeinderat unter Druck, sich nun gegen das Projekt für den Wankdorf-Anschluss zu stellen. «Der neue Gemeinderat muss nun beim Kanton und beim Bund rasch eine Sistierung fordern», schreibt der Verein auf Anfrage dieser Redaktion. Nach dem Nein vom 24. November sei das Projekt «obsolet», es eröffne sich die Chance, ein «komplett neues Projekt» zu planen.

Am Sonntag neu in die Stadtregierung gewählt wurden mit Ursina Anderegg (GB) und Melanie Mettler zwei Spurwechsel-Mitglieder. Anderegg sagte im Interview mit dieser Redaktion, sie hoffe, «dass der Ausbau des Wankdorf-Knotens endgültig vom Tisch ist». Der Verein hat auf städtischer Ebene die «Verkehrsmonster-Initiative» eingereicht, die den Gemeinderat dazu verpflichten soll, sich gegen den Wankdorf-Anschluss einzusetzen.

Die bisherige Haltung des Gemeinderats lautete: Die Sache liege in der Zuständigkeit des Bundes. Die Planung sei weit fortgeschritten. Die Stadt habe keine Möglichkeit mehr, das Projekt zu verhindern. Auch die Annahme der Initiative könne dieses nicht stoppen.

### Marieke Kruit bleibt unverbindlich

Der Berner Gemeinderat hat den Knoten bisher unterstützt. «Wir dürfen die Situation im Wankdorf nicht eskalieren lassen», sagte Gemeinderätin Marieke Kruit (SP) im Interview mit dieser Redaktion im Mai 2023.

Nach dem Volks-Nein klingt es bei der zukünftigen Stadtpräsidentin eher vorsichtig: «Nun gilt es sorgfältig zu analysieren, was das für die weiteren Autobahnvorhaben des Bundes rund um Bern heisst», schreibt Kruit auf Anfrage.

Und auf die Frage, ob die bisherige Haltung weiter Gültigkeit habe, heisst es: «Das wird der Gemeinderat beurteilen müssen, dem kann und will ich als einzelnes Mitglied des Gremiums nicht vorgreifen.» Durch das Verkehrsnetz und die Verkehrsströme gebe es jedoch Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Projekten. «Als Stadt Bern tun wir gut daran, weiterhin eine kritische, aber auch konstruktive Projektpartnerin zu sein.» Der Ball liege aber beim Bund, so Kruit.

Das Bundesamt für Strassen Astra teilt zu diesem Punkt auf Anfrage mit: «Das Projekt zur Umgestaltung des



Online-Ausgabe

Berner Zeitung  
3001 Bern  
031/ 330 31 33  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 1'176'000  
Page Visits: 3'858'100

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94108108  
Ausschnitt Seite: 2/5

News Websites

Anschlusses Wankdorf ist kein Ausbauprojekt, sondern sieht primär die Entflechtung der verschiedenen Verkehrsströme sowie die bessere Dosierung des Verkehrs vor.» Die Sicherheit werde auch für den Langsamverkehr optimiert. Das Projekt untersteht laut Astra «nicht dem Referendum». Auf der juristischen Ebene ist beim Plangenehmigungsverfahren der Gang bis vor Bundesgericht möglich.

Gemäss den Unterlagen ist der Ausbau des Knotens im Wankdorf zudem eine Voraussetzung für die Realisierung des Bypass-Tunnels für die A6.

### Wie weiter mit dem Bypass?

Beim Bypass, dem Autobahntunnel zwischen Bern und Muri, vertritt die Stadtregierung von jeher eine befürwortende Haltung: Mit dem teilweisen Rückbau der A6 könne die Stadt im Ostring repariert und zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden.

Auch beim Bypass wollen die Autobahngegner über die Bücher gehen. Anders als beim Wankdorf-Anschluss wird aber keine Sistierung verlangt.

Die Bypass-Planung könne man weiterführen, es brauche aber im Tunnel weniger Spuren als vorgesehen, hält die Berner Allianz gegen den Autobahnausbau in einer Stellungnahme fest. «Ein Tunnel zwischen Wankdorf und Muri ermöglicht die Stadtreparatur, die geplanten zwei zusätzlichen Fahrspuren sind dafür aber nicht nötig.» Die Allianz wird angeführt vom VCS, vertreten sind weitere Umwelt- und Verkehrsorganisationen sowie die Parteien SP, Grüne, GLP und EVP.

Zum Bypass Bern-Ost verlautet aus dem Astra nur, dass dieser nicht Gegenstand der Abstimmung gewesen sei.

### Bund sucht Alternativen für A1

Das Verdikt gegen die Autobahnen fiel im Kanton Bern mit 57,0 Prozent Nein-Stimmen deutlicher aus als gesamtschweizerisch. Und Bern-Mittelland, der Verwaltungskreis, der am stärksten und direktesten vom Ausbau betroffen gewesen wäre, lehnte den Milliardenkredit mit 61,8 Prozent Nein-Stimmen ab.

Neben der Stadt Bern sagten auch Ittigen, Zollikofen, Bolligen, Urtenen-Schönbühl, Moosseedorf, Mattstetten und Lyssach Nein – alles Gemeinden, deren Gebiet an die A1 anstösst. In der Agglomeration Bern tanzte Ostermundigen, das dem Ausbau mit 51,8 Prozent zustimmte, aus der Reihe. Befürwortet haben den Kredit auch Kirchberg und Hindelbank.

Nachdem die Verbreiterung der A1 vom Tisch ist, braucht es für das Bundesamt für Strassen eine vertiefte Analyse auf dieser Strecke. «Die Herausforderungen insbesondere im Hinblick auf Stau und Ausweichverkehr bleiben unverändert.» Es werde nun darum gehen, mehrheitsfähige Alternativen zu finden.

Infrage kommt beispielsweise das Verkehrsmanagement, also etwa das Tempo. «Mit der Reduzierung der Geschwindigkeit bei hohem Verkehrsaufkommen auf 80 Stundenkilometer erreicht der Abschnitt seine maximale Kapazität», schreibt das Astra. Solche Anlagen sind zwischen Wankdorf und Schönbühl sowie zwischen Schönbühl und Kirchberg installiert – sie werden «zur temporären Reduktion der Höchstgeschwindigkeit» eingesetzt.

Eine andere Möglichkeit wäre die Pannestreifenumnutzung, wie sie zwischen Muri und Bern-Wankdorf realisiert wurde. Sie ist aber grundsätzlich eher als Übergangslösung vorgesehen.



Online-Ausgabe

Berner Zeitung  
3001 Bern  
031/ 330 31 33  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 1'176'000  
Page Visits: 3'858'100

Web Ansicht

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94108108  
Ausschnitt Seite: 3/5

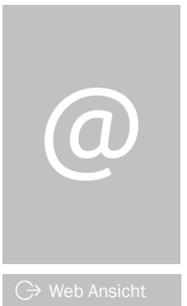
News Websites



Der Knoten beim Autobahnanschluss am Schermenweg im Wankdorf zählt zu den «wichtigsten Verkehrsdrehscheiben» im Kanton Bern. Foto: Raphael Moser



Der Verein Spurwechsel übergab Ende Januar 2024 die Unterschriften für die städtische Initiative «



Online-Ausgabe

Berner Zeitung  
3001 Bern  
031/ 330 31 33  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 1'176'000  
Page Visits: 3'858'100

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94108108  
Ausschnitt Seite: 4/5

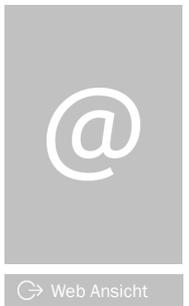
News Websites

## Verkehrsmoester Wankdorf stoppen! dem Gemeinderat.Foto: Nicole Philipp



Die Visualisierung des geplanten neuen Knotens durch das Bundesamt für Strassen stösst bei den Gegnerinnen und Gegnern auf Widerspruch: Auf der Bildmontage seien zu viele Bäume und zu wenige Autos, so lautet die Kritik.Bild: PD





Online-Ausgabe

Berner Zeitung  
3001 Bern  
031/ 330 31 33  
https://www.bernerzeitung.ch/

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 1'176'000  
Page Visits: 3'858'100

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94108108  
Ausschnitt Seite: 5/5

News Websites

## Der Verein Spurwechsel hält stattdessen ein anderes Zukunftsbild für realistischer.Bild: PD



Modellansicht für den Bypass Bern-Ost: Der Verlauf des Tunnels ist zwischen Zentrum Paul Klee und Gümligen markiert.Foto: Adrian Moser

Gesprächsstoff - Berner Podcast von BZ und Der Bund | EP88

### Migros schafft Rabatt für SeniorInnen ab

**Gesprächsstoff** 1X PRIVACY SHARE SUBSCRIBE

E88	<b>Migros schafft Rabatt für SeniorInnen ab</b>	20:21
E86	<b>Wie Berner Popmusikschaffende (über)leben</b>	28:05
E85	<b>Berns Millionen-Bauprojekte trotz Schulden</b>	29:16

Abonnieren Sie den Podcast auf [Spotify](#), [Apple Podcasts](#) oder in jeder gängigen Podcast-App.



Online-Ausgabe

Berner Zeitung  
3001 Bern  
031/ 330 31 33  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 1'176'000  
Page Visits: 3'858'100

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94108109  
Ausschnitt Seite: 1/1

News Websites

Polizei sucht Zeugen

## Falschfahrer sorgt in Zollikofen für einen Auffahrunfall

Am Dienstagabend stiessen zwischen Zollikofen und Moosseedorf zwei Autos zusammen. Der Wagen, der die Kollision verursachte, fuhr weiter.

Publiziert heute um 15:43 Uhr, Kommentar von Stefan Schnyder

Dieser Autofahrer muss grosse Augen gemacht haben: Er war am Dienstag kurz nach 23 Uhr auf der Zürichstrasse unterwegs in Richtung Zollikofen, als ihm bei einer Unterführung ein Falschfahrer entgegen kam.

Der korrekt fahrende Automobilist vollzog eine Vollbremsung, um eine Frontalkollision zu vermeiden. Das Auto hinter ihm reagierte zu spät – es kam zum Auffahrunfall. Der hintere Wagen befuhr eine Böschung und landete schliesslich auf der linken Fahrzeugseite. Der Falschfahrer setzte seine Fahrt fort.

Während der Lenker und die Beifahrerin des hinteren Autos unverletzt blieben, begab sich der andere Lenker nachträglich in ärztliche Pflege. Rund vier Stunden lang war der betroffene Strassenabschnitt nur wechselseitig befahrbar.

Die Kantonspolizei Bern hat einen Zeugenaufruf lanciert. Insbesondere die Lenkerin oder der Lenker des dunklen Autos, das falsch durch die Unterführung gefahren sein soll, wird gebeten, sich zu melden.

Gesprächsstoff - Berner Podcast von BZ und Der Bund | EP88

**Migros schafft Rabatt für SeniorInnen ab**

Gesprächsstoff

00:00 28:21

1X PRIVACY SHARE SUBSCRIBE

E88	Migros schafft Rabatt für SeniorInnen ab	28:21
E86	Wie Berner Popmusikschaffende (über)leben	28:05
E85	Berns Millionen-Bauprojekte trotz Schulden	29:16

Abonnieren Sie den Podcast auf [Spotify](#), [Apple Podcasts](#) oder in jeder gängigen Podcast-App.

Aus dieser Unterführung soll ein Auto auf der falschen Fahrbahn aufgetaucht sein, was zum Unfall geführt haben soll.

[Google Street View](#)



Polizei sucht Zeugen

## Falschfahrer sorgt in Zollikofen für einen Auffahrunfall

Am Dienstagabend stiessen zwischen Zollikofen und Moosseedorf zwei Autos zusammen. Der Wagen, der die Kollision verursachte, fuhr weiter.

Publiziert heute um 15:43 Uhr

Dieser Autofahrer muss grosse Augen gemacht haben: Er war am Dienstag kurz nach 23 Uhr auf der Zürichstrasse unterwegs in Richtung Zollikofen, als ihm bei einer Unterführung ein Falschfahrer entgegen kam.

Der korrekt fahrende Automobilist vollzog eine Vollbremsung, um eine Frontalkollision zu vermeiden. Das Auto hinter ihm reagierte zu spät – es kam zum Auffahrunfall. Der hintere Wagen befuhr eine Böschung und landete schliesslich auf der linken Fahrzeugseite. Der Falschfahrer setzte seine Fahrt fort.

Während der Lenker und die Beifahrerin des hinteren Autos unverletzt blieben, begab sich der andere Lenker nachträglich in ärztliche Pflege. Rund vier Stunden lang war der betroffene Strassenabschnitt nur wechselseitig befahrbar.

Die Kantonspolizei Bern hat einen Zeugenaufwurf lanciert. Insbesondere die Lenkerin oder der Lenker des dunklen Autos, das falsch durch die Unterführung gefahren sein soll, wird gebeten, sich zu melden.



Aus dieser Unterführung soll ein Auto auf der falschen Fahrbahn aufgetaucht sein, was zum Unfall geführt haben soll.

Google Street View

BZ Gesprächsstoff - Berner Podcast von BZ und Der Bund | EP88

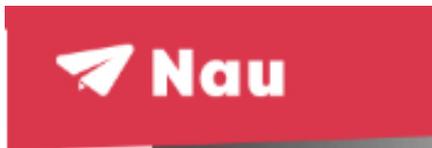
### Migros schafft Rabatt für SeniorInnen ab

Gesprächsstoff 00:00 20:21

1X PRIVACY SHARE SUBSCRIBE

E88	Migros schafft Rabatt für SeniorInnen ab	20:21
E86	Wie Berner Popmusikschaffende (über)leben	28:05
E85	Berns Millionen-Bauprojekte trotz Schulden	29:16

Abonnieren Sie den Podcast auf [Spotify](#), [Apple Podcasts](#) oder in jeder gängigen Podcast-App.



## Zollikofen BE: Kollision führt zu Verkehrsbehinderungen

**Am Dienstag kam es in Zollikofen zu einer Kollision zwischen zwei Fahrzeugen. Der Verkehr war mehrere Stunden beeinträchtigt. Die Polizei sucht Zeugen.**

**2024-11-27, Kantonspolizei Bern**

### Das Wichtigste in Kürze

In Zollikofen BE sind am Dienstag zwei Autos frontal kollidiert.

Der Verkehr war aufgrund des Unfalls mehrere Stunden beeinträchtigt.

Die Kantonspolizei Bern sucht zur Klärung der Umstände Zeugen.

Am Dienstag, kurz nach 23 Uhr, wurde der Kantonspolizei Bern ein Verkehrsunfall auf der Zürichstrasse in Zollikofen, Gemeinde Münchenbuchsee, gemeldet.

Gemäss ersten Erkenntnissen war ein Auto auf der Zürichstrasse von Zollikofen in Richtung Moosseedorf unterwegs, befuhr aus noch zu klärenden Gründen eine richtungsgetrennte Unterführung auf der falschen Spur und setzte seine Fahrt fort.

Der Lenker eines entgegenkommenden Autos konnte rechtzeitig eine Vollbremsung einleiten und so eine Frontalkollision vermeiden.

### Ein Lenker begab sich in ärztliche Pflege

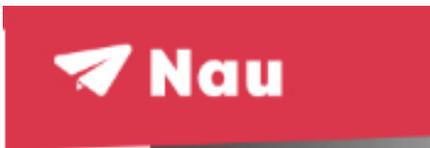
Ein zweites, ihm nachfolgendes, Auto kollidierte mit dem vorderen Auto, befuhr eine Böschung und drehte sich in der Folge auf die linke Fahrzeugseite.

Der Lenker und dessen Beifahrerin blieben unverletzt und konnten das Fahrzeug selbständig verlassen. Der andere Lenker begab sich nachträglich in ärztliche Pflege.

Aufgrund der Unfall- und Bergungsarbeiten war der betreffende Strassenabschnitt rund vier Stunden nur wechselseitig befahrbar. Unterstützend stand die Feuerwehr Region Moossee im Einsatz.

### Die Kantonspolizei sucht Zeugen

Zur Klärung der genauen Ereignisse werden Zeugen gesucht. Insbesondere die Lenkerin oder der Lenker des dunklen Autos, das gemäss Aussagen falsch durch die Unterführung fuhr, wird gebeten, sich unter der Telefonnummer +41 31 638 81 11 zu melden.



Nau  
3097 Liebfeld  
0800 81 88 81  
<https://www.nau.ch/>

Medienart: Internet  
Medientyp: Infoseiten  
Page Visits: 13'754'937

Web Ansicht

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94108114  
Ausschnitt Seite: 2/2

News Websites



Kantonspolizei Bern. (Archivbild) - Kantonspolizei Bern



Ein Fahrzeug der Kantonspolizei Bern. (Symbolbild) - keystone

## Zollikofen: Kollision von zwei Autos

27.11.2024

Am Dienstagabend ist es in Zollikofen zu einer Kollision zwischen zwei Fahrzeugen gekommen. Der Verkehr war mehrere Stunden beeinträchtigt. Die Kantonspolizei Bern sucht zur Klärung der Umstände Zeugen.

Am Dienstag, 26. November 2024, kurz nach 23.00 Uhr, wurde der Kantonspolizei Bern ein Verkehrsunfall auf der Zürichstrasse in Zollikofen (Gemeinde Münchenbuchsee) gemeldet.

Gemäss ersten Erkenntnissen war ein Auto auf der Zürichstrasse von Zollikofen in Richtung Moosseedorf unterwegs, befuhr aus noch zu klärenden Gründen eine richtungsgetrennte Unterführung auf der falschen Spur und setzte seine Fahrt fort. Der Lenker eines entgegenkommenden Autos konnte rechtzeitig eine Vollbremsung einleiten und so eine Frontalkollision vermeiden. Ein zweites, ihm nachfolgendes, Auto kollidierte mit dem vorderen Auto, befuhr eine Böschung und drehte sich in der Folge auf die linke Fahrzeugseite. Der Lenker und dessen Beifahrerin blieben unverletzt und konnten das Fahrzeug selbständig verlassen. Der andere Lenker begab sich nachträglich in ärztliche Pflege.

Aufgrund der Unfall- und Bergungsarbeiten war der betreffende Strassenabschnitt rund vier Stunden nur wechselseitig befahrbar. Unterstützend stand die Feuerwehr Region Moossee im Einsatz.

Zur Klärung der genauen Ereignisse werden Zeugen gesucht. Insbesondere die Lenkerin oder der Lenker des dunklen Autos, das gemäss Aussagen falsch durch die Unterführung fuhr, wird gebeten, sich unter der Telefonnummer 031 638 81 11 zu melden.

Mitteilung der Kantonspolizei





Online-Ausgabe

Radio neo1  
3550 Langnau i. E.  
058 817 17 27  
<https://www.neo1.ch/>

Medienart: Internet  
Medientyp: Infoseiten



Web Ansicht

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94108112  
Ausschnitt Seite: 2/2

News Websites

**Bei dieser Unterführung passierte der Unfall (Bild: Google Streetview)**



Wer hat das dunkle Auto gelenkt?

## Vollbremsung führt zu Kollision auf der Zürichstrasse

**Der Verkehr war am Dienstagabend mehrere Stunden beeinträchtigt. Grund dafür war die Kollision zwischen zwei Fahrzeugen, da ein drittes Auto auf falscher Spur durch eine Unterführung gefahren ist. Die Kantonspolizei Bern sucht zur Klärung der Umstände Zeugen.**

**Heute, 16.31 Uhr**

Am Dienstag kurz nach 23.00 Uhr wurde der Kantonspolizei Bern ein Verkehrsunfall auf der Zürichstrasse in Zollikofen (Gemeinde Münchenbuchsee) gemeldet.

Gemäss ersten Erkenntnissen war ein Auto auf der Zürichstrasse von Zollikofen in Richtung Moosseedorf unterwegs, befuhr aus noch zu klärenden Gründen eine richtungsgetrennte Unterführung auf der falschen Spur und setzte seine Fahrt fort. Der Lenker eines entgegenkommenden Autos konnte rechtzeitig eine Vollbremsung einleiten und so eine Frontalkollision vermeiden.

### Nachfolgendes Auto fährt ins vordere rein

Ein zweites ihm nachfolgendes Auto kollidierte mit dem vorderen Auto, befuhr eine Böschung und drehte sich in der Folge auf die linke Fahrzeugseite. Der Fahrer und dessen Beifahrerin blieben unverletzt und konnten das Fahrzeug selbstständig verlassen. Der andere Automobilist begab sich nachträglich in ärztliche Pflege.

Aufgrund der Unfall- und Bergungsarbeiten war der betreffende Strassenabschnitt rund vier Stunden nur wechselseitig befahrbar. Unterstützend stand die Feuerwehr Region Moossee im Einsatz.

### Zeugen gesucht

Zur Klärung der genauen Ereignisse werden Zeugen gesucht. Insbesondere die Fahrerin oder der Fahrer des dunklen Autos, das gemäss Aussagen falsch durch die Unterführung fuhr, wird gebeten, sich unter der Telefonnummer 031 638 81 11 zu melden.



Die Fahrerin oder der Fahrer des dunklen Autos, das gemäss Aussagen falsch durch die Unterführung fuhr, wird gebeten, sich zu melden. Foto: Google Maps



## Zollikofen BE – Verkehr nach Unfall für mehrere Stunden beeinträchtigt

**Am Dienstag kam es in Zollikofen zu einer Kollision zwischen zwei Fahrzeugen. Der Verkehr war mehrere Stunden beeinträchtigt. Die Kantonspolizei Bern sucht zur Klärung der Umstände Zeugen.**

**27.11.2024, Redaktion Polizeiticker Schweiz**

Am Dienstag, 26. November 2024, kurz nach 23.00 Uhr, wurde der Kantonspolizei Bern ein Verkehrsunfall auf der Zürichstrasse in Zollikofen (Gemeinde Münchenbuchsee) gemeldet.

Gemäss ersten Erkenntnissen war ein Auto auf der Zürichstrasse von Zollikofen in Richtung Moosseedorf unterwegs, befuhr aus noch zu klärenden Gründen eine richtungsgetrennte Unterführung auf der falschen Spur und setzte seine Fahrt fort. Der Lenker eines entgegenkommenden Autos konnte rechtzeitig eine Vollbremsung einleiten und so eine Frontalkollision vermeiden.

Ein zweites, ihm nachfolgendes, Auto kollidierte mit dem vorderen Auto, befuhr eine Böschung und drehte sich in der Folge auf die linke Fahrzeugseite. Der Lenker und dessen Beifahrerin blieben unverletzt und konnten das Fahrzeug selbständig verlassen. Der andere Lenker begab sich nachträglich in ärztliche Pflege.

Aufgrund der Unfall- und Bergungsarbeiten war der betreffende Strassenabschnitt rund vier Stunden nur wechselseitig befahrbar. Unterstützend stand die Feuerwehr Region Moossee im Einsatz.

Zeugenaufruf:

Zur Klärung der genauen Ereignisse werden Zeugen gesucht. Insbesondere die Lenkerin oder der Lenker des dunklen Autos, das gemäss Aussagen falsch durch die Unterführung fuhr, wird gebeten, sich unter der Telefonnummer +41 31 638 81 11 zu melden.

Quelle der Polizeinachricht: Kapo BE



Unfall (Symbolbild) (Bildquelle: Polizei)



## FDP – «Hauptstadt»-Brief #395

**Dienstag, 26. November 2024 – die Themen: Wahlen Bern und Aussengemeinden; Marieke Kruit; neue Nationalrät\*innen; Wahl- und Abstimmungsfinanzierung; Immunität Regierungsrat; Bernmobil; Fussball.**

**26. November 2024, Andrea von Däniken**

Am Sonntagabend geht es bei Florence Pärli (FDP) Schlag auf Schlag. Erst wird sie knapp nicht in den Gemeinderat gewählt. Und um 00:15 Uhr wird klar, dass sie auch für den Stadtrat nicht wiedergewählt ist. Die Jungfreisinnige Partei, für die Pärli kandidiert hat, verliert ihren einzigen Sitz. 60 Stimmen mehr hätte die Liste gebraucht.

Pärli hat es ein bisschen kommen sehen. Das Ergebnis der städtischen Budgetabstimmung habe der Kampagne «den Boden unter den Füßen weggezogen», sagt sie. Eine so klare Annahme mit 65,5 Prozent zeige, dass die FDP und das Mitte-Rechts Bündnis «Meh Farb für Bärn!» zu wenig gut mobilisiert habe, sagt Pärli. Noch letztes Jahr habe die Zustimmung zum Budget 2024 rund 10 Prozent weniger betragen, obschon es auch damals bereits tiefrot war.

Dass es zwei Mal um so wenige Stimmen ging, tue weh.

Die Juristin, die bei der Steuerverwaltung des Kantons Solothurn arbeitet, ist zwar enttäuscht, wie sie mir am Tag danach am Telefon sagt, sie sehe sich und ihre Partei aber nicht als Verliererin. Die FDP hat mit 9,5 Prozent ihren Stimmenanteil im Stadtrat halten können – zwar verliert die Jungpartei ihren Sitz, aber die Mutterpartei hat einen Sitz gewonnen. Knapp 10 Prozent Stimmanteil sei in der rot-grünen Stadt Bern nicht selbstverständlich und zeige, dass «eine urbane FDP wählbar» sei, findet Pärli.

Für sie ist das Kapitel Stadtrat beendet. Dort hinterlässt sie eine Lücke. Gerade in Finanzfragen brachte die 34-Jährige frischen Wind und Kompetenz ins Stadtparlament.

Wahlen: Die Stadt Bern hat gewählt. Und sie ist nun noch linker als zuvor: Im Gemeinderat sind (nach Anzahl Stimmen): Marieke Kruit (SP), Ursina Anderegg (GB), Matthias Aebischer (SP), Alec von Graffenried (GFL) und Melanie Mettler (GLP). Auch das Berner Stadtparlament hat links zugelegt: SP/Juso haben ihren Stimmenanteil von 27,5 auf 32,6 Prozent erhöht – auf Kosten von Linksaussen (Alternative Linke verliert einen Sitz), GFL (verliert den Sitz von Co-Präsident Matthias Humbel) und GLP/JGLP (verlieren zwei Sitze). Innerhalb des bürgerlichen Lagers bleibt es insgesamt stabil. Die Wahlbeteiligung beträgt 50 Prozent. Wir waren am Sonntag im Rathaus vor Ort und haben dir die wichtigsten Ergebnisse anhand von sechs Bildern kompakt zusammengefasst.

Stapi in spe: Marieke Kruit hat mit 46,5 Prozent den mit Abstand grössten Stimmenanteil für das Stadtpräsidium erhalten. Weil niemand das absolute Mehr von über 50 Prozent erreicht hat, gibt es am 12. Januar einen zweiten Wahlgang – sofern überhaupt noch jemand gegen sie antritt. Der Entscheid fällt in diesen Tagen. Die Wahrscheinlichkeit, dass Marieke Kruit ab 2025 Berns Stadtpräsidentin wird, ist aber hoch. Sehr hoch. Wer ist die Frau, die so gut gewählt wurde? Die sich als SPlerin gut mit den Wirtschaftsverbänden versteht? Und die sich – stets gut vorbereitet – kaum einen Fauxpas leistet? Die «Hauptstadt»-Redaktion hat die erste Frau, die wohl Berns Stadtpräsidentin wird, porträtiert.

Wahlen Aussengemeinden: Gewählt wurde an diesem Wochenende auch in sieben Gemeinden der Agglomeration Bern: Bolligen, Ittigen, Kehrsatz, Moosseedorf, Muri, Münchenbuchsee und Zollikofen. Richtig spannend wurde es in Ittigen: Im zweiten Wahlgang um das Gemeindepräsidium gewann Thomas Stauffer von der dominanten Bürgervereinigung Ittigen (BVI) gegen René Hug (SP) mit dem hauchdünnen Vorsprung von nur 33 Stimmen. Die weiteren Resultate findest du im Überblick der Agglo-Gemeinden.

Neue Nationalrät\*innen: Matthias Aebischer (SP) und Melanie Metter (GLP) sind in den Berner Gemeinderat gewählt. Beide sind auch Nationalrät\*innen und geben ihr Amt nach der Wintersession ab. Für Matthias Aebischer



rutscht der ehemalige Fernsehmoderator Ueli Schmezer nach. Fabienne Stämpfli aus Oberhofen ersetzt Melanie Mettler.

**Transparenz:** Der Grosse Rat hat strengere Regeln für die Finanzierung von Wahlen und Abstimmungen erarbeitet. Künftig müssen Zuwendungen offengelegt werden, die in den zwölf Monaten vor einer Wahl oder Abstimmung erfolgt sind und einen Wert von 9'000 Franken übersteigen. Wer vorsätzlich gegen die neue Transparenzpflicht verstösst, wird allerdings nicht gebüsst. Wie stark eine fehlbare Transparenz ins Gewicht fällt, solle letztendlich die Stimmbevölkerung und nicht die Justiz entscheiden. Das Gesetz tritt Ende März 2025 in Kraft, wie die Nachrichtenagentur SDA schreibt.

**Immunität:** Regierungsrat Pierre Alain Schnegg (SVP) hat im Frühsommer in den Tamedia-Zeitungen Aussagen gemacht, für die er wegen Verletzung der Antirassismus-Strafnorm angezeigt wurde. Weil im Kanton Bern der Regierungsrat Immunität geniesst, müsste das Kantonsparlament die Staatsanwaltschaft ermächtigen, die Ermittlungen aufzunehmen. Am Montag hat der Grosse Rat gegen die Aufhebung der Immunität von Schnegg gestimmt, schreibt die Nachrichtenagentur SDA. Somit kann die Staatsanwaltschaft nicht mit den Ermittlungen starten.

**Bernmobil:** Die städtischen Verkehrsbetriebe haben sich gestern für das Schneechaos und die Ausfälle von Bus- und Tramlinien am letzten Donnerstag und Freitag entschuldigt. Und erklärt, die Autos hätten den Schnee so fest auf die Strassen gepresst, dass sich eine harte Schnee- oder Eisdecke bildete, die teilweise Gleise und Weichen zudeckte. So habe sich die Wiederaufnahme des Betriebs erheblich verzögert.

**Fussball:** Es läuft nicht so gut bei YB. Die Frauen sind am Samstag mit 0:4 Servette unterlegen. Sie bleiben somit in der Tabelle der Women's Super League auf dem vierten Platz. Die Männer spielen morgen im Wankdorfstadion ihr fünftes von acht Spielen in den Playoffs der Champions League. Um 21 Uhr gegen Atalanta Bergamo. YB liegt in der Champions League auf Platz 34 von 36.

**PS:** Warst du auch schon im Theater und hast dich bereits vor der Vorstellung gefragt, wie lange es gehen wird? Oder sind während der Vorstellung deine Gedanken abgeschweift und du hast darüber nachgedacht, dass du noch eine Mail beantworten musst? Ich fühlte mich sehr ertappt, als diese Fragen im Stück Bühnenbeschimpfung aufgeworfen wurden. Die Produktion befasst sich mit den herrschenden Strukturen und Machtverhältnissen, Publikum und Widerstand im Theater. Aber letztlich ist sie auch eine humorvolle Liebeserklärung an das Theater. Heute Abend gibt es wieder eine Vorstellung. Um 19.30 Uhr in der Vidmar 2.



## Autobahnen werden nicht ausgebaut

**Der Bund muss auf den Ausbau von sechs Schweizer Autobahnteilstücken verzichten. Das Stimmvolk hat an der Urne fünf Ausbauprojekte in der Deutschschweiz und ein Projekt in der Romandie mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 52,7 Prozent abgelehnt.**

24.11.2024 17:12, sda/ats

Gemäss den Ergebnissen aus den Kantonen sagten rund 1'316'500 Stimmende Nein zum Bundesbeschluss über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen. Rund 1'181'600 Stimmende befürworteten ihn. Die Stimmbeteiligung lag bei rund 45 Prozent.

Nicht realisiert werden kann damit der Ausbau der A1 zwischen Bern-Wankdorf und Schönbühl BE auf acht Spuren und zwischen Schönbühl und Kirchberg BE auf sechs Spuren. In der Westschweiz wird es keinen Ausbau der A1 zwischen Le Vengeron GE und Nyon VD auf sechs Spuren geben.

Ebenfalls vom Tisch sind der Bau einer dritten Röhre des Rosenberg隧nels der A1 bei St. Gallen und einer zweiten Röhre des Fäsenstaubtunnels der A4 in Schaffhausen. Im Raum Basel wird die A2-Osttangente nicht mit einem neuen Rheintunnel zwischen Birsfelden BL und Kleinhüningen vom Durchgangsverkehr entlastet. Der Bund wollte für die sechs Projekte 4,9 Milliarden Franken ausgeben.

### Die Frauen entschieden

Ja sagten die Kantone Solothurn, Aargau, Basel-Landschaft, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen, die beiden Appenzell, Thurgau, Schaffhausen und Zug, alle anderen sagten Nein. Nein sagten auch die von den Projekten direkt betroffenen Städte Basel, Schaffhausen, St. Gallen und Nyon VD sowie die Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl (alle Kanton Bern).

Für das Resultat wichtiger als regionale Unterschiede war aber laut Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs.bern das Geschlecht: «Frauen haben heute entschieden», sagte er am Sonntag im Schweizer Fernsehen SRF, gestützt auf Umfrageresultate von Anfang November.

Die von gfs.bern Mitte November präsentierten Umfrageergebnisse besagten, dass nur 38 Prozent der Frauen Ja oder eher Ja sagen wollten zum Autobahnausbau, während es bei den Männern 56 Prozent waren. «Die Umweltfrage gewichtet bei den Frauen mehr», so Golder.

### «Historischer Erfolg» für Gegner

Am Sonntagabend jubelte das Nein-Lager, zu dem der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Organisation Umverkehr, weitere Umweltorganisationen und die Grünen, die SP und die GLP gehören. Die Grünen sprachen von einem "historischen Erfolg für die Verkehrswende". Der Autobahnausbau wäre übertrieben, überholt und übersteuert gewesen.

SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer interpretierte das Resultat als Votum für mehr Klimaschutz. Der Aargauer GLP-Nationalrat Beat Flach sagte, es brauche nicht mehr Teer, sondern intelligente Lösungen.

Die Befürworter hingegen sagten, auf den Nationalstrassen werde es jetzt noch mehr Stau geben. Das bedeute für die Wirtschaft und das Gewerbe spätere Lieferungen und steigende Kosten, so beispielsweise der Aargauer SVP-Nationalrat und Transport-Unternehmer Benjamin Giezendanner. Der Bund gab die Zahl der Staustunden auf Nationalstrassen im Jahr 2023 mit 48'000 an.

Das Abstimmungsresultat bedeutet die erste Abstimmungsniederlage für Bundesrat Albert Rösti. Der Verkehrsminister sagte am Sonntagabend, die Landesregierung sehe drei Gründe für das Nein: Das Gesamtpaket



mit sechs Ausbauprojekten sei überladen gewesen. Weiter sei es nicht gelungen, weitab von den betroffenen Regionen den Nutzen des Ausbaus für die Gesamtschweiz zu vermitteln.

Zudem hätten die Diskussionen um den Finanzhaushalt des Bundes einige wachstumskritische Stimmbürgerinnen und -bürger von einem Ja zum Nationalstrassenausbau abgehalten.

Forderungen nach Umnutzung der Strassengelder Nach dem Volksnein verlangten die Sieger mehr Geld für den öffentlichen Verkehr und für Velowege sowie für Klimaschutz. Die SVP hingegen forderte, das für die sechs Projekte vorgesehene Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) müsse den Autofahrern zugute kommen. Die Mineralölsteuer sei deshalb sofort zu senken.

SVP-Bundesrat Röstli winkte vor den Medien aber ab: In den nächsten Jahren würden Nationalstrassenausbauprojekte verwirklicht. «Diese kosten entsprechend den heutigen Einnahmen der Mineralölsteuer.» Die an der Urne abgelehnten Projekte wären erst ab 2033 umgesetzt worden.



Die Abstimmung zum Ausbau der Autobahnen wurde abgelehnt.pixabay



Online-Ausgabe

Berner Zeitung  
3001 Bern  
031/ 330 31 33  
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 1'176'000  
Page Visits: 3'858'100

Web Ansicht

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94069639  
Ausschnitt Seite: 1/2

News Websites

Abstimmung im Kanton Bern

## Sieben von zehn Verwaltungskreisen gegen Autobahn-Ausbau

**Rund 57 Prozent der Berner Stimmbevölkerung haben zur Vorlage für den Ausbau der Nationalstrassen ein Nein in die Urne gelegt.**

Publiziert heute um 17:31 Uhr

Auch der Kanton Bern hat Nein gesagt zum Ausbau der Nationalstrassen. 57 Prozent der Stimmenden lehnten die Vorlage ab, wie die Staatskanzlei am Sonntag mitteilte.

Die Vorlage wurde in sieben von zehn Verwaltungskreisen bachab geschickt. Eine Ja-Mehrheit fand sich lediglich im Seeland, in Frutigen-Niedersimmental und in Obersimmental-Saanen.

Am deutlichsten abgelehnt wurde der Autobahn-Ausbau im vom Grauholz-Ausbau betroffenen Verwaltungskreis Bern-Mittelland (61,8 Prozent Nein-Stimmen) sowie in Biel (60,3 Prozent) und im Berner Jura (60,2).

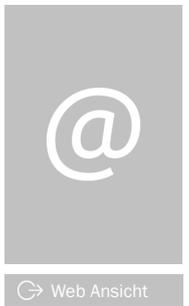
In der Stadt Bern stimmten fast drei Viertel gegen die Vorlage (74,7 Prozent). In den Grauholz-Gemeinden Ittigen, Mooseedorf und Urtenen-Schönbühl waren es zwischen 58 und 60 Prozent.

### Gegner wollen weitere Projekte stoppen

Die Berner Allianz gegen den Ausbau der Autobahnen freute sich über das Abstimmungsergebnis, wie aus einem Communiqué hervorging. Nun müssten weitere hängige Projekte unverzüglich sistiert werden: Der Ausbau Anschluss Wankdorf, der Sechsspur-Ausbau Muri-Rubigen und der Ausbau Felsenau-Viadukt.

Der Kanton Bern müsse seine Unterstützung für diese Projekte aufgeben, ebenso für den zusätzlich regional geforderten Halbanschluss Grauholz. Einzig die Planung des Bypass Bern-Ost sei weiterzuführen, aber in reduziertem Umfang.

Ein Tunnel zwischen Wankdorf und Muri ermögliche die Stadtreparatur, die geplanten zwei zusätzlichen Fahrspuren seien dafür aber nicht nötig. Zur Allianz gehören unter anderem der VCS, der WWF, Pro Velo, der Verein Spurwechsel sowie SP, Grüne, GLP und EVP.



Online-Ausgabe

Berner Zeitung  
3001 Bern  
031/ 330 31 33  
https://www.bernerzeitung.ch/

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 1'176'000  
Page Visits: 3'858'100

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94069639  
Ausschnitt Seite: 2/2

News Websites



Keine acht Spuren im Grauholz: Das Berner Stimmvolk spricht sich gegen einen Autobahn-Ausbau aus. Foto: Marcel Bieri

**BZ**

Gesprächsstoff - Berner Podcast von BZ und Der Bund | EP88

## Migros schafft Rabatt für SeniorInnen ab

**Gesprächsstoff**

PRIVACY SHARE SUBSCRIBE

E88	<b>Migros schafft Rabatt für SeniorInnen ab</b>	20:21
E86	<b>Wie Berner Popmusikschaffende (über)leben</b>	28:05
E85	<b>Berns Millionen-Bauprojekte trotz Schulden</b>	29:16

Abonnieren Sie den Podcast auf [Spotify ↗](#), [Apple Podcasts ↗](#) oder in jeder gängigen Podcast-App.



Online-Ausgabe DE

Bluewin - blue News  
8604 Volketswil  
079 870 88 47  
<https://bluewin.ch/>

Medienart: Internet  
Medientyp: Infoseiten  
UUpM: 1'542'080  
Page Visits: 29'975'500



Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94069638  
Ausschnitt Seite: 1/2

News Websites

## Sieben von zehn Berner Verwaltungskreisen gegen Autobahn-Ausbau

**Auch der Kanton Bern hat Nein gesagt zum Ausbau der Nationalstrassen. 57 Prozent der Stimmenden lehnten die Vorlage ab, wie die Staatskanzlei am Sonntag mitteilte.**

**24.11.2024**

Die Vorlage wurde in sieben von zehn Verwaltungskreisen bachab geschickt. Eine Ja-Mehrheit fand sich lediglich im Seeland, in Frutigen-Niedersimmental und in Obersimmental-Saanen.

Am deutlichsten abgelehnt wurde der Autobahn-Ausbau im vom Grauholz-Ausbau betroffenen Verwaltungskreis Bern-Mittelland (61,8 Prozent Nein-Stimmen) sowie in Biel (60,3 Prozent) und im Berner Jura (60,2).

In der Stadt Bern stimmten fast drei Viertel gegen die Vorlage (74,7 Prozent). In den Grauholz-Gemeinden Ittigen, Mooseedorf und Urtenen-Schönbühl waren es zwischen 58 und 60 Prozent.

### Gegner wollen weitere Projekte stoppen

Die Berner Allianz gegen den Ausbau der Autobahnen freute sich über das Abstimmungsergebnis, wie aus einem Communiqué hervorging. Nun müssten weitere hängige Projekte unverzüglich sistiert werden: Der Ausbau Anschluss Wankdorf, der Sechsspur-Ausbau Muri-Rubigen und der Ausbau Felsenau-Viadukt.

Der Kanton Bern müsse seine Unterstützung für diese Projekte aufgeben, ebenso für den zusätzlich regional geforderten Halbanschluss Grauholz. Einzig die Planung des Bypass Bern-Ost sei weiterzuführen, aber in reduziertem Umfang.

Ein Tunnel zwischen Wankdorf und Muri ermögliche die Stadtrenatur, die geplanten zwei zusätzlichen Fahrspuren seien dafür aber nicht nötig. Zur Allianz gehören unter anderem der VCS, der WWF, Pro Velo, der Verein Spurwechsel sowie SP, Grüne, GLP und EVP.

zc, sda



Online-Ausgabe DE

Bluewin - blue News  
8604 Volketswil  
079 870 88 47  
<https://bluewin.ch/>

Medienart: Internet  
Medientyp: Infoseiten  
UUpM: 1'542'080  
Page Visits: 29'975'500



Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94069638  
Ausschnitt Seite: 2/2

News Websites



Die Grauholz-Autobahn bei Bern. (Archivbild)  
Keystone



## Schweizer Stimmvolk stoppt Autobahn-Ausbaupläne des Bundes

**Der Bund muss auf den Ausbau von sechs Schweizer Autobahnabschnitten verzichten. Das Stimmvolk hat an der Urne fünf Ausbauprojekte in der Deutschschweiz und ein Projekt in der Romandie mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 52,7 Prozent abgelehnt.**

**2024-11-24**

Gemäss den Ergebnissen aus den Kantonen sagten rund 1'316'500 Stimmende Nein zum Bundesbeschluss über den Ausbauschritt 2023 für die Nationalstrassen. Rund 1'181'600 Stimmende befürworteten ihn. Die Stimmbeteiligung lag bei rund 45 Prozent.

Nicht realisiert werden kann damit der Ausbau der A1 zwischen Bern-Wankdorf und Schönbühl BE auf acht Spuren und zwischen Schönbühl und Kirchberg BE auf sechs Spuren. In der Westschweiz wird es keinen Ausbau der A1 zwischen Le Vengeron GE und Nyon VD auf sechs Spuren geben.

Ebenfalls vom Tisch sind der Bau einer dritten Röhre des Rosenberg隧nels der A1 bei St. Gallen und einer zweiten Röhre des Fäsenstaubtunnels der A4 in Schaffhausen. Im Raum Basel wird die A2-Osttangente nicht mit einem neuen Rheintunnel zwischen Birsfelden BL und Kleinhüningen vom Durchgangsverkehr entlastet. Der Bund wollte für die sechs Projekte 4,9 Milliarden Franken ausgeben.

Ja sagten die Kantone Solothurn, Aargau, Basel-Landschaft, Nidwalden, Schwyz, St. Gallen, die beiden Appenzell, Thurgau, Schaffhausen und Zug, alle anderen sagten Nein. Nein sagten auch die von den Projekten direkt betroffenen Städte Basel, Schaffhausen, St. Gallen und Nyon VD sowie die Grauholz-Gemeinden Ittigen, Moosseedorf und Urtenen-Schönbühl (alle Kanton Bern).

Für das Resultat wichtiger als regionale Unterschiede war aber laut Lukas Golder vom Forschungsinstitut gfs.bern das Geschlecht: «Frauen haben heute entschieden», sagte er am Sonntag im Schweizer Fernsehen SRF, gestützt auf Umfrageresultate von Anfang November.

Die von gfs.bern Mitte November präsentierten Umfrageergebnisse besagten, dass nur 38 Prozent der Frauen Ja oder eher Ja sagen wollten zum Autobahnausbau, während es bei den Männern 56 Prozent waren. «Die Umweltfrage gewichtet bei den Frauen mehr», so Golder.

Am Sonntagabend jubelte das Nein-Lager, zu dem der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), die Organisation Umverkehr, weitere Umweltorganisationen und die Grünen, die SP und die GLP gehören. Die Grünen sprachen von einem «historischen Erfolg für die Verkehrswende». Der Autobahnausbau wäre übertrieben, überholt und übersteuert gewesen.

SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer interpretierte das Resultat als Votum für mehr Klimaschutz. Der Aargauer GLP-Nationalrat Beat Flach sagte, es brauche nicht mehr Teer, sondern intelligente Lösungen.

Die Befürworter hingegen sagten, auf den Nationalstrassen werde es jetzt noch mehr Stau geben. Das bedeute für die Wirtschaft und das Gewerbe spätere Lieferungen und steigende Kosten, so beispielsweise der Aargauer SVP-Nationalrat und Transport-Unternehmer Benjamin Giezendanner. Der Bund gab die Zahl der Staustunden auf Nationalstrassen im Jahr 2023 mit 48'000 an.

Das Abstimmungsresultat bedeutet die erste Abstimmungsniederlage für Bundesrat Albert Rösti. Der Verkehrsminister sagte am Sonntagabend, die Landesregierung sehe drei Gründe für das Nein: Das Gesamtpaket mit sechs Ausbauprojekten sei überladen gewesen. Weiter sei es nicht gelungen, weitab von den betroffenen Regionen den Nutzen des Ausbaus für die Gesamtschweiz zu vermitteln.



cash  
8021 Zürich  
044/ 436 77 11  
<https://cash.ch/>

Medienart: Internet  
Medientyp: Infoseiten  
UUpM: 1'344'000  
Page Visits: 5'139'100



Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94069642  
Ausschnitt Seite: 2/2

Zudem hätten die Diskussionen um den Finanzhaushalt des Bundes einige wachstumskritische Stimmbürgerinnen und -bürger von einem Ja zum Nationalstrassenausbau abgehalten.

Nach dem Volksnein verlangten die Sieger mehr Geld für den öffentlichen Verkehr und für Velowege sowie für Klimaschutz. Die SVP hingegen forderte, das für die sechs Projekte vorgesehene Geld aus dem Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) müsse den Autofahrern zugute kommen. Die Mineralölsteuer sei deshalb sofort zu senken.

SVP-Bundesrat Röstli winkte vor den Medien aber ab: In den nächsten Jahren würden Nationalstrassenausbauprojekte verwirklicht. «Diese kosten entsprechend den heutigen Einnahmen der Mineralölsteuer.» Die an der Urne abgelehnten Projekte wären erst ab 2033 umgesetzt worden.

(AWP)



Abstimmung im Kanton Bern

## Sieben von zehn Verwaltungskreisen gegen Autobahn-Ausbau

**Rund 57 Prozent der Berner Stimmbevölkerung haben zur Vorlage für den Ausbau der Nationalstrassen ein Nein in die Urne gelegt.**

**Publiziert heute um 17:31 Uhr**

Auch der Kanton Bern hat Nein gesagt zum Ausbau der Nationalstrassen. 57 Prozent der Stimmenden lehnten die Vorlage ab, wie die Staatskanzlei am Sonntag mitteilte.

Die Vorlage wurde in sieben von zehn Verwaltungskreisen bachab geschickt. Eine Ja-Mehrheit fand sich lediglich im Seeland, in Frutigen-Niedersimmental und in Obersimmental-Saanen.

Am deutlichsten abgelehnt wurde der Autobahn-Ausbau im vom Grauholz-Ausbau betroffenen Verwaltungskreis Bern-Mittelland (61,8 Prozent Nein-Stimmen) sowie in Biel (60,3 Prozent) und im Berner Jura (60,2).

In der Stadt Bern stimmten fast drei Viertel gegen die Vorlage (74,7 Prozent). In den Grauholz-Gemeinden Ittigen, Mooseedorf und Urtenen-Schönbühl waren es zwischen 58 und 60 Prozent.

### Gegner wollen weitere Projekte stoppen

Die Berner Allianz gegen den Ausbau der Autobahnen freute sich über das Abstimmungsergebnis, wie aus einem Communiqué hervorging. Nun müssten weitere hängige Projekte unverzüglich sistiert werden: Der Ausbau Anschluss Wankdorf, der Sechsspur-Ausbau Muri-Rubigen und der Ausbau Felsenau-Viadukt.

Der Kanton Bern müsse seine Unterstützung für diese Projekte aufgeben, ebenso für den zusätzlich regional geforderten Halbanschluss Grauholz. Einzig die Planung des Bypass Bern-Ost sei weiterzuführen, aber in reduziertem Umfang.

Ein Tunnel zwischen Wankdorf und Muri ermögliche die Stadtreparatur, die geplanten zwei zusätzlichen Fahrspuren seien dafür aber nicht nötig. Zur Allianz gehören unter anderem der VCS, der WWF, Pro Velo, der Verein Spurwechsel sowie SP, Grüne, GLP und EVP.



Online - Ausgabe

Der Bund  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
https://www.derbund.ch/

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 825'000  
Page Visits: 2'448'400

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94069640  
Ausschnitt Seite: 2/2

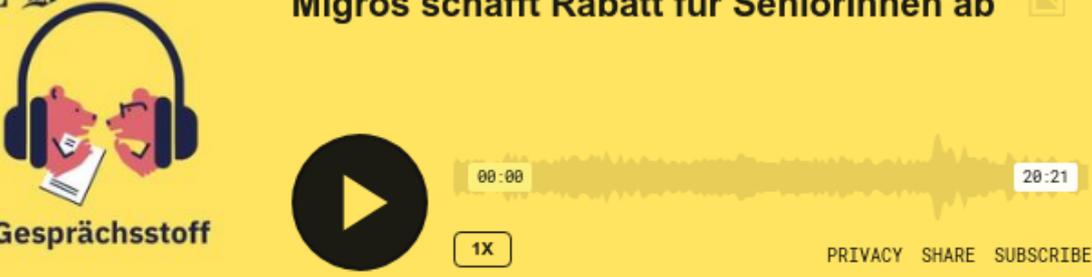
News Websites



Keine acht Spuren im Grauholz: Das Berner Stimmvolk spricht sich gegen einen Autobahn-Ausbau aus. Foto: Marcel Bieri

**BZ**  Gesprächsstoff - Berner Podcast von BZ und Der Bund | EP88

## Migros schafft Rabatt für SeniorInnen ab



**Gesprächsstoff** PRIVACY SHARE SUBSCRIBE

E88	<b>Migros schafft Rabatt für SeniorInnen ab</b>	20:21
E86	<b>Wie Berner Popmuskschaffende (über)leben</b>	28:05
E85	<b>Berns Millionen-Bauprojekte trotz Schulden</b>	29:16

Abonnieren Sie den Podcast auf [Spotify ↗](#), [Apple Podcasts ↗](#) oder in jeder gängigen Podcast-App.



Wahlen in Moosseedorf

## Die SP holt einen dritten Sitz auf Kosten der Freien Ortspartei

**Die SP schliesst in Gemeinderat zur SVP auf. Sechs von sieben Bisherigen sind wiedergewählt.**

Publiziert heute um 16:05 Uhr, Hans Ulrich Schaad

Alle sieben Gemeinderatsmitglieder traten in Moosseedorf zur Wiederwahl an. Nur sechs von ihnen dürfen ab nächstem Jahr weiterregieren. Die Freie Ortspartei (FOM) verliert einen ihrer beiden Sitze an die SP, die mit neu drei Sitzen zur SVP aufschliesst.

Die FOM ist bei den Wähleranteilen regelrecht eingebrochen. Sowohl bei den Wahlen von 2016 als auch denjenigen von 2020 lag der Anteil bei über 25 Prozent. Nun sind es noch knapp 16 Prozent. Den Freien Wählern half auch nichts, dass sie eine Listenverbindung mit der Allianz der Mitte, bestehend aus FDP und Grünliberalen, eingegangen waren. Das Restmandat ging deutlich an die Sozialdemokraten.

Auch die Allianz der Mitte kam nur auf einen Wähleranteil von 7,4 Prozent. Vor vier Jahren waren es mit zwei separaten Listen insgesamt 9,5 Prozent gewesen.

Die Stimmbeteiligung lag heuer mit 43 Prozent leicht tiefer als 2020 (44,9 Prozent).

### Nationale Vorlagen haben geholfen

Die SP befindet sich in Moosseedorf im Steigflug. Vor acht Jahren musste sich die Partei noch mit einem Sitz begnügen, vor vier Jahren kam der zweite dazu. Im Vorfeld war SP-Präsidentin Louise Lätt davon ausgegangen, dass alle Bisherigen bestätigt würden.

«Mit dem dritten Sitz hätten wir nie gerechnet», freut sich Louise Lätt am Sonntagnachmittag. Möglicherweise hätten die nationalen Abstimmungen eine Rolle gespielt, die mit dem Autobahnausbau und den Mietrechtsvorlagen linke Wähler mobilisiert hätten.

### Nur eine halbe Legislatur im Rat

Auch Peter Hochreutener (FOM), der die Wiederwahl verpasste, glaubt, dass die nationalen Vorlagen der SP geholfen und ihr viele Stimmen gebracht haben. Er selber nehme das Resultat nicht persönlich. Der Finanzfachmann rutschte in der Mitte der letzten Legislatur in den Rat nach.

Hochreutener will die Rolle der FOM, die nun zwischen den Polparteien SVP und SP das Zünglein an der Waage spielen könnte, nicht überbewerten. In Moosseedorf werde Sach- und nicht Parteipolitik betrieben. Die Zusammenarbeit im Rat sei sehr gut. Mit sechs Bisherigen ändere sich an der Ausrichtung nicht viel.

Drei Sitze gehalten, Wähleranteil gesteigert: «Ziel erreicht», kann SVP-Präsident Martin Häberli bilanzieren. Er bedauert, dass Peter Hochreutener die Wiederwahl nicht geschafft hat. Vielleicht habe die Listenverbindung mit der Allianz der Mitte der Freien Ortspartei fast mehr geschadet als genutzt.

Gemeinderat, gewählt: Michael Utiger (SVP, bisher), 898 Stimmen; Christa Kolden-Baumgartner (SP, bisher), 836; Stefan Meier (SP, bisher), 814; Martin Häberli (SVP, bisher), 751; Thomas Bütikofer (SVP, bisher), 700; Simon Ender (SP, neu), 681; Barbara Pulfer (FOM, bisher), 407. Gemeinderat, nicht gewählt: SVP: Simon Bigler, 458 Stimmen; SP: Beat Eckstein, 335. FOM: Peter Hochreutener (bisher), 364; Daniel Stadelmann, 217; Monika Schwitz, 138. Allianz der Mitte: Roland Lüthi (GLP), 206; Michael Krähenbühl (FDP), 148; Marc Weiss (FDP), 89; Alfred Dürst (GLP), 41.



Online - Ausgabe

Der Bund  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
<https://www.derbund.ch/>

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 825'000  
Page Visits: 2'448'400

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94069644  
Ausschnitt Seite: 2/6

News Websites



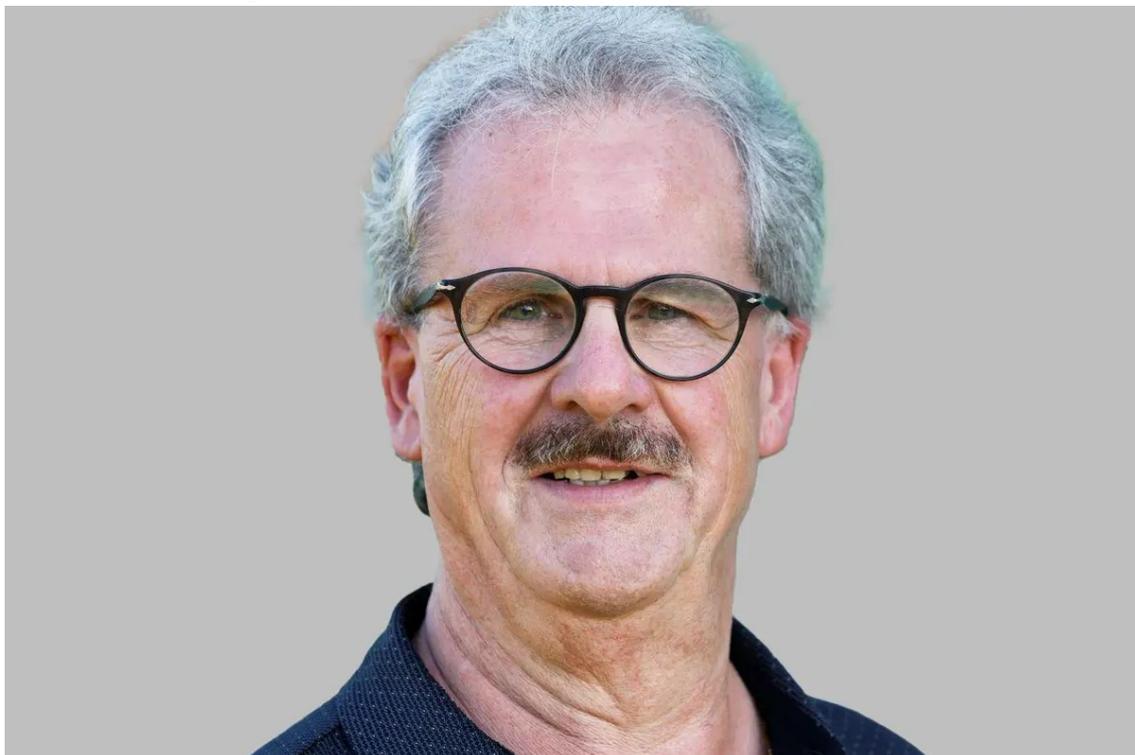
In Moosseedorf gibt in den nächsten Jahren ein leicht veränderter Gemeinderat die Richtung vor. Archivfoto: Nicole Philipp



Michael Utiger (bisher), SVP, 898 Stimmen. Foto: pd



Christa Kolden-Baumgartner (bisher), SP, 836 Stimmen.Foto: pd



Stefan Meier (bisher), SP, 814 Stimmen. Als Gemeindepräsidenten still gewählt.Foto: pd



Online - Ausgabe

Der Bund  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
<https://www.derbund.ch/>

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 825'000  
Page Visits: 2'448'400

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94069644  
Ausschnitt Seite: 4/6

News Websites



**Martin Häberli (bisher), SVP, 751 Stimmen.Foto: pd**



**Thomas Bütikofer (bisher), SVP, 700 Stimmen.Foto: pd**



Simon Endes (neu), SP, 681 Stimmen.Foto: pd



Barbara Pulfer (bisher), FOM, 407 Stimmen.Foto: pd



Online - Ausgabe

Der Bund  
3001 Bern  
031/ 385 11 11  
<https://www.derbund.ch/>

Medienart: Internet  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
UUpM: 825'000  
Page Visits: 2'448'400

Auftrag: 1084658  
Themen-Nr.: 862.006

Referenz: 94069644  
Ausschnitt Seite: 6/6

News Websites

BZ  Gesprächsstoff - Berner Podcast von BZ und Der Bund | EP88

## Migros schafft Rabatt für SeniorInnen ab





00:00  20:21

1X

PRIVACY SHARE SUBSCRIBE

E88	<b>Migros schafft Rabatt für SeniorInnen ab</b>	20:21
E86	<b>Wie Berner Popmusikschaffende (über)leben</b>	28:05
E85	<b>Berns Millionen-Bauprojekte trotz Schulden</b>	29:16

Abonnieren Sie den Podcast auf [Spotify ↗](#), [Apple Podcasts ↗](#) oder in jeder gängigen Podcast-App.



Abstimmungen und Wahlen

# Endresultat: Nein zu Autobahnen und Mietrechtsvorlagen, Efas-Ja

2024-11-24,

## Ausbau Autobahnen

JA 47.3%

JA

47.3%

NEIN 52.7%

NEIN

52.7%

Resultat

## Finanzierung Gesundheitswesen

JA 53.3%

JA

53.3%

NEIN 46.7%

NEIN

46.7%

Resultat

## Mietrecht Untermiete

JA 48.4%

JA

48.4%

NEIN 51.6%

NEIN

51.6%

Resultat



## Mietrecht Eigenbedarf

JA 46.2%

JA

46.2%

NEIN 53.8%

NEIN

53.8%

## Resultat

Die Schweizer Stimmbevölkerung entscheidet am Abstimmungssonntag über Referenden zur Finanzierung des Gesundheitswesens, zum Mietrecht (Eigenbedarf/Untermiete) und zum Ausbau der Autobahnen.

Die neuste SRG-Hochrechnung zeigt: Der Ausbau der Autobahnen (52.7 % Nein) sowie die beiden Mietrechtsvorlagen (Eigenbedarf, 53.8 % Nein) und Untermiete, 51.6 % Nein) sind gescheitert. Angenommen wird hingegen die einheitliche Finanzierung des Gesundheitswesens (Efas, 53.3 % Ja).

Der Kanton Aargau versenkt das Stimmrechtsalter 16. In Biel steht erstmals eine Frau dem Präsidium vor und die Stadt Zürich lehnt «Tschüss Genderstern»-Initiative ab.

Eine Übersicht über die Vorlagen und Resultate finden sie hier.

Einen Livestream des Abstimmungsstudios von SRF 1 finden Sie in diesem Artikel.

Live seit 24.11.2024, 10:30 Uhr

17:00 Uhr Deutliche Ablehnung der Autobahn-Vorlage im Kanton Bern Auch der Kanton Bern hat Nein gesagt zum Ausbau der Nationalstrassen – gleich 57 Prozent der Stimmenden lehnten die Vorlage ab, wie die Staatskanzlei mitteilte. Die Vorlage wurde in sieben von zehn Verwaltungskreisen bachab geschickt. Eine Ja-Mehrheit fand sich lediglich im Seeland, in Frutigen-Niedersimmental und in Obersimmental-Saanen. Am deutlichsten abgelehnt wurde der Autobahn-Ausbau im vom Grauholz-Ausbau betroffenen Verwaltungskreis Bern-Mittelland (61.8 Prozent Nein-Stimmen) sowie in Biel (60.3 Prozent) und im Berner Jura (60.2). In der Stadt Bern stimmten fast drei Viertel gegen die Vorlage (74.7 Prozent). In den Grauholz-Gemeinden Ittigen, Mooseedorf und Urtenen-Schönbühl waren es zwischen 58 und 60 Prozent. Passend zum Thema Hinweis auf einen verwandten Artikel: Eidgenössische Abstimmungen Ausbau der Autobahnen scheitert an der Urne 24.11.2024 Mit Video

### Deutliche Ablehnung der Autobahn-Vorlage im Kanton Bern

Auch der Kanton Bern hat Nein gesagt zum Ausbau der Nationalstrassen – gleich 57 Prozent der Stimmenden lehnten die Vorlage ab, wie die Staatskanzlei mitteilte. Die Vorlage wurde in sieben von zehn Verwaltungskreisen bachab geschickt. Eine Ja-Mehrheit fand sich lediglich im Seeland, in Frutigen-Niedersimmental und in Obersimmental-Saanen.

Am deutlichsten abgelehnt wurde der Autobahn-Ausbau im vom Grauholz-Ausbau betroffenen Verwaltungskreis Bern-Mittelland (61.8 Prozent Nein-Stimmen) sowie in Biel (60.3 Prozent) und im Berner Jura (60.2). In der Stadt Bern stimmten fast drei Viertel gegen die Vorlage (74.7 Prozent). In den Grauholz-Gemeinden Ittigen, Mooseedorf



und Urtenen-Schönbühl waren es zwischen 58 und 60 Prozent.

### Passend zum Thema

Hinweis auf einen verwandten Artikel: Eidgenössische Abstimmungen Ausbau der Autobahnen scheitert an der Urne 24.11.2024 Mit Video

Eidgenössische Abstimmungen

Ausbau der Autobahnen scheitert an der Urne

16:53 Uhr Schlussresultat: 52.7 Prozent Nein zu Ausbau Autobahnen Die Autobahn-Vorlage scheitert nach Auszählung aller Gemeinden und Kantonen mit einem Nein-Anteil von 52.7 Prozent. Für den Ausbau hatten sich 47.3 Prozent ausgesprochen. Die einheitliche Finanzierung Gesundheitswesen wird mit 53.3 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Beide Mietrechts-Vorlagen werden abgelehnt: Beim Eigenbedarf beträgt der Anteil Nein-Stimmen 53.8 Prozent. Bei der Untermiete beträgt der Anteil Nein-Stimmen 51.6 Prozent.

#### Schlussresultat: 52.7 Prozent Nein zu Ausbau Autobahnen

Die Autobahn-Vorlage scheitert nach Auszählung aller Gemeinden und Kantonen mit einem Nein-Anteil von 52.7 Prozent. Für den Ausbau hatten sich 47.3 Prozent ausgesprochen.

Die einheitliche Finanzierung Gesundheitswesen wird mit 53.3 Prozent Ja-Stimmen angenommen.

Beide Mietrechts-Vorlagen werden abgelehnt: Beim Eigenbedarf beträgt der Anteil Nein-Stimmen 53.8 Prozent.

Bei der Untermiete beträgt der Anteil Nein-Stimmen 51.6 Prozent.

16:51 Uhr Parteien reagieren auf zwei Mal Nein bei den Mietrechtsvorlagen Im Abstimmungsstudio diskutieren Vertreterinnen und Vertreter der grossen Parteien über das vorläufige Abstimmungsresultat. Olivier Feller (FDP/VD), der die beiden Vorlagen befürwortete, respektiert den Volksentscheid – auch wenn das Resultat sehr knapp ausgefallen sei. Auch Nationalrätin Jacqueline Badran (SP/ZH) hätte ein deutlicheres Nein erwartet. Das Argument der Befürworter, mit einer Annahme hätte man beispielsweise AirBnB ein Riegel geschoben, habe zum knappen Entscheid beigetragen. Nationalrat und Hauseigentümergeverband-Präsident Gregor Rutz (SVP/ZH) betont, dass es aus seiner Sicht um kleinere Anpassungen im bestehenden Recht gegangen sei. Der Abstimmungskampf sei deshalb zu emotional geführt worden. Nationalrat Michael Töngi (Grüne/LU), Vorstandsmitglied des Mieterverbandes, kritisiert die bürgerlichen Mehrheiten im Parlament, die den beiden Vorlagen zugestimmt hatten. «Wir konnten die Leute überzeugen, dass dies ein Angriff auf den Mieterschutz gewesen wäre.»

#### Parteien reagieren auf zwei Mal Nein bei den Mietrechtsvorlagen

Im Abstimmungsstudio diskutieren Vertreterinnen und Vertreter der grossen Parteien über das vorläufige Abstimmungsresultat.

Olivier Feller (FDP/VD), der die beiden Vorlagen befürwortete, respektiert den Volksentscheid – auch wenn das Resultat sehr knapp ausgefallen sei.



Auch Nationalrätin Jacqueline Badran (SP/ZH) hätte ein deutlicheres Nein erwartet. Das Argument der Befürworter, mit einer Annahme hätte man beispielsweise AirBnB ein Riegel geschoben, habe zum knappen Entscheid beigetragen.

Nationalrat und Hauseigentümerverband-Präsident Gregor Rutz (SVP/ZH) betont, dass es aus seiner Sicht um kleinere Anpassungen im bestehenden Recht gegangen sei. Der Abstimmungskampf sei deshalb zu emotional geführt worden.

Nationalrat Michael Töngi (Grüne/LU), Vorstandsmitglied des Mieterverbandes, kritisiert die bürgerlichen Mehrheiten im Parlament, die den beiden Vorlagen zugestimmt hatten. «Wir konnten die Leute überzeugen, dass dies ein Angriff auf den Mieterschutz gewesen wäre.»

16:50 Uhr  
Genderstern: Zürich setzt als erste Schweizer Stadt ein Zeichen  
Dominik Steiner  
Zürich-Korrespondent  
Die Stadtzürcher Bevölkerung hält nichts von einem Genderstern-Verbot. Sie hat die sogenannte Tschüss-Genderstern-Initiative mit einem Nein-Stimmenanteil von rund 57 Prozent abgelehnt. Damit darf die Zürcher Stadtverwaltung in ihren Dokumenten weiterhin das Sonderzeichen verwenden. Mit Zürich hat sich nun zum ersten Mal in der Schweiz eine Stadt zum Genderstern geäußert und sich klar für eine gendersensible Sprache ausgesprochen. Das Resultat ist ein Zeichen der grössten Schweizer Stadt, dass Minderheiten auch sprachlich zu berücksichtigen und zu schützen sind. Gleichzeitig sieht aber auch das eher bürgerlich geprägte Initiativkomitee das heutige Resultat als Achtungserfolg. Man habe bis ins linke Lager hinein Stimmen sammeln können.

### Genderstern: Zürich setzt als erste Schweizer Stadt ein Zeichen

Dominik Steiner

Zürich-Korrespondent

Die Stadtzürcher Bevölkerung hält nichts von einem Genderstern-Verbot. Sie hat die sogenannte Tschüss-Genderstern-Initiative mit einem Nein-Stimmenanteil von rund 57 Prozent abgelehnt. Damit darf die Zürcher Stadtverwaltung in ihren Dokumenten weiterhin das Sonderzeichen verwenden.

Mit Zürich hat sich nun zum ersten Mal in der Schweiz eine Stadt zum Genderstern geäußert und sich klar für eine gendersensible Sprache ausgesprochen. Das Resultat ist ein Zeichen der grössten Schweizer Stadt, dass Minderheiten auch sprachlich zu berücksichtigen und zu schützen sind. Gleichzeitig sieht aber auch das eher bürgerlich geprägte Initiativkomitee das heutige Resultat als Achtungserfolg. Man habe bis ins linke Lager hinein Stimmen sammeln können.

16:42 Uhr  
Stadtzürcher Stimmvolk sagt zweimal Ja zu «bezahlbaren Wohnungen»  
Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben beiden Gegenvorschlägen zur Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen für Zürich» zugestimmt. Damit soll die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum weiter vorangetrieben werden. Die Initiative selber war am Sonntag kein Thema mehr: Deren Urheber hatten sie zurückgezogen, nachdem Stadtrat und Gemeinderat die beiden Gegenvorschläge erarbeitet hatten, die sich ergänzen. Mit dem direkten Gegenvorschlag wird nun der Kauf von Liegenschaften für gemeinnützigen Wohnungsbau in der Gemeindeordnung verankert. Der indirekte Gegenvorschlag stellt 300 Millionen Franken für die Aufstockung der Stiftungskapitalien von vier städtischen Wohnbaustiftungen bereit. Ziel ist es, den Anteil an preisgünstigen Wohnungen in der Stadt Zürich langfristig zu



erhöhen.

### Stadtzürcher Stimmvolk sagt zweimal Ja zu «bezahlbaren Wohnungen»

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben beiden Gegenvorschlägen zur Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen für Zürich» zugestimmt. Damit soll die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum weiter vorangetrieben werden.

Die Initiative selber war am Sonntag kein Thema mehr: Deren Urheber hatten sie zurückgezogen, nachdem Stadtrat und Gemeinderat die beiden Gegenvorschläge erarbeitet hatten, die sich ergänzen.

Mit dem direkten Gegenvorschlag wird nun der Kauf von Liegenschaften für gemeinnützigen Wohnungsbau in der Gemeindeordnung verankert. Der indirekte Gegenvorschlag stellt 300 Millionen Franken für die Aufstockung der Stiftungskapitalien von vier städtischen Wohnbaustiftungen bereit. Ziel ist es, den Anteil an preisgünstigen Wohnungen in der Stadt Zürich langfristig zu erhöhen.

### Abstimmungen vom 24. November 2024

Hier finden Sie News und Hintergründe zu den eidgenössischen Abstimmungen vom 24. November 2024.

Übersicht der Abstimmungen

#### Ausbau Autobahnen

Einheitliche Finanzierung Gesundheitswesen

Mietrechtsvorlagen

Kantone und Gemeinden



**sehr gerne teilen....**

**Sternentaler -**

**immer wieder machen wir uns  
auf die Suche  
für Antworten  
auf offene Fragen&Anliegen  
der Sturmfamilien..  
Auch heute wieder  
brauchen wir dringend  
eure Hilfe..  
Die Mama schreibt..**



**@Ich würde dich gerne  
um Hilfe bitten.**

**Mein Sturmkind und ich werden umziehen müssen.  
Vorstellen kann ich mir:  
Raum Kreuzlingen,  
Raum Winterthur,  
Raum Aarau,  
Raum Luzern,  
Raum Bern / Moosseedorf.**

**Das sind Orte,  
wo ich Menschen kenne und Anschluss hätte.**

**Leide...**



Medienart: Social Media  
Medientyp: Social Community

[www.facebook.com/profile.php?id=27293...](https://www.facebook.com/profile.php?id=27293...)

Auftrag: 1084658

Referenz: 469100887

Facebook

sehr gerne teilen....

Sternentaler -

immer wieder machen wir uns  
auf die Suche  
für Antworten  
auf offene Fragen&Anliegen  
der Sturmfamilien..  
Auch heute wieder  
brauchen wir dringend  
eure Hilfe..  
Die Mama schreibt..

♀  
@Ich würde dich gerne  
um Hilfe bitten.

Mein Sturmkind und ich werden umz

...Sturmkind und ich werden umziehen müssen. Vorstellen kann ich mir: Raum Kreuzlingen, Raum Winterthur, Raum Aarau, Raum Luzern, Raum Bern / **Moosseedorf**. Das sind Orte, wo ich Menschen kenne und Anschluss hätte. Leide... <https://www.facebook.com/photo/?fbid=887227310253985&set=a.561178899525496...>



Medienart: Social Media  
Medientyp: Social Community

<https://www.youtube.com/channel/UChOw...>

Web Ansicht

Auftrag: 1084658

Referenz: 469079906

YouTube

# Moossee / 4K Switzerland / Schweiz / Swiss

Moossee, Moosseedorf, Bern

Music:  
Credit: The Ambientalist - Arisen

...Moossee / 4K Switzerland / Schweiz / Swiss Moossee, **Moosseedorf**, Bern Music: Credit: The Ambientalist - Arisen ...